



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Kaschmir zwischen Indien und Pakistan

Eine Analyse der Ursachen für den Krieg ab 1990

Verfasserin

Judith Renner

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuerin: Univ. - Prof. Dr. Eva Kreisky

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	4
--------------------	---

I. Theoretische Einsichten

2. Kriege und Konflikte in politikwissenschaftlicher Analysearbeit.....	5
2.1. Definitionen von Kriegen und Konflikten.....	5
2.2. Der „neue“ Krieg.....	10
2.3. Ist eine neue Definition von Krieg notwendig?.....	16
2.4. Zusammenfassung.....	20
3. Kriegsursachenforschung.....	22
3.1. Klassische Erklärungsversuche der Kriegsursachenforschung.....	22
3.2. Narrative des Krieges.....	26
3.3. Forschungsansatz der Diplomarbeit.....	29

II. Konfliktgeschichte Kaschmirs

4. Die Region Kaschmir im Konflikt.....	33
4.1. Problemstellung der Diplomarbeit.....	33

4.2. Geographie und Demographie der Region Kaschmir.....	34
4.3. Historischer Verlauf.....	36
5. Kaschmir bis zum 20. Jahrhundert.....	37
5.1. Mythologie.....	37
5.2. Das Fürstentum Jammu & Kaschmir von 1846 bis 1945.....	39
5.3. Zusammenfassung.....	43
6. Jammu & Kaschmir von 1947 bis 1989.....	46
6.1. Die Gründung von Indien und Pakistan.....	46
6.2. Der erste Krieg zwischen Indien und Pakistan.....	49
6.3. Jammu & Kaschmir in den 1950er Jahren.....	51
6.4. Jammu & Kaschmir in den 1960er und 1970er Jahren.....	53
6.5. Jammu & Kaschmir in den 1980er Jahren.....	56
6.6. Zusammenfassung.....	57
7. Der Krieg in Kaschmir seit 1990.....	60
7.1. Die erste Phase des Krieges von 1990 – 1994.....	62
7.2. Die zweite Phase des Krieges 1994 – 1999.....	71
7.3. Die dritte Phase des Krieges von 1999 – 2002.....	73
7.4. Die vierte Phase des Krieges ab 2003.....	75
7.5. Zusammenfassung.....	77

8. Gesellschaft und Akteure im Krieg.....	79
8.1. Probleme der Unabhängigkeitsbewegung.....	79
8.2. Menschenrechtsverletzungen durch das indische Militär.....	80
8.3. Krieg in Kaschmir und Patriarchat.....	85
8.4. Geopolitische und ökonomische Motive für den Krieg.....	87
8.5. Der internationale Kontext.....	89
8.6. Zusammenfassung.....	91
9. Schluss.....	93
10. Ausblick.....	96
Literaturverzeichnis.....	98
Anhang.....	102

1. Einleitung

Die vorliegende Arbeit handelt von dem Krieg in der südasiatischen Region Jammu & Kaschmir. In der Arbeit werden Ursachen für den Krieg, der seit 1990 vor allem das Tal von Kaschmir erschüttert, analysiert. Der Konflikt in der Region, der zwischen dem indischen Staat, Unabhängigkeitskämpfern und Terroristen, der Bevölkerung im indischen Jammu & Kaschmir, sowie dem Staat Pakistan ausgetragen wird, ist weiterhin aktuell als einer der ältesten und hartnäckigsten der Welt. Mithilfe der Theorien und Methoden der Kriegsursachenforschung und einer historischen Herangehensweise, die Multikausalität und Komplexität miteinschließt, werden Gründe für den Krieg erklärt.

Meistens ist in der Literatur vom „Kaschmirkonflikt“ die Rede, weil seit der Teilung des Kolonialreichs Britisch-Indien in Pakistan und Indien im Jahr 1947 zwischen den beiden Staaten ein Konflikt um das ehemalige Fürstentum „Jammu & Kaschmir“ entbrannt ist. Dieser Konflikt entwickelte sich im Jahr 1990 von einem sturen Kampf zweier Nationalstaaten um ein Territorium zu einem weitaus komplexeren Krieg. Das Hauptaugenmerk der Arbeit liegt auf der Zeit um das Jahr 1990, als der Konflikt begann, eine neue Dimension anzunehmen.

Im ersten Teil der Arbeit werden theoretische und historische Herangehensweisen der politikwissenschaftlichen Themenfelder Krieg und Konflikt behandelt. Zunächst werden mögliche Definitionen des Begriffs „Krieg“ vorgestellt. Anschließend wird die Debatte um „neue“ Kriege nachgezeichnet und die Charakteristika des „neuen“ Kriegs erläutert. Dabei wird klar, warum sich die Idee des „neuen“ Kriegs nur bedingt zur Erklärung von Kriegen eignet. Danach werden klassische Ansätze der Kriegsursachenforschung vorgestellt und die Idee eines „Narrativ des Krieges“ von Hidemi Suganami genauer ausgeführt. Das führt uns zum Forschungsansatz der Diplomarbeit. Die Ursachen für den Krieg werden anhand einer Kombination aus narrativ-verstehenden, historischen und deskriptiven Methoden erläutert, eingedenk der Tatsache, dass die Ursachen von Kriegen komplex und multikausal sind. Die Erkenntnis, dass ein Krieg in ideologischer, geopolitischer und ökonomischer Hinsicht erklärt werden kann, ist wichtig. Gesellschaft und politisches System üben ebenfalls ihren Einfluss aus.

Im zweiten Teil der Arbeit werden der Krieg, dessen Verlauf und dessen Ursachen dargestellt. Zuerst wird die am weitesten zurückliegende Zeitperiode behandelt. Mythologische Vorstellungen über das Kaschmirtal und die Zeit des Fürstentums Jammu & Kaschmir, das von 1847 bis 1947 bestand, werden hinsichtlich ihrer heutigen Relevanz erläutert. Das nächste Kapitel behandelt die wichtigsten politischen Ereignisse, die von 1947 bis 1989 im indischen Jammu & Kaschmir passierten, seit dem Ende des Kolonialreichs Britisch-Indien. Durch die Teilung in Indien und Pakistan entstanden das pakistanische „Azad Kaschmir“ und der indische Bundesstaat „Jammu & Kaschmir“. Seit 1947 liegt die Region, die allgemein hin als „Kaschmir“ bezeichnet wird, das Tal von Kaschmir, mit seiner großteils muslimischen, Kaschmiri sprechenden Bevölkerung in Indien.

Nachdem die historischen, kriegsfördernden Hintergründe aufgezeigt wurden, widmen sich die letzten beiden Kapitel der aktuellen Zeitperiode ab 1990, in welcher der latente Konflikt zwischen indischem Staat und Bevölkerung des Kaschmirtals zu einem offenen, gewaltsamen Aufstand führte, der rasch zu einem Krieg eskalierte. Es werden die politischen Ereignisse, die Ursachen für Entstehung und Verlauf des Krieges, sowie die Folgen für die Bevölkerung ab 1990 erläutert und analysiert. Die unterschiedlichen Phasen des Krieges werden erzählt. Besonders die Ereignisse des Jahres 1990 spielen eine große Rolle. Schließlich wird detailliert auf geopolitische und ökonomische Motive, Probleme der Unabhängigkeitsbewegung, die Rolle von patriarchalen Vorstellungen in der Gesellschaft, Menschenrechtsverletzungen durch den indischen Staat, sowie den internationalen Kontext eingegangen. All das hilft uns dabei, Ursachen und Folgen des Krieges seit 1990 in Kaschmir zu verstehen.

2. Kriege und Konflikte in politikwissenschaftlicher Analysearbeit

Wie der Begriff „Krieg“ in der Politikwissenschaft definiert wird und welche Debatten und Ideen es zum „Krieg“ und in letzter Zeit auch zum „neuen“ Krieg gibt, beleuchtet dieses Kapitel. Der Kriegsbegriff wird zunächst ideengeschichtlich und neuzeitlich ausgelotet. Danach wird der Debatte um die „neuen“ Kriege nachgeforscht, worüber Teile der politikwissenschaftlichen Community im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts diskutierten. Die Argumente, mit denen der „neue“ Krieg belegt wird, werden nachgezeichnet und die durchaus gerechtfertigten Kritikpunkte am Schlagwort des „neuen“ Krieges genauer erläutert. Anschließend soll die Frage geklärt werden, ob denn angesichts der zahlreichen Gegenargumente überhaupt eine neue Definition von Krieg notwendig ist. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und der ökonomischen Globalisierung ist die Welt komplexer geworden und damit auch die Kriege, doch ist es sinnvoll den Begriff des Krieges in „alt“ und „neu“ zu unterscheiden? Welche Probleme können durch den „neuen“ Krieg, so wie er von Kaldor und Münkler definiert wird, entstehen? Diese Fragen sollen abschließend beantwortet werden.

2.1. Definitionen von Kriegen und Konflikten

In diesem Kapitel werden Definitionen, die im Feld der Politikwissenschaft entwickelt wurden und für das Phänomen Krieg eingesetzt werden, beleuchtet. Es werden kurz allgemeine Überlegungen zum Begriff des Krieges angestellt. Danach folgt ein knapper ideengeschichtlicher Überblick und zum Schluss wird die neuzeitliche, heute oft gebrauchte Definition von Krieg dargestellt.

2.1.1. Allgemeines zum Begriff des Krieges

Der deutsche Friedensforscher Dieter Senghaas schrieb im Jahr 1969: „Dem Begriff des Krieges und dem Begriff des Friedens entsprechen in Politik und Gesellschaft heute keine eindeutigen Sachverhalte mehr“ (Senghaas 1969: 5). Diese Feststellung ist im

Grunde genommen zeitlos, weil jeder Begriff eine Idealbestimmung auf theoretischer Ebene ist. Ein Begriff kann kaum jemals einem „eindeutigen Sachverhalt“ zugeordnet werden. Wenn Begriffe den Phänomenen der Realität zugeordnet werden, stoßen wir zumeist auf Mischformen und Uneindeutigkeiten. Das macht begriffliches differenzieren und präzisieren umso wichtiger, damit ein Phänomen als Mischform von bestimmten theoretischen Annahmen benannt werden kann.

Um einen Begriff politikwissenschaftlich einsetzen zu können, müssen wir zunächst terminologische Klarheit schaffen. Begriffe können eng oder weit sein. Dabei bedenkt man, wozu der Begriff dienen soll. Da es sich bei dem Phänomen Krieg „um ein wahres Chamäleon“ handelt, „weil er in jedem konkreten Falle seine Natur etwas ändert“ (Clausewitz 1963: 23), ist ein weiter Kriegsbegriff sinnvoller: ein adäquater, weiter Kriegsbegriff schließt also verschiedene Arten von Kriegen mit ein, das heißt er berücksichtigt die sich häufig verändernden und vielfältigen Formen von Krieg. Zudem können wir mit Hilfe eines passenden Kriegsbegriffes die Phänomene Krieg und Frieden eindeutig voneinander abgrenzen. Auch andere, mitunter ähnliche Formen von Gewalt, wie zum Beispiel Terroranschläge können mithilfe eines solchen Kriegsbegriffs abgegrenzt werden (Kleemeier 2002: 20, Münkler 2004: 227).

2.1.2. Ideengeschichtlicher Überblick zum Krieg

Es gibt in der politischen Ideengeschichte unterschiedlichste Gedanken zum Krieg: Thomas Hobbes betont im Rahmen seines Denkens über menschliche Gesellschaften den funktionellen Aspekt von Krieg. Im 17. Jahrhundert stellte er die Theorie auf, die menschliche Gesellschaft bräuchte Kriege zu ihrer Befriedung im Inneren. Indem das Konfliktpotenzial in die äußere Sphäre geleitet werde, könne die Gesellschaft im Inneren des Staates friedlich leben. Die Funktion des Krieges ist also eine Befriedung der eigenen Gesellschaft und des eigenen Staates (Bonacker/Imbusch 2005: 108).

Ganz anders waren Immanuel Kants Gedanken zum Krieg im 18. Jahrhundert. Für ihn war Krieg ein irrationaler Akt des menschlichen Handelns. Der Mensch sei jedoch aufgrund seines Vernunftvermögens in der Lage, Konflikte auf friedliche Art und Weise

zu lösen. Diese Fähigkeit sollte der Mensch auch einsetzen, damit Kriege verhindert werden können (ebd.).

Eine der meistzitierten Definitionen von Krieg stammt von Carl von Clausewitz (1963: 22) aus dem 19. Jahrhundert und weist auf den engen Zusammenhang von Politik und Krieg hin: „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“. Wenn die Politik versagt, dann gewinnt das Militär in der Schlacht den Krieg, und gibt so der Politik die Fähigkeit zu handeln zurück. Der Krieg hat also bei Clausewitz die Funktion für die Staaten ihr Ziel wenn nötig auch gewaltsam durchzusetzen (ebd.).

In der politischen Ideengeschichte gibt es also völlig gegensätzliche Gedanken zum Krieg: er gilt auf der einen Seite als notwendig und als ein bewusst eingesetztes politisches Mittel, auf der anderen Seite als ein nicht notwendiger, sogar irrationaler menschlicher Akt, den es zu verhindern gilt.

2.1.3. Neuzeitlicher Kriegsbegriff

Der heute zumeist verwendete, neuzeitliche Kriegsbegriff ist eng mit der Entstehung des Völkerrechts und der Nationalstaaten verbunden. Obwohl die Charta der Vereinten Nationen von 1946 dezidiert nicht das Wort Krieg verwendet, sondern die „Anwendung von oder Drohung mit Gewalt“ in den internationalen Beziehungen verbietet (<http://www.unric.org/de/charta>), hat sich in der Politikwissenschaft seit den 1950er Jahren ein Begriff für Krieg etabliert. Dieser neuzeitliche Kriegsbegriff lässt sich in ähnlichen Formulierungen in den verschiedenen Lexika für Politikwissenschaft wiederfinden und wird meistens von der politikwissenschaftlichen Forschung verwendet.

Dem neuzeitlichen Kriegsbegriff zufolge muss an einem Krieg mindestens eine reguläre Armee beteiligt sein, der Krieg muss zentral gelenkt sein und die Kampfhandlungen müssen kontinuierlich und strategisch stattfinden.

Eine griffige und häufig zitierte Kriegsdefinition dieser Art stammt von der Hamburger Arbeitsgemeinschaft für Kriegsursachenforschung (AKUF). Sie definiert in Anlehnung an den ungarischen Friedensforscher István Kende

„[...] Krieg als einen gewaltsamen Massenkonflikt, der alle folgenden Merkmale aufweist:

- (a) an den Kämpfen sind zwei oder mehr bewaffnete Streitkräfte beteiligt, bei denen es sich mindestens auf einer Seite um reguläre Streitkräfte (Militär, paramilitärische Verbände, Polizeieinheiten) der Regierung handelt;
- (b) auf beiden Seiten muss ein Mindestmaß an zentral gelenkter Organisation der Kriegsführenden und des Kampfes gegeben sein, selbst wenn dies nicht mehr bedeutet als organisierte bewaffnete Verteidigung oder planmäßige Überfälle (Guerillaoperationen, Partisanenkrieg usw.);
- (c) die bewaffneten Operationen ereignen sich mit einer gewissen Kontinuität und nicht nur als gelegentliche, spontane Zusammenstöße, d.h. beide Seiten operieren nach einer planmäßigen Strategie, gleichgültig ob die Kämpfe auf dem Gebiet einer oder mehrerer Gesellschaften stattfinden und wie lange sie dauern“ (Schreiber 2010: 54).

Es war und ist in der Geschichte immer umstritten, was nun einen Krieg von einem bewaffneten Konflikt, einer Sezessionsbewegung oder einem Aufstand unterscheidet. Dabei sind oft politische Gründe im Spiel, denn mit der Bezeichnung eines sozialen Phänomens mit dem Wort „Krieg“ stellt sich meistens die Frage nach politischen Konsequenzen (Meyers 2005: 243).

Allgemein ist sich die Friedens- und Konfliktforschung einig über die Analyse eines Kriegsgeschehens hinsichtlich der beteiligten Akteure, der Dauer und der Intensität der Gewalt. Dementsprechend kann kriegerische von nichtkriegerischer Gewalt unterschieden werden (Bonacker/Imbusch 2006: 110).

Die AKUF unterscheidet zwischen einem „Krieg“ und anderen bewaffneten Auseinandersetzungen indem sie letztere als „bewaffnete Konflikte“ bezeichnet. Ein „bewaffneter Konflikt“ erfüllt nicht alle Kriterien für einen Krieg. Normalerweise betrifft dies das Kriterium der Kontinuität, das heißt, die Kampfhandlungen finden nicht mehr oder noch nicht kontinuierlich statt (ebd.).

Die Friedens- und Konfliktforschung schlägt vor, Krieg als kollektive organisierte Gewalt unter Einschluss des Staates zu verstehen, ohne jedoch seine Ursachen mit in die Definition aufzunehmen. Die Ursachen für Kriege gehören nicht in die Definition, sondern sollen für die Friedens- und Konfliktforschung extra behandelt werden. In der Politikwissenschaft widmet sich die Disziplin der Kriegsursachenforschung der Frage

nach den Ursachen und Gründen für Krieg (ebd.).

2.2. Der „neue“ Krieg

Es wurde nun untersucht, was allgemein bei Definitionen des Begriffs Krieg zu beachten ist. Auch die wichtigsten Gedanken zum Krieg aus der politischen Ideengeschichte wurden nachgezeichnet, sowie die Entwicklung hin zum neuzeitlichen Begriff des Krieges, wie er in der Politikwissenschaft zumeist verwendet wird.

Anfang der 2000er Jahre ist im politikwissenschaftlichen Diskurs die These aufgetaucht, es gebe in der heutigen Zeit einen grundlegenden Wandel des Krieges und des Kriegsgeschehens zu beobachten. Das Buch „Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung“ (2000) von Mary Kaldor, sowie daran angelehnt „Die neuen Kriege“ (2002) von Herfried Münkler, waren die zwei Werke anhand welcher sich die Debatte entwickelt hat. Der „neue“ Krieg sei seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Beginn einer weltweiten ökonomischen Globalisierung zu beobachten und sei gekennzeichnet von Entstaatlichung, Barbarisierung der Gewalt und dem Motiv ökonomischer Habgier. Mittlerweile wurde viel Kritik an dieser Annahme eines „neuen“ Krieges laut. Es werden nun die wichtigsten Thesen der „neuen“ Kriege beleuchtet sowie die dazu geäußerte Kritik in der politikwissenschaftlichen Literatur, weil aus dieser Kritik wiederum einiges an Erkenntnis gewonnen wird. Dadurch wird versucht, den aktuellen Forschungsstand in der Politikwissenschaft zu den Motiven und Ursachen von Kriegen darzulegen.

2.2.1. Entstaatlichung

Es gibt mehrere Charakteristika, die den „neuen Krieg“ vom „alten Krieg“ unterscheiden. Eines davon ist angeblich die Entstaatlichung: auf der Ebene der an einem Krieg teilnehmenden Akteure, der sogenannten Gewaltakteure, sei eine Schwächung des Akteurs Staat zu beobachten. Scheinbar verlieren also die Nationalstaaten in den „neuen“ Kriegen an Einfluss und an Bedeutung.

Einerseits werden die Staaten von supranationalen Organisationen wie Uno oder Nato in ihrer Entscheidungsmacht begrenzt, andererseits werden staatliche Akteure von substaatlichen Akteuren, wie privaten Sicherheitsfirmen, verdrängt. Das wichtigste Argument von Münkler (2004: 238f.) lautet, dass Staaten zunehmend die Kontrolle über das Kriegsgeschehen verlieren würden. Bei diesem Argument geht er davon aus, dass zu Zeiten der „alten“ Kriege Staaten existiert haben, die nun im Zeitalter der „neuen“ Kriege beginnen zu zerfallen.

Dabei übersieht Münkler zum einen, dass Kriege und Konflikte schon immer von mehreren Akteuren geprägt waren. Es waren, und sind noch immer, verschiedenste Gruppen in Konflikte involviert: „Aufständische“, „Freiheitskämpfer“ oder Partisanen, staatliche Armeen, suprastaatlichen Akteure. Den behaupteten Fall, bei dem nur zwei staatliche Armeen gegeneinander kämpften hat es in der Geschichte kaum jemals gegeben, außer vielleicht in der Clausewitzschen Lehrschrift „Vom Kriege“. Hier hat sich scheinbar der eurozentrische Blick gewandelt, der nur die europäischen Nationalstaaten wahrnimmt und alle anderen Akteure ausblendet.

Das heißt aber nicht, dass die Nationalstaaten wirklich an Einfluss verlieren. Viel plausibler ist die These unvollendeter Staatlichkeit. Der Kontext, in dem Kriege stattfinden, ist nämlich nicht der Zerfall staatlicher Strukturen, sondern vor allem unvollständige Verstaatlichung der Gesellschaften in Afrika, Asien und Lateinamerika. Es ist eine Tatsache, dass Staatlichkeit außerhalb der OECD seit dem Ende der Kolonialzeit prekär geblieben ist. Die Versuche, einen Staat zu konsolidieren waren schon immer in hohem Ausmaß von Konflikten geprägt (Schlichte 2006: 115). Wenn überhaupt von einer „Entstaatlichung“ ausgegangen werden kann, so bezieht sie sich nicht nur auf Prozesse des Staatszerfalls. Im Verlauf von Kriegen und Konflikten kommt es häufig zur Gründung von neuen Staaten, in dem Fall können die Kriege als Prozesse der Staatsbildung oder als Staatsbildungskriege interpretiert werden (Brzoska 2004: 110).

Fast alle heutigen Nationalstaaten in Europa und auch die Vereinigten Staaten sind schließlich durch Kriege und Konflikte entstanden. Deshalb kann man davon ausgehen, dass dieses Nationalstaatsprojekt auch in den anderen Regionen der Welt nicht

konfliktfrei verlaufen wird, weil der Nationalismus die Ideologie zur Legitimierung von Staaten schlechthin geworden ist.

Entgegen der Behauptung der Vertreter der „neuen“ Kriege also, dass eine „Entstaatlichung“ im Sinne des Zerfalls von Staaten stattfindet, kann man nun festhalten: zum einen gibt es besonders in den Regionen der Welt, den sogenannten Entwicklungsländern, in denen die „neuen“ Kriege beziehungsweise der Großteil der innerstaatlichen Konflikte stattfinden, oft keine konsolidierte Staatlichkeit der eurozentrischen Vorstellung entsprechend. Wo es keinen Staat gibt, kann daher auch kein Staat zerfallen. Zum anderen finden eben Kriege auch statt, um neue Staaten zu gründen.

2.2.2. Diffusion und Barbarisierung der Gewalt

Die „neuen“ Kriege würden sich durch eine „Diffusion“ der Gewaltanwendung auszeichnen. Alle Mittel der Gewalt kämen zum Einsatz, wie Massenvergewaltigungen, enorme Brutalität in den Kampfhandlungen sowie zunehmend barbarische Gewalt gegenüber der Zivilbevölkerung. Verbindliche Regeln der Kriegsführung wie die Unterscheidung in Kombattanten und Zivilisten seien außer Kraft gesetzt. Die Folgen dieser Entgrenzung der Gewalt und ihrer barbarischen Auswüchse seien großes Leid der Bevölkerung und gewaltige Flüchtlingsströme (Münkler 2002: 28ff.).

Hier stellt sich sofort die Frage, ob es jemals in der Geschichte des Krieges einen „zivilisierten“ Krieg oder einen „gehegten“ Krieg gegeben hat. Die Bevölkerung war schon immer ein besonderes Angriffsziel und Opfer von Gewalt, in den beiden Weltkriegen genauso wie in allen Kolonialkriegen. Die Vorstellung, dass zwei Armeen gegeneinander auf einem Schlachtfeld kämpfen, ist in der Realität nicht zu beobachten und daher kein wahres Phänomen. Nun ist durch die heutigen Medien das Leid der Bevölkerung in Kriegen, im Vergleich zu früher, viel sichtbarer. Flüchtlinge und vertriebene Menschen sind aber schon immer als eine Folge von Krieg zu beobachten, es fehlen jedoch verlässliche Daten von früher. Zudem werden Flüchtlingsströme heute mehr denn je als internationales Problem wahrgenommen (Newman 2004: 182).

Nun zum Argument der gesteigerten und diffusen Anwendung von Gewalt: unterschiedliche Gewaltpraktiken lassen sich gleichzeitig in praktisch allen Kriegen beobachten. „Barbarische“ und „normale“ Gewaltpraktiken kommen gleichzeitig vor, wie sich empirisch für alle Kriege seit 1945 zeigen lässt. Aus methodischen Gründen ist es schwierig, die Steigerung „barbarischer“ Gewalt empirisch nachzuweisen, auch weil die Voraussetzungen fehlen, den „moralischen“ Charakter von Gewaltpraktiken wissenschaftlich zu bewerten (Schlichte 2006: 119ff.).

Der Einsatz von Gewalt oder die „Entgrenzung“ von Gewalt in einem Krieg ist nun nicht per se einer eigendynamischen Verselbständigung der barbarischen oder brutalen Praktiken geschuldet, sondern kann auch eine rationale Strategie sein. Historisch lässt sich beides in fast jedem Krieg beobachten (ebd.).

Abschließend hat die behauptete „Barbarisierung“ in Bezug auf Kriege, die eben nicht in (West-) Europa stattfinden, auf jeden Fall eine lange Kontinuität. Jene Entrechtlichung und Kriminalisierung des nicht-westlichen Anderen ist eine Konstante, die im Völkerrecht erst nach Jahrhunderten überwunden werden konnte. Hier macht Schlichte darauf aufmerksam, dass die Bezeichnungen „barbarisch“ und „brutal“ für Konflikte außerhalb des Westens ein Schritt in die Richtung der Wiederkehr dieser sehr alten Figuren sein könnte (ebd.).

2.2.3. „Neue“ Motive zur Kriegsführung in den „neuen“ Kriegen?

Finden Kriege heutzutage tatsächlich nur aus ökonomischen Motiven und Habgier statt? Und damit einhergehend: haben die (nicht-staatlichen) Akteure der „neuen“ Kriege, im Gegensatz zu früher, keine höheren Ziele mehr, sondern nur mehr ihre eigene Bereicherung im Sinn, haben die Akteure also keine politischen oder ideologischen Motive mehr?

Eine erste Antwort auf diese These ist die, dass die Motive Krieg zu führen schon immer komplex und vielfältig waren. Die Motive nicht-staatlicher Akteure sind genauso komplex und vielfältig wie jene staatlicher Akteure und umfassen genauso ökonomische, politische, soziale und kulturelle Elemente. Diese unterschiedlichen

Motive, so betont Schlichte (2006: 117), sind deshalb zu beobachten, weil „[...] der Krieg, um mit Durkheim und Mauss zu sprechen, ein totales soziales Phänomen [...]“ ist, und sich solche Phänomene im Hinblick auf ihre politischen, ökonomischen, sozialen und symbolischen Dimensionen lesen lassen.

In der Realität sind die Motive der Beteiligten kompliziert. Die Motive einer Rebellen­gruppe können anders sein, als die Motive der Bevölkerung, die mit der Rebellen­gruppe sympathisiert, aber dennoch andere Erwartungen mit der Rebellion verbindet. In allen Kriegen lagern sich um den eigentlichen Konflikt zahlreiche kleine Arenen an. Im Schatten der Gewalt des Krieges ereignen sich Dinge, für die der Krieg Bedingung ist, die sich mit den ursprünglichen Kriegsursachen verbinden, aber nicht untergeordnet werden können. Die lokale Geschichte entscheidet über Motive und Motivation der Akteure sowie den Kontext. Ein Beispiel hierfür wäre etwa der Fall einer patrimonialen Gesellschaft, wie sie in der Konstellation vieler postkolonialer Staaten zu finden ist. In einer solchen Gesellschaft herrscht keine Trennung zwischen privat und öffentlich, und daher stellt eine politische Position immer auch eine ökonomische Chance dar (Schlichte 2006: 118).

Die Motive für Kriege haben sich nicht grundlegend geändert. Auch den heutigen Kriegen liegen hauptsächlich ökonomische, ideologische und geopolitische Ursachen zugrunde. Besonders die Ideologie des Nationalismus, die allen Nationalstaaten zugrunde liegt, ist und bleibt die wichtigste Ideologie, zum einen als Ursache für Kriege zum anderen als Grundlage, um überhaupt Krieg zu führen. Es ist für einen Staat unmöglich, einen Krieg zu beginnen, ohne die großartige Nation anzurufen. Der Staat reproduziert sich durch Nationalismus, durch seine Verwaltung, Schulbildung, Sport, Armee, etc. Nationalismus war und bleibt die zugrundeliegende Ideologie aller legitimen Regierungen, seien es liberale Demokratien, Monarchien, kommunistische Regime oder Militärjuntas. Der aggressive Nationalismus der beiden Weltkriege hat sich zu sanfteren Nationalismen gewandelt, aber er bleibt als Grundlage bestehen. Während die infrastrukturellen Kapazitäten der Nationalstaaten wachsen, wird die Zentriertheit der Staaten auf die Nation immer normaler und natürlicher, weil die Ideologie des Nationalismus durch Massenmedien, Zivilgesellschaft, Verwaltung, Erziehung,

kulturelle Institutionen ständig reproduziert wird (Malešević 2010: 330).

Diese Ideologie des Nationalismus ist in Krisenzeiten sofort mobilisierbar. Nationalismus ist die ideologische Gewalt des täglichen Lebens, die jederzeit abrufbar ist. Die Banalität dieser Ideologie bedeutet aber nicht, dass sie harmlos ist. Im Gegenteil, so Malešević (ebd.), sie könne jederzeit herangezogen werden und in einen „baby-faced killer“ transformiert werden.

2.2.4. Werden „neue Kriege“ anders beendet als „alte Kriege“ ?

Die These der „neuen“ Kriege lautet, dass keiner der beteiligten Akteure ein wirkliches Kriegsziel vor Augen habe und keiner wirklich an einem Ende des Konflikts interessiert sei. Es entstünden sogenannte „Bürgerkriegsökonomien“ in denen fast die gesamte Ökonomie einer Region mithilfe der Krisensituation funktioniere. Die Akteure finanzieren sich durch eine Vielzahl krimineller Tätigkeiten, wie Plünderungen der Bevölkerung, Stehlen internationaler Hilfsgüter, Entführungen, und so weiter. Das vorrangige Ziel der Akteure sei es daher, den Krieg am Laufen zu halten, weil sie davon direkt oder indirekt profitieren. Daran anschließend gibt es die Theorie der „kleinen Kriege“ oder auch der „Kriege im Abseits“: Kriege, die abseits der Weltöffentlichkeit stattfinden, und in welche sich die internationale Gemeinschaft nicht einmischen will.

Der Frage, ob die Beteiligten an heutigen Kriegen weniger an einem Ende interessiert sind als es frühere Kriegsparteien waren, lässt sich schwer empirisch beantworten. Es lässt sich aber schon untersuchen, ob Kriege vor 1989 und nach 1989 anders beendet wurden: Schreiber (2011: 241f.) hat analysiert, dass in einem innerstaatlichen Krieg die Wahrscheinlichkeit der Regierungsseite auf einen Sieg seit 1945 kontinuierlich abnimmt. Sie ist aber immer noch drei mal höher, als die Chance der „Rebellenseite“ auf einen militärischen Sieg. Zur häufigsten Form der Kriegsbeendigung sind in den letzten Jahren Vereinbarungen und ein daraus folgender Waffenstillstand geworden. An Bedeutung gewonnen haben externer Druck und Diplomatie sowie die Androhung von militärischem Einsatz. Die Faktoren, die am häufigsten zum Ende eines Krieges beitragen, sind auf staatlicher Seite ein Regierungswechsel. Auf nicht-staatlicher Seite

sind es eine größere Zahl von kämpfenden Gruppen und Uneinigkeit sowie Tod oder Gefangennahme eines Anführers. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Einschnitt des Jahres 1989, und das damit einhergehende Ende des Ost-West-Konflikts auf die Art und Weise, wie Kriege beendet werden, keinen großen Einfluss hatte. Eine Tendenz zu Waffenstillständen durch Vereinbarungen ist aber zu beobachten.

2.3. Ist eine neue Definition von Krieg notwendig?

Es wurden nun frühere Versuche, Krieg zu definieren sowie die neuzeitliche Kriegsdefinition erläutert. Anschließend wurde die Debatte über die „neuen“ Kriege und deren Merkmale kurz dargestellt, wobei auch auf die Kritikpunkte am vermeintlich „neuen“ hingewiesen wurde. Auch wenn einige Kritik an der Idee von den „neuen“ Kriegen laut wurde, stellt sich angesichts der heutigen Kriege im Zeitalter der Globalisierung und dem Ende des Kalten Krieges die Frage, ob eine neue Definition von Krieg notwendig geworden ist? Um diese Frage zu beantworten, wird kurz das Ende des Ost-West-Konflikts beleuchtet, die Unterscheidung zwischen „alt“ und „neu“ auf ihren Sinn hin abgeklopft und mögliche Probleme eines Begriffs des „neuen Krieges“ erläutert.

2.3.1. Ende des Ost-West-Konflikts 1989

Die These der „neuen“ Kriege lautet, dass sich durch das Ende des Ost-West-Konflikts die Welt stark verändert habe, und dementsprechend hätten sich auch die Kriege stark verändert.

Markiert nun das Jahr 1989 tatsächlich einen Wendepunkt in der Natur von Kriegen, sind diese Kriege wirklich „neu“? Einen ganz logischen Hinweis gibt Schreiber (2010: 47), der meint, es sei offensichtlich, dass die meisten der seit 1989 geführten Kriege neu sind, weil sie erst nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, besagtem Jahr 1989, begonnen wurden.

Malešević gibt zu bedenken, dass die Geschichte der Menschheit nicht in Jahrzehnten,

sondern in Jahrhunderten gemessen wird. Das Ende des Ost-West-Konflikts, die Zunahme an religiös motivierter Gewalt und die ökonomische Globalisierung mögen uns als etwas spezielles erscheinen, als lebten wir in einer historisch seltenen Periode. Erst wenn wir mit mehr Abstand auf diese Zeitperiode blicken, wird sich zeigen, ob wir wirklich in einer einzigartigen historischen Epoche leben und wie speziell und „neu“ die heutigen Kriege tatsächlich sind (Malešević 2010: 311).

Es gibt die These, dass wir uns in der heutigen Zeit in einer sogenannten postnationalen Konstellation befinden, in welcher die heutigen „neuen“ Kriege stattfinden. Dabei findet eine weltweite Verschiebung statt, bei der der Nationalstaat nicht generell an Gewicht verliert, sondern zugleich eine größere Vernetzung und eine größere Fragmentierung stattfindet. Diese postnationale Konstellation zeichnet sich durch mehrere Aspekte aus: transnationale Problemlagen entstehen, die nicht mehr national gelöst werden können, wie globale Erderwärmung oder transnationale Terrornetzwerke. Auf Regierungsebene findet eine Verschiebung von nationaler auf supranationale Ebene statt, etwa durch die europäische Union. Zusätzlich gibt es tausende international wirkende Organisationen. Auch die Frage der Ressourcen wird immer mehr über Staatsgrenzen hinaus organisiert. Schließlich gibt es eine gewisse Legitimationsproblematik in Bezug auf Kriege zu beobachten: Sie können nicht mehr nur auf nationaler Ebene beschlossen werden. Der Einsatz von Gewalt muss vor einer größeren Öffentlichkeit gerechtfertigt werden (Zangl/Zürn 2003: 291f.).

Zur Legitimationsproblematik sagt Malešević (2010: 329), dass die westlichen Nationalstaaten heutzutage nicht mehr aufgrund kolonialer Expansion, Rassismus oder Zivilisation den Beginn eines Krieges rechtfertigen können. Die politischen Ziele der Nationalstaaten haben im Vergleich zu früher ihre Legitimation verloren. Es werden nun weichere Mittel angewandt und andere Argumente vorgebracht. Dennoch seien die Ursachen für Krieg großteils gleich geblieben und noch immer geopolitischer, ideologischer und ökonomischer Natur.

2.3.2. „Alter“ Krieg vs. „neuer“ Krieg – ist das eine sinnvolle Unterscheidung?

In der wissenschaftlichen Debatte stellt sich die Frage, ob das Adjektiv „neu“ als Analysekategorie für die Forschung überhaupt tauglich ist.

Mit jedem Augenblick beginnt etwas Neues und das Alte ist schon vorüber. Daher neigt man schnell dazu „neu“ für kein besonders gutes Analysemittel zu halten. Geis (2010: 72) gibt diesem ersten Eindruck recht, weil sie meint, es gibt weder einen „alten“ noch einen „neuen“ Krieg. Vielmehr seien wir mit einer Unzahl von verschiedenen Kriegen und bewaffneten Konflikten konfrontiert. Daher bräuchte man eine Reihe von differenzierten Kriegsmodellen für die Erfassung der Realität. Die alleinige Unterscheidung in „alt“ und „neu“ sei also wenig sinnvoll, weil es kein „altes“ oder „neues“ Kriegsmodell gab und gibt.

Im Hinblick auf eine sinnvolle Begriffsbildung ist Geis (ebd.) zudem der Ansicht, Kaldor (2000) und Münkler (2002) vermischten zuviel unter dem ursprünglich von Kaldor geprägten Schlagwort „neuer Krieg“: sie zählen sowohl transnationalen Terrorismus als auch kriegerische Interventionen westlicher Nationalstaaten in nicht-westliche Gebiete der Welt dazu. Solch eine Vielzahl von Phänomenen unter einem einzigen Terminus des „neuen Krieges“ fassen zu wollen, sei wissenschaftlich fragwürdig.

2.3.3. Welche Probleme können sich durch das Schlagwort „neuer Krieg“ ergeben?

Aus der Vermischung unterschiedlicher Phänomene zu einem Ganzen, ergeben sich nicht nur für die Politikwissenschaft Probleme, weil eine ungenaue Begriffsbildung die wissenschaftliche Analyse eines Phänomens erschwert. Es sei auch politisch-rechtlich fragwürdig, unter einem Begriff des „neuen Krieges“ zu viele Phänomene fassen zu wollen, wie etwa transnationalen Terrorismus oder westliche Interventionen in der „Dritten Welt“. Dies trage nämlich zur „Verdichtung diffuser Bedrohungsszenarien des Westens bei, rechtlich gesehen befördert es die Grenzverwischung zwischen Krieg,

Terror und Verbrechen“ (Geis 2010: 72).

In Bezug auf Politik, politikwissenschaftliche Forschung und öffentliche Wahrnehmung von Bedrohungsszenarien kann diese begriffliche Grenzverwischung zwischen Krieg, Verbrechen und Terrorismus zu einer sogenannten „Erzählung der Angst“ führen. Wie sich am Themenfeld des Krieges beobachten lässt, konstituieren sich Politik und Politikwissenschaft gegenseitig. Die westlichen Nationalstaaten müssen sich legitimieren, um Krieg zu führen. Die Bevölkerung dieser Staaten kann darüber verunsichert oder auch nur nachdenklich sein. Für die Wissenschaft bietet sich in jedem Fall eine Prämie, wenn sie zu diesem Thema, zu diesen diffusen Bedrohungsszenarien aus Krieg und Terrorismus etwas anzubieten hat. Schließlich treffen sich Staaten, Bevölkerung und Wissenschaft in dieser Debatte über „neue“ Bedrohungen, erläutert Schlichte (2006: 123), was sich in weiterer Folge zu einer „Erzählung der Angst“ verdichtet.

Es sei jedoch im Gegensatz zu solchen Bedrohungsszenarien erstens weder empirisch zu beweisen, dass durch die heutigen Kriege Staaten tatsächlich vermehrt zerfallen. Zweitens sei es ebenso unklar, ob dieser behauptete Zerfall zum Wachstum des transnationalen Terrorismus beitrage. Transnationaler Terrorismus sei zwar lose durch Zweckbündnisse mit innerstaatlichen Konflikten verknüpft, doch daraus ließen sich keine kausalen Zusammenhänge folgern (Schlichte 2006: 126f.).

Die Bedrohungsszenarien oder die sogenannte „Erzählung der Angst“ entstehen aus der Verknüpfung der Argumente der „neuen Kriege“, Staatszerfall, Terrorismus und Verbrechen. Diese Verknüpfung der unterschiedlichen Phänomene zu einem Ganzen Szenario namens „neuer Krieg“ kann schließlich als Legitimierung von Nationalstaaten für ihre „Interventionsindustrien“, ihre enormen Militärapparate und Sicherheitssysteme erhalten. Wobei die faktische Unkenntnis der lokalen Verhältnisse, Sprach- und Symbolwelten, Funktionsweise der Ökonomie und politischer Beziehung dann regelmäßig unvorhergesehene Effekte einer solchen Intervention hervorruft (ebd.).

2.4. Zusammenfassung

Gibt es eine Evolution des Krieges von „alt“ nach „neu“ zu beobachten oder ist doch alles beim alten? Nun wird also zusammenfassend versucht, die Frage zu beantworten, was wirklich „neu“ an den „neuen Kriegen“ ist, also an jenen Kriegen, die in den letzten zwei Jahrzehnten begonnen wurden.

Zum einen ist im Vergleich zu früheren Kriegen unser Blick auf die Kriege anders. Die Kriegsursachen- und Konfliktforschung weist darauf hin, dass sich unsere Wahrnehmung von Kriegen verändert hat, weil sie zuvor von der Logik des Kalten Krieges verdeckt war (Geis 2010: 70). Der Kalte Krieg mit seiner bipolaren Weltordnung hatte seine eigene Logik entfaltet, denn man dachte, durch diesen „kalten“, also nicht tatsächlich ausgefochtenem Krieg, in dem sich die beiden Teile der Welt miteinander befanden, werde durch gegenseitige Abschreckung der Friedenszustand aufrechterhalten. Erst als der Kalte Krieg zu Ende war, begann die Wissenschaft zu merken, dass in vielen Teilen der Welt tatsächliche, „heiße“ Kriege gekämpft wurden.

Zum anderen hat sich der historische und soziale Kontext verändert, in dem Kriege stattfinden. Durch die ökonomische Globalisierung sind Kriege generell komplexer geworden. Auch die Legitimationen, die die Nationalstaaten anwenden können, um Krieg zu führen, sind andere. Im historischen Kontext gibt es heute eine militärische, technologische Überlegenheit der Vereinigten Staaten im Vergleich zum Rest der Welt, die so groß ist wie nie zuvor (Malešević 2010: 310).

Schließlich wurde durch zwei Ereignisse der letzten zwei Jahrzehnte, nämlich das Ende des Kalten Krieges und den 11. September 2001 in der Politikwissenschaft das Themenfeld des innerstaatlichen Krieges wiederentdeckt. Dieses Themenfeld fristete lange ein Randdasein, so Schlichte (2006: 122). Und gemäß der Formel „je mehr man sucht, desto mehr findet man“ hat die gesteigerte Aufmerksamkeit allerlei neue Theorien und Entdeckungen zum Krieg hervorgebracht.

Gibt es positives an dieser gesteigerten Aufmerksamkeit zum Thema Krieg? Die wissenschaftliche Debatte über die „neuen“ Kriege hat dazu beigetragen, die politischen, ökonomischen und sozialen Dynamiken, die im Krieg stattfinden, besser zu

verstehen, weil sich die Forschung nun intensiver mit dem sozialen und politischen Geschehen im Krieg auseinandersetzt (Newman 2004: 186).

Durch die Reaktionen auf die behaupteten „neuen“ Kriege wurden neue Erkenntnisse entwickelt, weil die Auseinandersetzung mit dem Thema in der wissenschaftlichen Community notwendig wurde. Auf diese Weise sind neue Gedanken und neue Texte entstanden, die erst durch den Widerspruch zum „neuen“ Krieg angestoßen wurden.

Zudem ist vielleicht deutlicher geworden, dass eine Vielzahl von bewaffneten Konflikten gleichzeitig stattfindet, und wir daher eine Reihe von differenzierten Modellen brauchen. Es kann eben nicht nur ein Modell für die Analyse von Krieg geben, wie etwa neu vs. alt, sondern es sind unterschiedliche Modelle für die Erfassung der Realität notwendig (Geis 2010: 72).

Was ist nun alt an den „neuen“ Kriegen, also welche Eigenschaften weisen Kriege im historischen Kontext immer schon auf?

Die Gründe und Ziele von Staaten und Gesellschaften Krieg zu führen, sind gleich geblieben. Dabei handelt es sich um ideologische Gründe, wie etwa Nationalismus oder religiöse Motive, sowie um ökonomische und geopolitische Motive.

Wenn auch immer neuere Waffen und Technologien eingesetzt werden, so hat das kaum etwas an der Gewalt, die in Kriegen ausgeübt wird, geändert. Jeder Krieg fordert zahlreiche menschliche Todesopfer und Verletzte, sei es auf Seiten der Zivilbevölkerung oder auf Seiten der Kombattanten.

Die grundlegendste Kritik an der Annahme eines „neuen“ Krieges ist, dass die empirische Basis einfach nicht stimmt, genauer gesagt werden methodische Schwächen sowie mangelnde Daten als Fehlerquelle genannt (Geis 2010: 70). Denn auch vor dem Jahr 1989 kommen alle behaupteten „Veränderungen“ vor: unterschiedliche Formen von Gewalt in teilweise innerstaatlichen Kriegen und Konflikten sowie die verschiedensten Motive der kämpfenden Akteure. Deshalb ist ein Wandel des Kriegsgeschehens höchstens graduell, nicht aber prinzipiell beobachtbar, wie das Adjektiv „neu“ uns glauben machen lässt (ebd.).

3. Kriegsursachenforschung

Bis jetzt wurde in der vorliegenden Diplomarbeit der Frage nachgegangen, welche Definitionen es in der Politikwissenschaft für Krieg und Konflikt gibt und durch welche Eigenschaften sich das Phänomen Krieg auszeichnet. Des Weiteren wurde die aktuelle Debatte zu „neuen“ Kriegen und die aktuellen Herangehensweisen an das Thema Krieg in der Politikwissenschaft beleuchtet. Die Ergebnisse wurden kurz zusammengefasst. Die bis jetzt gewonnenen Erkenntnisse zum Krieg sind wichtige Grundlagen für das nächste Kapitel dieser Arbeit, nämlich welche Ursachen haben Kriege?

Oft liest man, ein Krieg wäre wie ein Vulkan „ausgebrochen“. Wie ein Naturereignis ist also der Krieg einfach ein Schicksal, dem die Menschen ohnmächtig ausgeliefert sind. Das ist aber falsch, denn Kriege sind immer menschengemacht und werden daher von Menschen begonnen (Wasmuht 2002: 87). Daher ist es auch so wichtig, sich mit diesem Thema zu beschäftigen, weil bei uns Menschen die Verantwortung für Kriege liegt. Der Mensch ist nach Kant ein vernunftbegabtes Lebewesen. Glaubt man daran, so haben wir als Menschen auch die Fähigkeiten, es besser zu machen, und daher ist es wichtig, die Ursachen für Kriege zu verstehen (Suganami 1996: 209).

„A war-conductive system cannot itself be a permanent fixture of the human social environment“, denkt Suganami (1996: 209). Unter bestimmten Ländern ist Krieg schon jetzt als gegenseitige außenpolitische Maßnahme undenkbar, sowie unter fast allen Ländern heutzutage Genozid als legitime Maßnahme ausgeschlossen ist. Ein kriegsförderndes internationales politisches System muss also nicht für immer gegeben sein (ebd.).

Aus welchen Gründen nun Kriege begonnen werden, damit setzt sich im Feld der politikwissenschaftlichen Forschung die Kriegsursachenforschung auseinander.

3.1. *Klassische Erklärungsversuche der Kriegsursachenforschung*

Zu Beginn sollen die klassischen Herangehensweisen der Kriegsursachenforschung

dargestellt werden. Bei der Frage nach den Ursachen für Kriege und Konflikte lassen sich drei Analyseebenen unterscheiden: es gibt erstens individualistische Erklärungsversuche, die die Ursachen für Krieg mit der Natur des Menschen begründen. Gesellschaftliche Erklärungsmodelle verweisen zweitens auf den Zusammenhang von Gesellschaftsstruktur und Krieg. Systemische Erklärungsmodelle sehen drittens Veränderungen des internationalen Systems als Ursachen für Krieg.

3.1.1. Individualistische Erklärungsversuche

Erstens wird von individualistischen Erklärungsversuchen wie der Psychoanalyse, der Verhaltensforschung oder der Aggressionstheorie der Mensch mit seiner Natur als Ursprung von Gewalt gesehen. In der Natur der Menschen liegt die Ursache für Streit im Allgemeinen sowie kriegerische Konflikte im Besonderen. Dabei lautet die zentrale Frage: Wie kommt es dazu, dass Menschen aggressiv oder gewalttätig werden? (Bonacker/Imbusch 2006: 115). Das ist eine interessante und wichtige Frage, aber es ist eigentlich keine, mit der sich die Politikwissenschaft befasst. Als Sozialwissenschaft befasst sie sich mit den sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen, innerhalb welcher Menschen miteinander agieren, und weniger mit dem einzelnen Menschen und dessen Charakter. Deshalb wird dieser Erklärungsversuch hier nicht weiter ausgeführt.

3.1.2. Gesellschaftliche Erklärungsversuche

Zweitens weisen gesellschaftliche Erklärungsversuche auf den Zusammenhang zwischen der Struktur einer Gesellschaft und Kriegen und Konflikten hin.

- Die gesellschaftliche Organisationsform Staat kann für einen Krieg verantwortlich sein. Die Annahme aus der Theorie des Realismus ist zwar, dass der Staat den Frieden innerhalb einer Gesellschaft absichert, weil er Bürgerkriege in seinem Inneren verhindert. Die Geschichte zeigt jedoch, dass der Staat auch selbst zur Kriegsursache werden kann. Die staatliche Organisationsform bringt eine enorme Konzentration von militärischer, ökonomischer und politischer Macht mit sich, welche Kriege in ihrer modernen Form und Grausamkeit erst möglich macht. Zusätzlich kann

der Staat nach innen ungerechte Herrschaftsstrukturen absichern. Unter bestimmten Voraussetzungen produziert der Staat also keine Sicherheit, sondern führt zu größerer Unsicherheit (Bonacker/Imbusch 2006: 116f.).

- Eine Erweiterung dieser Sichtweise ist die Beobachtung, dass Krieg und Gewalt in die westliche, patriarchale Gesellschaftsform des Staates quasi eingebettet sind. Die ideengeschichtlichen Grundlagen der westlichen Staatsbildung fußen auf Krieg, Gewalt und der Herrschaft von Männern. „Krieg, Nationalismus und die Unterordnung der Frauen sind keine ‚Unfälle‘ der europäischen Geschichte“ (Roß 2002: 31), sondern sind essentielle Bestandteile der westlichen Nationalstaaten. „Militär und Bürokratie bilden die Kernstrukturen des Staates“ (Kreisky 1995: 217), und das bedeutet, dass der Staat auf seine Verwaltung und auf das Führen von Kriegen hin ausgerichtet ist. Es gibt auch einen engen Zusammenhang zwischen Staatsbürger und Soldat. Die militärische Einsatzbereitschaft des Mannes war früher die Bedingung für seine politischen Rechte, das heißt also die Bereitschaft, Krieg für die Nation zu führen war die Voraussetzung für die Vollmitgliedschaft im Staatsbürgertum (Roß 2002: 37f.). Die Voraussetzungen für politische Rechte in den westlichen Nationalstaaten liegen zwar jetzt nicht mehr nur im Soldatentum, aber das System des europäischen Nationalstaates an sich, das durch Kolonialismus in viele Teile der Welt exportiert wurde, bleibt eine gewichtige Ursache für Kriege.

- Auch am Zustand der kapitalistischen Gesellschaft kann die Verantwortung an der Entstehung von Kriegen liegen. Die sozialen Unterschiede im Inneren der Gesellschaften können nicht aufgelöst werden, und diese Widersprüche verursachen Spannungen. Die herrschenden Gruppen versuchen solche Widersprüche zu überlagern, indem sie Konflikte als sogenannte Stellvertreterkrieg inszenieren, um von sozialen Ungleichheiten im Land selbst abzulenken (Bonacker/Imbusch 2006: 116f.).

- Bertha von Suttner sah die Ursachen für Krieg in einer Gesellschaft, die vom „Kriegsgeist“ geprägt ist. Feindbilder werden durch Medien, Erziehung, Kirche oder selektive Geschichtsschreibung konstruiert und durch Nationalismus oder Rachegeleüste geschürt. Das Handeln des Staates wird von diesen Feindbildern beeinflusst und führt schließlich zu Aufrüstung und Krieg (Suttner 1990: 7, zit. n. Hedinger 2002: 53).

- Ähnlich wie Bertha von Suttner besagen sozialkonstruktivistische Theorien, dass das Handeln von internationalen oder staatlichen Akteuren sich an Normen und diskursiv erzeugten Leitkonzepten orientiert. Solche Leitkonzepte, wie Patriotismus, Identität, oder auch Feindbilder können sozial konstruiert werden und haben reale Folgen. Man geht hier davon aus, dass nichts per se gegeben ist. Kriege entstehen folglich dann, wenn Feindbilder oder eine äußere Bedrohung konstruiert werden, denen man scheinbar mit Gewalt begegnen muss. Im Sinne einer „selffulfilling prophecy“ werden dann Akte gesetzt, durch die sich die Konstruktionen der anderen Seite bestätigen (Bonacker/Imbusch 2006: 116f.).

3.1.3. Systemische Erklärungsversuche

Drittens steht bei systemischen Erklärungsversuchen das internationale System im Mittelpunkt der Überlegungen. Die Entstehung von Kriegen und die Veränderung der Form des Krieges erklären sich durch Struktur und Veränderungen im internationalen System.

- Dem Konzept der strukturellen Gewalt zufolge, das nach Galtung in der kritischen Friedensforschung verwendet wird, gibt es immer wieder Kriege oder Konflikte aufgrund sozio-ökonomischer Ungleichheiten zwischen Staaten und Regionen. Daran wird sich wenig ändern, solange die hegemonialen Machtzentren Konflikte und strukturelle Gewalt, wie die ökonomische Benachteiligung der Peripherie in Kauf nehmen um ihre Macht zu erhalten (Bonacker/Imbusch 2006: 118f.).
- Im Kontext der Theorien der Internationalen Beziehungen ist eine einflussreiche politische Großtheorie der Realismus, dem auf den Gedanken von Thomas Hobbes aufbauend ein eher pessimistisches Menschenbild zugrunde liegt. Der Realismus nimmt an, dass Kriege die Folge des anarchischen internationalen Systems sind. Dem politischen Realismus zufolge streben Staaten aus rationalen Gründen nach Macht und Sicherheitsgewinn, und Kriege entstehen dann, wenn Staaten ihre Macht und ihre Sicherheitsinteressen besser mit Gewalt als ohne Gewalt durchsetzen können (ebd.).
- Auch Hannah Arendt sieht die Ursachen von Krieg im internationalen

Staatensystem begründet, denn es gibt im internationalen politischen Bereich keinen Ersatz für „diesen letztinstanzlichen Schiedsrichter internationaler Angelegenheiten“ (Arendt 2000: 5), den Krieg. Sie geht aber davon aus, dass der Mensch ein vernünftiges Lebewesen ist, der eigenverantwortlich selbst denken und handeln kann. Das steht im Gegensatz zu Thomas Hobbes und der realistischen Schule, die von einem ursprünglich bösen Menschen ausgeht (Hedinger 2002: 56).

- Im Gegensatz zum Realismus besagt die Großtheorie des Institutionalismus, dass Normen und Gesetze im internationalen System das Verhalten der Staaten steuern. Kriege brechen demnach dort aus, wo internationale Normen und Gesetze nicht genug institutionalisiert sind. Liberale Theorien schließen sich dieser Sicht an und gehen zudem davon aus, dass das innere Gebiet eines Staates entscheidend ist. Wenn ein Staat in seinem Inneren liberale und demokratische Normen aufrechterhalten kann, sein eigenes politisches System also liberal ist und seine Institutionen funktionieren, dann wird dieser Staat keinen Krieg gegen andere Staaten führen (Bonacker/Imbusch 2006: 118f.). Dahinter liegt die Vorstellung des „democratic peace“ von Francis Fukuyama, nämlich dass demokratische Staaten keine Kriege gegeneinander führen. Demokratische (westliche) Staaten führen sehr wohl Kriege, sie führen sie aber nicht gegen andere demokratische Staaten, sondern gegen nicht-demokratische (nicht-westliche) Staaten.

3.2. Narrative des Krieges

Um nun die Frage „wie ist dieser spezielle Krieg entstanden?“ zu beantworten, die nach der ganzen Sequenz von Ereignissen fragt, die zum Kriegsausbruch führten, braucht man zunächst eine gute Geschichte oder Erzählung der Ereignisse. Da der Mensch seine Umgebung und die Welt durch das Erzählen von Geschichten begreift, ist es notwendig, Geschichten zu erzählen, durch die wir dann die Ereignisse verstehen können. Mithilfe eines solchen Narratives können folglich die Ereignisse analysiert werden. Sie können etwa den verschiedenen Ansätzen der Kriegsursachenforschung zugeordnet werden, sie können im historischen Kontext verortet werden, mit den Geschehnissen in der restlichen Welt verbunden werden, und so weiter. Das Ziel ist es dann, dank dieser

Geschichten und damit einhergehenden Analyse, die Ursachen für diesen bestimmten Konflikt, in dem Fall in Kashmir, zu verstehen.

Einen möglichen Ansatz hat Hidemi Suganami in seinem Buch „On the causes of war“ (1996) entwickelt, in welchem er vier Faktoren oder vier Analyseebenen identifiziert, die eine „gute Geschichte“ eines Krieges beinhalten muss. Es handelt sich dabei um Hintergrundinformationen, zufällige Ereignisse, (kriegsfördernde) Mechanismen der Gesellschaft sowie die Taten und Aktionen der beteiligten Regierungen.

3.2.1. Hintergrundinformationen

Die Hintergrundinformationen zeigen uns die Umstände, unter welchen die Geschichte ihren Lauf genommen hat. Das geschieht durch die Darstellung der Schauplätze und der im Hintergrund wirkenden, nicht offensichtlichen Kräfte. Dazu zählen geographische und demographische Aspekte der involvierten Länder, die Struktur ihrer Regierungen und auch die politischen, sozialen, ökonomischen und militärischen Merkmale der jeweiligen Länder. Die Hauptcharakteristika des zu jener Zeit existenten internationalen Systems sind ebenfalls ein wichtiger Hintergrund der Erzählung. Zusätzlich spielt die ideologische Motivation der beteiligten Anführer und der Bevölkerung eine große Rolle. Schließlich ist die Vergangenheit, besonders in Bezug auf Rivalitäten oder Groll, der gegenüber Ländern oder Gruppen von Menschen gehegt wird, von enormer Wichtigkeit. Die Hintergrundinformationen und die Erzählung von den Ereignissen des Krieges sollten sich wechselseitig ergänzen. Indem man den Hintergrund beleuchtet, findet man grundlegende Ursachen für den Krieg (Suganami 1996: 157).

3.2.2. Zufällige Ereignisse

Wenn man nun den Hintergrund eines Krieges analysiert, erkennt man meist im Nachhinein, dass nur ein winziger Funke zum Ausbruch des Krieges gefehlt hat. So ein kriegsfördernder Hintergrund zeigt uns also oft, dass ein Krieg in jedem Fall aufgetreten wäre. Das ist aber nicht dasselbe wie zu erklären, warum gerade dieser Krieg entstanden ist. Dabei sollten wir auch zufällige Ereignisse berücksichtigen, nämlich historisch

signifikante oder außergewöhnliche, sowie alltägliche Ereignisse, die zwar simultan auftreten, deren Ursachen jedoch gänzlich unabhängig voneinander sind. Die Hintergrundinformationen zeigen uns, dass ein Krieg mit ziemlicher Sicherheit passiert wäre, und die zufälligen Ereignisse zeigen uns, warum gerade dieser Krieg entstanden ist (Suganami 1996: 158).

3.2.3. Mechanismen der Gesellschaft

Die dritte wichtige Analysekategorie sind die Mechanismen der Gesellschaft. Damit sind standardisierte Prozesse gemeint, wie eine Gesellschaft funktioniert. Suganami sagt, es gibt eine große Menge von Mechanismen, die relevant sind für das Auftreten von Krieg: psychologische, bürokratische, militärische oder auch internationale Mechanismen können ein Land an die Schwelle zum Krieg führen. Das Militär zum Beispiel tendiert generell zur worst-case Analyse von internationalen Beziehungen, weil seine eigene Daseinslogik solche Denkweisen unterstützt. Es geht von der Feindschaft anderer Staaten aus und plant meistens schon „vorbeugende“ Kriege oder Militärschläge, um für einen Fall der Fälle bereit zu sein. Es hat fast immer die Tendenz, offensive Militärpläne zu schmieden, auch um sein Image als „Sieger“ zu bewahren und sein Prestige zu verbessern (Suganami 1996: 168).

Mechanistische Prozesse können dann zum Krieg führen, wenn sie unkontrolliert sind und die Regierung in ihrer Handlungsfreiheit einschränken, wenn nicht sogar auf einen bestimmten Kollisionskurs festfahren (ebd.: 173).

3.2.4. Aktionen der Regierung

Kriege sind menschengemacht und werden von bestimmten Akteuren ganz bewusst begonnen. Das, was dann im Krieg passiert, ist großteils zur Zeit des Kriegsbeginns noch nicht geplant, doch der Kriegsbeginn rührt immer von einer bewussten Entscheidung her (Suganami 1996: 194). Deshalb sind die Aktionen und Taten, die eine Regierung setzt, meist wichtiger für einen Kriegsbeginn als die bürokratischen und militärischen Mechanismen der Gesellschaft.

Das ist nun die vierte Analysekategorie, die nach Suganami zu einer vollständigen und guten Geschichte eines Krieges gehört. Die Taten und Handlungen, die Regierungen vollziehen, inklusive wichtiger Schritte, die sie nicht gesetzt haben, sind zentral. Genau die Schritte, welche die beteiligten Regierungen gesetzt haben, sollten aufgezeigt werden, weil dadurch klar wird, warum sie schließlich zum Kriegsausbruch führten (ebd.: 173).

3.3. Forschungsansatz der Diplomarbeit

3.3.1. Kombination von Erklärungsansätzen

Die oben dargelegten Erklärungsansätze sind zum einen klassische Theorien der Kriegsursachenforschung, die nicht obsolet geworden sind, die aber nicht alleine ausreichen, um die Kriegsursachen für einen bestimmten Krieg zu erklären. Zum anderen wurde dargelegt, wie wichtig das Narrativ eines Krieges ist, um die Ursachen, die zu einem Krieg geführt haben, erklären zu können.

In der Diplomarbeit sollen die Ursachen analysiert werden, die zum Beginn des Konflikts im indischen Jammu und Kaschmir im Jahr 1990 geführt haben, der noch immer andauert und die Region in eine tiefe Krise gestürzt hat. Das Ziel ist es also, herauszufinden, wie und warum dieser spezielle Krieg entstanden ist.

Gesellschaftliche Ansätze bieten eine gewisse Erklärungskraft, aber der Zustand der Gesellschaft in ihrem Inneren ist nie die alleinige Ursache für einen Krieg. Kein einziger Krieg seit 1945 hat rein „nationale“ Ursachen (Schlichte 2006: 118). Gesellschaften und Staaten interagieren in einer globalen ökonomischen, sozialen Weltgesellschaft und Kriege ereignen sich in diesem globalen Raum. Systemische Ansätze wiederum beleuchten das gesamte weltweite System der Staaten. Allerdings gehen sie von klar definierten Akteuren aus, nämlich Staaten, die es aber so in Wirklichkeit oft nicht gibt.

Viele dieser Ansätze sind sich ähnlich, weil durch den Vergleich verschiedener Kriege gewisse Gemeinsamkeiten erkannt wurden, aus welchen dann gewisse Ursachen

abgeleitet wurden. Das wird auch eine induktive Vorgehensweise genannt. Natürlich gibt es bei allen Kriegen gewisse Gemeinsamkeiten, dennoch hat jeder Krieg seine eigene Kombination von Ursachen. Es ist daher schwierig mithilfe solcher recht allgemeinen Erklärungsansätze die Ursachen eines ganz bestimmten Krieges zu erklären.

Der statistische Zusammenhang zwischen dem Faktum, dass liberale Staaten keine Kriege gegeneinander führen wird oft als eines der wenigen empirischen Gesetze der internationalen Beziehungen angeführt. Dieser sogenannte „democratic peace“ ist aber kein kausaler Zusammenhang, weil die Behauptung, wenn ein Land liberal ist, dann führt es keinen Krieg, stimmt so nicht. Liberale, westliche Staaten führen sehr wohl Kriege gegen nicht-liberale, nicht-westliche Staaten. Gleichzeitig gibt es viele nicht-liberale Staaten auf der Welt zwischen denen Frieden besteht. Der kausale Zusammenhang kann also nicht lauten, dass Demokratie die Voraussetzung für Frieden ist. Er könnte nämlich auch gegensätzlich lauten, dass vielleicht die Erwartung von Frieden zwischen zwei Staaten der Grund ist, der sie liberal bleiben lässt (Suganami 1996: 15).

Optimal für die Analyse eines ganz bestimmten Krieges ist eine Kombination der verschiedenen klassischen Erklärungsansätze, denn Kriege haben viele unterschiedliche Ursachen. Es sollten also systemische und gesellschaftliche Erklärungsansätze kombiniert werden, damit ein Krieg bestmöglich analysiert werden kann.

Außerdem sollte der Erklärungsansatz, mit dem ein bestimmter Krieg untersucht wird, immer multikausal sein. Man kann bei der Analyse von Kriegsursachen nicht von einem linearen Zusammenhang ausgehen: wenn A als Ergebnis vorliegt, dann war das Ereignis B die Ursache. Man muss hingegen unterschiedliche Ursachen in Erwägung ziehen: wenn das Ergebnis A vorliegt, könnten B oder C oder D oder alle drei Faktoren die Ursachen sein. Es wird kaum möglich sein, eine Wissenschaft vom Krieg zu entwickeln, die wie ein Naturwissenschaft mit eindeutigen kausalen Mechanismen funktioniert (Dzihic 2008, Vorlesungsmitschrift)

Bei jedem Krieg ist die geschichtliche Komponente zentral. Jeder Krieg findet in einem

spezifischen historischen Kontext statt, der sehr viel über seine Ursachen aussagt. Die Geschichtswissenschaft versucht ein Vorkommnis zu verstehen mit Hilfe der Ereignisse, die davor und danach aufgetreten sind. Das bedeutet, die gesamte Geschichte erklärt das Ereignis und nicht nur ein isolierter Faktor. Historizität ist also enorm wichtig (Suganami 1996: 127f.).

Schlussendlich sind Kriege komplizierte, allumfassende und vor allem beunruhigende soziale Phänomene. Ringmar (1997: 229) bringt das präzise auf den Punkt wenn er schreibt: „War ist a fundamentally puzzling – fundamentally disturbing – phenomenon. A war takes us right out of the everyday world; [...] it turns civilized men and women into killers or accomplices of killers“. Krieg ist ein rätselhaftes und bedrohliches Phänomen, dessen Komplexität bei jeder Ursachenforschung berücksichtigt werden muss.

3.3.2. Methode

Im wesentlichen handelt es sich bei der vorliegenden Diplomarbeit um eine Literaturstudie. Die Methode umfasst also das Auswählen, das Lesen und die Auswertung von Literatur.

Dabei stützt sich der erste Teil der Arbeit, der sich mit politikwissenschaftlichen Theorien zu Krieg und Konflikt befasst, zunächst auf Kapitel zum Kriegsbegriff aus Einführungswerken der Politikwissenschaft, wie etwa Reinhard Meyers „Krieg & Frieden“ aus dem „Handbuch internationale Politik“. Die Erkenntnisse zur Debatte über die „neuen“ Kriege basieren auf den Beiträgen „Neue Kriege oder alte Thesen?“ von Klaus Schlichte und „Die Kontroversen über die „neuen“ Kriege“ von Anna Geis sowie auf dem Werk „The sociology of war and violence“ von Sinisa Malesevic. Diese drei Texte setzen sich besonders aktuell und argumentativ-logisch mit den Thesen um die „neuen“ Kriege auseinander. Der Abschnitt über die Kriegsursachenforschung stützt sich einerseits auf Thorsten Bonacker und Peter Imbuschs Kapitel „Krieg“ aus dem Buch „Friedens- und Konfliktforschung“, weil sie in dem Text sehr deutlich klassische Erklärungsversuche der Kriegsursachenforschung herausarbeiten. Andererseits bietet

Hidemi Suganamis Werk „On the causes of war“ eine sinnvolle Herangehensweise mit deren Hilfe die Ursachen für einen bestimmten Krieg analysiert werden können.

Der zweite Teil der Arbeit umfasst die Analyse des Krieges im Kaschmirtal. Für den historischen Hintergrund wurden die Werke „Krisenherd Kaschmir“ von Dietmar Rothermund und „India and Pakistan“ von Stanley Wolpert herangezogen, weil beide Historiker sich ausführlich der Geschichte des Konflikts widmen. Die Analyse der Kriegsursachen ab 1990 stützt sich auf das Buch „Kashmir. Roots of conflict, paths to peace“ des Politologen Sumantra Bose, in welchem er zentrale Gründe für den Krieg analysiert. Zusätzlich ist Nyla Ali Khans „Islam, women & violence in Kashmir“ eine wichtige Quelle, weil sie, als Enkeltochter von Sheikh Abdullah und im Kaschmirtal aufgewachsen, in ihrem Buch eine interessante Perspektive auf Ursachen und Folgen des Krieges bietet. Suvir Kauls konziser Artikel „Indian Empire (and the case of Kashmir)“ liefert wichtige Hinweise auf die Rolle, die der indische Staat in dem Konflikt spielt. Die Diplomarbeit schöpft zudem wichtige Informationen aus Ian Talbots „India & Pakistan“, weil er sehr aufschlussreich auf einige Gründe eingeht, die zum Ausbruch des Krieges 1990 führten. Schlussendlich liefert der Report „Everyone lives in fear“ der Organisation Human Rights Watch wichtige Details darüber, wie sich das indische Militär in der Region verhält und welche Folgen das für die Bevölkerung hat.

Die Diplomarbeit ist demnach in methodischer Hinsicht eine Literaturstudie. Insgesamt ist der Forschungsansatz narrativ-verstehend, deskriptiv und historisch. Die Ereignisse, die zum Krieg geführt haben, sollen genau beschrieben, analysiert und in ihren historischen Kontext eingeordnet werden. Aufgrund dieser Analyse, zu der wir mithilfe der ausgewählten Literatur gelangen, wird also versucht, die Phänomene zu verstehen.

4. Die Region Kaschmir im Konflikt

4.1. Problemstellung

Es geht in der Arbeit um den Krieg, der seit 1990 in Jammu & Kaschmir wütet und nicht um die zwischen Indien und Pakistan geführten Kriege davor. Oft ist in der Literatur vom „Kaschmirkonflikt“ die Rede, womit alle verschiedenen Kriege und Konflikte gemeint sind, die sich in der Region seit 1947 zugetragen haben. Der Konflikt zwischen den Nationalstaaten Pakistan und Indien spielt ebenfalls eine große Rolle, aber das Hauptaugenmerk dieser Diplomarbeit liegt auf dem Krieg, der 1990 entstanden ist. Warum hat sich der Konflikt zwischen den Staaten Indien und Pakistan zu einem komplexen Krieg gewandelt?

Die Thesen sind dabei, dass der Krieg sich einerseits aus der instabilen und undemokratischen politischen Lage im indischen Jammu & Kaschmir erklärt. Andererseits geht die Arbeit davon aus, dass erst die Reaktion des indischen Staates auf die Demonstrationen und Wünsche der Bevölkerung zu einer Radikalisierung des Konflikts in dem Ausmaß führte. Schließlich wird angenommen, dass die Ideologien der Staaten Indien und Pakistan grundlegende Ursachen für den Krieg sind. Die internationale und die innerindische Dimension des Krieges sind also eng miteinander verknüpft.

4.2. Geographie und Demographie

Der britische Missionar C. E. Tyndale Biscoe beschrieb vor rund 90 Jahren Geographie und Bewohner im damaligen Fürstentum Jammu und Kaschmir sehr akkurat:

„To write about the character of the Kashmiris is not easy, as the country of Kashmir, including the province of Jammu, is large and contains many races of people. Then again, these various countries included under the name of Kashmir are separated the one from the other by high mountain passes, so that the people of these various states differ considerably the one from the other in features, manner, customs, language, character and religion“ (Biscoe 1922: 77).

Das ehemalige Fürstentum Jammu und Kaschmir besteht heute aus Pakistans „Azad Kashmir“ und den kaum bewohnten „North Western Frontier Provinces“, Indiens

„Jammu and Kashmir“ und dem von China okkupierten, unbewohnten „Aksai Chin“.

Das indische Jammu und Kaschmir ist der nördlichste Bundesstaat Indiens und liegt im Himalaya. Er grenzt an Pakistan und Tibet (China). „Jammu und Kaschmir“ ist in drei Verwaltungsbezirke aufgeteilt: Kaschmir, Jammu und Ladakh.

Das riesige, dünn besiedelte Ladakh grenzt an Tibet und hat etwa 200.000 Einwohner die zur Hälfte Buddhisten und zur anderen Hälfte schiitische Muslime sind.

Das rund 4,3 Millionen Einwohner zählende Jammu ist zum Teil eine Ebene, zum Teil bergig. Ein Drittel der Bevölkerung sind sunnitische Muslime, die hauptsächlich im bergigen Norden leben, aber nur teilweise den Muslimen des Kaschmirtals gleichen. Andere Muslime Jammus sind Rajputen, Gujars und Bakerwals, im Süden leben größtenteils Hindus und einige Sikhs.

Kaschmir, genauer das Tal von Kaschmir, liegt zwischen dem Pir Panjal Gebirge und dem westlichen Teil des Himalayas. Von den 5,4 Millionen Einwohnern sind rund 95% Muslime (größtenteils sunnitisch), die Kaschmiri sprechen und ihre eigene, auf mystischen Sufi-Traditionen basierende Kultur entwickelt haben, die sie als „Kashmiriyat“ bezeichnen.

Das pakistanische „Azad Kaschmir“ unterscheidet sich wiederum ethno-linguistisch, weil dort hauptsächlich Punjabi sprechende schiitische Muslime leben (Rothermund 2002: 27f. ; Bose 2003: 7f. ; Human Rights Watch 2006: 13).

Es geht nun in dem gewaltsamen Konflikt hauptsächlich um das Tal von Kaschmir, das zum indischen Staat gehört. Dort leben zu rund 95% muslimische Kaschmiris und eine kleine Minderheit von Hindu-Pandits sowie andere ethnische Gruppen. Auch einige Teile von Jammu sind in den Krieg involviert, und zwar jene, die an das Gebiet Kaschmir grenzen und von derselben ethnisch-linguistischen Bevölkerungsgruppe, den muslimischen Kaschmiris, bewohnt werden. Die Muslime aus dem Kaschmirtal sind die Gruppe von Menschen, die ein von Indien unabhängiges Kaschmir wollen und wofür hauptsächlich junge Männer seit den 1990er Jahren gewaltsam kämpfen.



(Karte aus der Perry-Castañeda Library Map Collection, auf <http://www.lib.utexas.edu/maps/kashmir.html>)

4.3. Historischer Verlauf

Wenn wir die Geschichte eines Konfliktes genauer ansehen, sehen wir, dass es unterschiedliche Phasen der Geschichte gibt, die wie bei einer Zwiebel in unterschiedlichen Schichten angeordnet sind. Ereignisse in der Vergangenheit wirken weniger stark oder stärker bis in die Gegenwart nach, so wie Zwiebelschichten, die immer weiter vom Innersten der Zwiebel entfernt sind und dennoch zur Zwiebel dazugehören (Dzihic 2008, Vorlesungsmitschrift vom 7. Mai).

Die äußerste oder dritte Schicht hat nicht mehr sehr viel Einfluss auf die jetzigen Ereignisse. Sie beinhaltet zum einen mythologische Ereignisse, also solche, die so weit zurückliegen, dass sich eine mythologische Wolke darum entwickelt hat. Zum anderen beinhaltet sie geschichtliche Ereignisse, die stattgefunden haben, aber schon lange zurückliegen und deshalb den Krieg nicht direkt beeinflussen. Diese Zeitperiode wird im 5. Kapitel behandelt.

Die Ereignisse der zweiten Schicht, oder Zwiebelschale, wirken sich mehr auf den aktuellen Krieg aus, in ihr finden wichtige Hintergrundereignisse statt. Auch die Ursprünge des politischen Systems sind in dieser Zeitperiode zu finden. Kapitel 6 behandelt diese Zeitperiode des indischen Jammu & Kaschmirs.

Die aktuellen Ereignisse, das Innerste der Zwiebel, erklären die Ursachen für den aktuellen Krieg. Diese werden in Kapitel 7 dargestellt. Darauf folgt in Kapitel 8 eine detailliertere Analyse der Gesellschaft Kaschmirs und der Akteure des Krieges.

5. Kaschmir bis zum 20. Jahrhundert

Um bei dem Beispiel mit der Zwiebelschicht zu bleiben, kann man in Kaschmir der tertiären Zwiebelschicht nun zwei Zeitperioden zuordnen. Eine Zeitperiode beinhaltet die mythologische Geschichte der Region, während die andere Zeitperiode die Geschichte des Fürstentums Jammu und Kaschmir von 1846 bis 1947 umfasst.

5.1. Mythologie

5.1.1. Kaschmir als „ancient country“

Die Konstruktion von Kaschmir als einem uralten hinduistischen Land, in welchem schon immer Hindu-Könige herrschten, stammt von europäischen Orientalisten. Sie halfen durch ihre Forschungen mit, die Dogra-Herrschaft des 19. und 20. Jahrhunderts über die muslimische Bevölkerung zu legitimieren. Das Interesse an der „uralten“ Geschichte von Kaschmir und besonders an den alten Werken, die in Sanskrit abgefasst waren, führte zum Beispiel den österreichischen Indologen Georg Bühler und den ungarischen Orientalisten Aurel Stein im 19. Jahrhundert nach Kaschmir.

Eine der ersten Chroniken Südasiens aus dem Jahr 1148 wurde von Aurel Stein ins Englische übersetzt. Dieses Werk, die Rajatarangini (river of kings) preist sowohl die Weisheit als auch die Grausamkeit Kaschmirs größter Herrscher. Der Text beginnt mit der Begrüßung des Gottes Shiva, dessen vieler Konsorten und dessen Gemahlin Parvati. Sie hat viele Namen, einer davon lautet Kashmira (Wolpert 2010: 18).

Stein, Bühler und andere westliche Indologen konstruierten durch ihre linguistischen Untersuchungen und ihr archäologisches Interesse an vorislamischer Architektur im 19. Jahrhundert Kaschmir als ein uraltes Land. Sie legten durch ihre Forschungen, die vom Maharaja (aus dem Hindu - Dogrageschlecht) von Kaschmir finanziell unterstützt wurden, die Grundlagen für die Vorstellung eines Kaschmirs, in welchem die Hindu - Eliten tief in der Geschichte und Topographie des Kaschmirtals verwurzelt sind. Zugleich wird die muslimische Bevölkerung in dieser Vorstellung als neuzeitlicher Eindringling abgekanzelt (Kabir 2009: 81).

5.1.2. Kaschmir als einzigartiges Paradies

Nun zum zweiten interessanten mythischen Aspekt der Geschichte Kaschmirs. Scheinbar war das Gebiet in alten Zeiten eine wundersame Verschmelzung aus verschiedenen Kulturen und Religionen. Wolpert (2010: 18) beschreibt sehr anschaulich, wie Menschen jeder Religion von diesem wunderbaren Umfeld angezogen wurden: „The lovely city of Srinagar (...) later came to be called the Venice of India, lured to its garden filled precincts people of every faith: Hindu, Muslim, Buddhist and Christian.“ Außerdem scheint diese Mischung aus unterschiedlichen Religionen eine ganz eigene tolerante und harmonische Kultur namens „Kashmiriyat“ hervorgebracht zu haben, eine Art Mikrokosmos der Komplexität Südasiens (ebd.).

Ab dem 14. Jahrhundert herrschten in Kaschmir muslimische Sultane. Unter der Herrschaft des berühmtesten Sultans Zain-ud-Abidin erblühte Kashmir, weil er tolerant gegenüber seinen Untertanen war, die neben Muslimen auch Hindus und Buddhisten waren. Sie waren wiederum loyal gegenüber ihrem Herrscher und halfen bei der Entwicklung des Landes. Er war auch ein Förderer der Sufi-Heiligen und Poeten an seinem Hof. Kunst und Theater in Kaschmir erblühten und die Handwerkskunst der lokalen Teppichweber, Holzschnitzer, Schalweber und Hersteller von Papiermaché wurde auf der ganzen Welt gepriesen (Wolpert 2010: 20).

Anschließend, im 16. und 17. Jahrhundert, annektierten die Großmogulen das Gebiet zu ihrem riesigen Imperium. Sie pflanzten ihre königlichen Gärten Shalimar und Nishat in die Umgebung des Dal-Sees und machten dieses Tal zu einem „paradise on earth“. Irlands Nationaldichter Thomas Moore schrieb darüber 1817 seine berühmte Ballade „Lalla Rookh“, in der er die Schönheit des Tals preist. Durch diese Ballade und die Schönheit des Kaschmirtals wurden Generationen von europäischen Touristen nach Kaschmir gezogen (Wolpert 2010: 21).

5. 2. Das Fürstentum Jammu & Kaschmir von 1846 bis 1947

5.2.1. Die Entstehung des Fürstentums

Die Herrscherfamilie Kaschmirs, die Maharajas (Fürsten) aus dem Dogrageschlecht, waren hochkastige Hindus aus der Region Jammu. Sie halfen den Briten Anfang des 19. Jahrhunderts das Gebiet Kaschmir von den Sikhs zu erobern und breiteten von Jammu aus ihr eigenes Herrschaftsgebiet immer weiter bis in die Bergregionen Baltistan und Ladakh aus. Im Jahr 1846 kaufte der damalige Maharaja den Briten schließlich das Kaschmirtal und Gilgit um eine Million Pfund ab. Dafür musste er die Oberhoheit der britischen Krone anerkennen und seine Truppen jederzeit zur Verfügung stellen (Rothermund 2002: 27).

Durch diese Vereinbarungen mit den Briten wurde im Jahr 1846 der Fürstenstaat Jammu und Kaschmir geboren. Den Fürstenstaat, welcher genau 100 Jahre in dieser Form existierte, bezeichnet Bose (2003: 16) sehr anschaulich als „[...] a sprawling polyglot entity of diverse regions and peoples [...]“. Im Jahr 1941 war die Zusammensetzung der Bevölkerung laut britischer Volkszählung 77% Muslime, 20% Hindu und 3% Sikhs und Buddhisten (ebd.).

Der Maharaja Pratap Singh, der von 1885 bis 1925 herrschte, bemühte sich zwar um Modernisierung, wirtschaftlichen Fortschritt und baute als devoter Hindu zahlreiche Tempel in Jammu. Zugleich versorgte er aber seine Familie und die Angehörigen der Hindu-Pandits mit Regierungsposten und Verwaltungsämtern, während die Mehrheit der muslimischen Bevölkerung in bitterer Armut lebte. Dessen Neffe, Hari Singh, folgte ihm im Jahr 1925 auf den Thron. Er war dafür bekannt, dass er lieber nach London reiste um sich zu vergnügen anstatt sich um die Belange seines Fürstentums zu kümmern (Wolpert 2010: 20).

5.2.2. Autokratische Herrschaft der Maharajas

Die Distanz zwischen den herrschenden Hindus und der beherrschten muslimischen Bevölkerung war im Fürstentum Jammu und Kaschmir besonders groß. Der

kaschmirische Schriftsteller und Aktivist Prem Nath Bazaz schreibt in den 1930er Jahren: „The poverty of the Muslim masses is appalling. Dressed in rags and barefooted, a Muslim peasant presents the appearance rather of a starving beggar [...] working as serfs for absentee (Hindu) landlords“ (Bazaz zit. n. Bose 2003: 16).

Die meisten Berichte vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts schildern ein hoffnungslos inkompetentes Regime, das seine unter mittelalterlichen Bedingungen in Armut und ohne jegliche Rechte lebende Bevölkerung unterdrückt. Muslime durften beispielsweise keine Offiziere im Herr werden, weil das den „Kriegerkasten“ der Dogras und Sikhs vorbehalten war und waren auch nicht in der Verwaltung des Fürstenstaats beschäftigt (Bose 2003: 16).

Bis zum Jahr 1924 erschien im ganzen Fürstentum keine einzige Zeitung. Abgesehen vom Massenanalphabetismus der muslimischen Bevölkerung, unterdrückte die Regierung auch freie Meinungsäußerung und eine freie Presse und versuchte sogar zu verhindern, dass Zeitungen aus dem benachbarten Lahore über die Grenze nach Jammu und Kaschmir eingeführt wurden (Bose 2003: 17f.).

5.2.3. Demokratische Bewegung von Sheikh Abdullah

In den 1930er Jahren regte sich langsam eine demokratische Bewegung im Fürstentum. Emigrierte Kaschmiris, die im Punjab in Britisch-Indien lebten, gründeten ein Forum namens „All-India Kashmir Muslim Conference“. Es vergab Stipendien an junge Kaschmiris, damit sie in Indien studieren konnten. Daraus entstand eine neue Generation von politischen Führern, die an der geschätzten nordindischen Aligarh Muslim University studiert hatten (Bose 2003: 18).

Allen voran der „Löwe“ Kaschmirs, der 1905 in der Nähe von Srinagar geborene Sheikh Mohammed Abdullah, der schon in den 1930er Jahren zum Volkstribun wurde. Er setzte sich für die muslimische Bevölkerung ein und kämpfte für Bodenreform und Demokratisierung. Bis in die 1980er Jahre war er eine der wichtigsten politischen Persönlichkeiten in Kaschmir, wenn er auch viele Jahrzehnte seines Lebens im Gefängnis verbringen musste (Rothermund 2002: 27).

Das Jahr 1931 markiert einen Wendepunkt in der Geschichte politischer Mobilisierung in Kaschmir, weil die Bevölkerung zum ersten Mal gegen den Maharaja und für ihre politischen Rechte demonstrierte (Bose 2003: 18).

Junge Muslime versuchten eine Abordnung zu organisieren, um dem Maharaja eine Liste von Missständen im Lande zu übergeben. Dieses Vorhaben kulminierte in einer Demonstration in den Strassen von Srinagar, bei der 21 Personen von der Polizei getötet wurden. Der Bezirk Maisuma in Srinagar zeichnete sich dabei besonders aus als ein Mittelpunkt der Bewegung, die Jammu und Kaschmir von der Dogra-Herrschaft zu befreien gedachte. Bose (2003: 18) schreibt, „[...] Maisuma women were in the forefront of demonstrations“, was auch 60 Jahre später im Jahr 1990 wieder so sein sollte.

Trotz Reformvorschlägen, die eine britische Kommission als Folge des Aufstandes machte, wurde während der 1930er und 40er Jahre letztendlich klar, dass das autokratische Regime nicht so reformiert werden konnte, wie das die politisch mobilisierte Bevölkerung verlangte (Bose 2003: 20).

Sheikh Abdullahs „All Jammu and Kashmir National Conference“ veröffentlichte 1944 ihr „Naya Kashmir Manifest“, in welchem die wichtigsten Forderungen für ein neues (naya) Kaschmir formuliert sind. Das ist wohl das wichtigste politische Dokument in der modernen Geschichte Kaschmirs (Bose 2003: 25).

Das Dokument gliedert sich in drei Teile. Erstens sollte eine repräsentative und dezentralisierte Regierung und Verwaltung entstehen. Der Maharaja sollte nur mehr als titulares Oberhaupt des Staates fungieren. Sechs Sprachen (Kaschmiri, Dogri, Punjabi, Hindi, Balti und Dardi) sollten gleichberechtigt den Status von nationalen Sprachen erhalten, während Urdu als offizielle Lingua Franca gelten sollte. Zweitens wollten die Verfasser des Manifests eine sozialistische und agrarische Ökonomie einführen, in welcher das Gewicht auf staatlich geplanter Industrialisierung liegen sollte. Das Land der Großgrundbesitzer sollte auf die landlose Bevölkerung aufgeteilt werden. Drittens beinhaltet das Manifest eine Charta für die Rechte der Frauen und fordert außerdem soziale Standards und Bildung für alle (Bose 2003: 26).

5.2.4. Das Ende des Fürstentums Jammu und Kaschmir

Während also ein Teil der muslimischen Bevölkerung Kaschmirs gerade anfing, die Politik im Land aktiv zu beeinflussen, ging in Europa der 2. Weltkrieg zu Ende. Das britische Kolonialreich hatte zwar den Krieg gewonnen, aber es war am Ende seiner Kräfte und wollte sich seiner Kolonien entledigen. Es hatte weder finanzielle noch personelle Ressourcen übrig, um ein widerspenstiges Indien weiterhin niederzuzwingen (Metcalf 2002: 207f.). Diese Entscheidung Großbritanniens hatte einen enormen Einfluss auf die Zukunft des Fürstentums Jammu und Kaschmir.

Vom Jahr 1847 bis zum Jahr 1947 war „Jammu und Kaschmir“ also ein eigenes Fürstentum, das vom Maharaja des Dogrageschlechts mit hinduistisch religiösem Hintergrund autoritär regiert wurde. Es gehörte formell nicht zum Kolonialreich Britisch-Indien, stand aber wie die zahlreichen anderen Fürstenstaaten, die es damals im heutigen Nationalstaat Indien gab, unter der Oberhoheit der britischen Krone. Rein verfassungsrechtlich wären alle diese Fürstenstaaten einzeln mit der Unabhängigkeit Indiens von der britischen Krone unabhängig geworden. Nach dem Abzug der Briten konnten sie ihre Eigenständigkeit jedoch nicht bewahren. Fast alle Maharajas unterzeichneten mit dem Innenminister des unabhängigen Indiens Anschlussdokumente um sich wenigstens gewisse Rechte und Apanagen zu sichern. Die restlichen Fürstentümer wurden vom neuen Staat Indien militärisch einverleibt (Rothermund 2002: 21ff.).

Die Lage in Kaschmir war komplizierter. Erstens herrschte ein Hindu-Maharaja über eine großteils muslimische Bevölkerung. Zweitens grenzte das Fürstentum Kaschmir nicht nur an Indien und Pakistan, sondern auch an Afghanistan und China (ebd.).

Außerdem dachte Maharaja Hari Singh nicht daran, sich an einen der zwei neuen Staaten Indien oder Pakistan anzuschließen, sondern wollte die Unabhängigkeit für sein Fürstentum. Die „All Jammu and Kashmir National Conference“ neigte ebenfalls mehr zur Unabhängigkeit als zu einem Anschluss an Pakistan, was sie als mehrheitlich muslimische Organisation auch befürworten hätte können (Rothermund 2002: 24f.).

Maharaja Hari Singh erbat sich in den Wirren des Jahres 1947 Bedenkzeit, doch

währenddessen drangen schon pakistanische Freischärler und kurz darauf reguläre pakistanische Truppen in Jammu und Kaschmir ein. Diese „tribal raiders“, militärische Gruppen aus Pakistan plünderten und vergewaltigten am Weg zur Hauptstadt Srinagar und schockierten die Bevölkerung. Das verbesserte wiederum die Chancen für die indische Union, das Gebiet des Fürstentums in seinen Staatsverband aufzunehmen (Khan 2010: 29f.).

Der Maharaja fragte nun aufgrund der pakistanischen Invasion den Staat Indien nach militärischer Unterstützung, und der noch bis 1948 waltende Generalgouverneur Lord Mountbatten sagte ihm diese zu, wenn er sein Fürstentum dafür an Indien anschließe. Indiens Premierminister Jawaharlal Nehru versprach der Bevölkerung zudem eine Volksabstimmung für später unter Leitung der Vereinten Nationen (ebd.).

So wurde Jammu und Kaschmir im Jahr 1947 zunächst ein Kriegsschauplatz zwischen den neugegründeten Staaten Indien und Pakistan.

5.3. Zusammenfassung

Die dritte Zwiebelschicht eines Krieges sind Ereignisse, die ins Reich der Mythologie fallen oder schon lange her sind. Für den Konflikt in Kaschmir sind das die Mythologie vom „ancient country“ und dem irdischen Paradies sowie die Ära des Fürstentums Jammu und Kaschmir. Die Erkenntnisse werden nun zusammengefasst und ihre Relevanz für den Konflikt seit 1990 erläutert.

Mythologischen Vorstellungen entsprechend ist Kaschmir zum einen die Wiege der Hindus, die dort schon vor den Muslimen lebten und tief verwurzelt sind im uralten, ewigen Kaschmir. Zum anderen ist es in mythologischen Vorstellungen auch ein Gebiet, in dem Hindus und Muslime jahrhundertlang in einer wunderschönen Landschaft friedlich zusammen lebten, woraus eine ganz eigene Kultur entstand.

Daraus ergeben sich zwei gegensätzliche Bedeutungen für den heutigen Krieg. Einerseits wird Kaschmir aufgrund dieser Vorstellungen als Wiege der Hindus von allen politischen Parteien Indiens und generell von der indischen Öffentlichkeit (über 80%

der indischen Bevölkerung sind Hindus) als besonders schützenswert gesehen. Die Vertreibung von etwa 150.000 Hindu-Pandits aus dem Kaschmirtal im Jahr 1990 hat die muslimischen Kaschmiris als Terroristen gebrandmarkt, wobei die genauen Umstände, die zur massenhaften Flucht der Hindu-Pandits führten bis heute nicht restlos geklärt werden konnten.

Andererseits gibt es die Vorstellung von Kaschmir als Paradies auf Erden, in welchem alle Religionen friedlich miteinander leben und eine ganz besondere Kultur entstanden ist. Das wird oft in Indien als Idealzustand gesehen und als eine typisch indische symbiotische Kultur, weil auch in Indien die unterschiedlichsten Religionen, Kulturen und Sprachgruppen leben. Dieses schöne kulturell-religiöse Idealbild von Kaschmir wird zum einen von Indien dazu missbraucht, den Teil der Geschichte Kaschmirs zu verdecken, als die verarmte Bevölkerungsmehrheit in den 1930er Jahren begann, sich gegen den Maharaja aufzulehnen. Zum anderen wird damit verdrängt, dass die meisten Kaschmiris seit 1989 überallhin außer nach Indien geblickt haben zur kulturellen, religiösen und politischen Orientierung (Kaul 2011: 73).

Für die Kaschmiris selbst ergeben sich auch zwei Dinge. Die Mythologie, dass Kaschmir ein uraltes, ursprünglich hinduistisches Land ist, diente als Legitimation zur Beherrschung der muslimischen Bevölkerung Kaschmirs. Der Mythos oder der Glaube an die ganz besondere Kultur Kaschmirs, an „Kashmiriyat“, ist wiederum ein ganz starkes Argument der Kämpfer für die Freiheit und Unabhängigkeit von Indien, weil sich ihrer Ansicht nach Kaschmir eben von Indien unterscheidet und keineswegs typisch indisch sei.

In die Ära des Fürstentums Jammu & Kaschmir fällt die Aufteilung der Bevölkerung aufgrund ihrer Religion und daran anknüpfend ihrer sozio-ökonomischen Stellung in der Gesellschaft, die bis heute nachwirkt. Das Vorenthalten politischer Rechte aufgrund der Religion hat ebenfalls eine bis heute zu beobachtende Tradition, deren Grundlagen schon in dieser Periode zu finden sind.

Das Fürstentum Jammu & Kaschmir, das von 1846 bis 1947 bestand, war ein autoritär regierter Staat. Nur eine ganz bestimmte Schicht, nämlich Hindus aus der Dografamilie

und kaschmirische Hindu-Pandits, bekleidete die einflussreichen Positionen und besaß Grund und Boden. Die muslimische Bevölkerungsmehrheit führte ein ärmliches Leben und hatte weder Besitz, politische Rechte, noch Zugang zu Bildung.

In den 1930er Jahren forderten junge, gebildete Männer das autoritäre System des Maharajas heraus, indem sie mehr politische Rechte und mehr Freiheit forderten. Daraus entwickelte sich eine demokratische Bewegung. Mit ihren Forderungen kamen sie nicht sehr weit. Sogar Ende der 1980er Jahre war kaum etwas von den Forderungen der 1930er Jahre verwirklicht. Die Unterdrückung und der Ausschluss der muslimischen Bevölkerung aus politischen Entscheidungen hat seine Ursprünge also im autokratischen System der Dogra-Maharajas, was sich im Rückblick als eine Kontinuität erweist.

6. Jammu & Kaschmir von 1947 bis 1989

Was geschah vom Jahr 1947, als Britisch-Indien aufhörte zu existieren und die neuen Staaten Indien und Pakistan entstanden, bis zum Jahr 1989, als der gewaltsame Aufstand der muslimischen Bevölkerung im Kaschmirtal seinen Anfang nahm, woraus sich ein bis dato nicht beendeter Krieg entwickelte? Diese Zeitperiode ist wichtig, um die Anfänge des gewaltsamen Aufstandes zu verstehen, weil sich aus heutiger Sicht alles in Richtung eines Konfliktes entwickelte. Der Metapher der Zwiebel zufolge ist das nun die sekundäre Zwiebelschale. Es sind nicht die unmittelbaren Kriegsursachen, aber die Ereignisse liegen dicht am Innersten der Zwiebel, beim Kern des Problems. Alles was in dieser Zeit geschehen ist, musste nicht zwangsläufig zu einem Krieg führen. Die Ereignisse hatten aber eine Wirkung, die sich erst aus der heutigen Perspektive zeigt.

Zunächst wird die Entstehung der Staaten Indien und Pakistan beschrieben, weil die ideologischen Wurzeln des Konflikts in der Zeit der Staatengründung liegen. Der erste Krieg um J&K zwischen Indien und Pakistan und die Rolle der UNO werden kurz beleuchtet. Die politische Entwicklung und Demokratisierung im indischen Jammu & Kaschmir stagnierte während der 1950er bis 1980er Jahre. Es wird nachgezeichnet, welche Rolle Sheikh Abdullah im Laufe der Zeit spielte und wie die Regierung Indiens ihren Einfluss auf die Politik in J&K ausbaute.

6.1. Die Gründung von Indien und Pakistan

6.1.1. Teilung von Britisch-Indien

Die beiden Staaten, die von 1947 bis 1949 um das Fürstentum J&K Krieg führten, waren gerade erst aus der Kolonie Britisch-Indien hervorgegangen.

Der berühmte indische Unabhängigkeitskämpfer und Politiker Mohandas K. Gandhi, der immer gegen eine Teilung Britisch-Indiens war, hatte schließlich eingewilligt. Er sagte zur Teilung der Armee sehr treffend voraus, dass die beiden Armeen dann auch gegeneinander kämpfen würden. Er sollte Recht behalten. Obwohl sich Indien und

Pakistan schon in ihrem ersten Krieg gegeneinander befanden, setzte er sich für eine gerechte Aufteilung der Staatskasse Britisch-Indiens an Indien und Pakistan ein, was er im Jahr 1948 mit dem Leben bezahlte. Ein junger indischer Hindu erschoss ihn, weil er Gandhis Einstellung für Hochverrat hielt. So wurde Mahatma Gandhi das erste prominente Opfer des Konflikts um Kaschmir (Rothermund 2002: 26).

Die Teilung von Britisch-Indien war ein extrem blutiges Ereignis. Die Grenze wurde aufgrund der Eile, mit der Großbritannien seine Kolonie loswerden wollte, innerhalb von fünf Wochen von einem britischen Richter namens Radcliffe gezogen, der zuvor noch nie in seinem Leben in Indien gewesen war. Dementsprechend war der Grenzverlauf nicht besonders durchdacht und führte zu einem Blutvergießen von ungeahnten Dimensionen. In den Grenzgebieten flüchteten etwa 14 Millionen Menschen auf die jeweils andere Seite der Grenze, wovon viele nie ankamen. Sikhs und Hindus flüchteten aus Pakistan Richtung Indien während Muslime aus Indien Richtung Pakistan flüchteten. Schätzungen zufolge starben zwischen 200.000 und einer Millionen Menschen durch gegenseitige Akte der Gewalt. Die blutige Teilung Britisch-Indiens vergiftete das Klima zwischen den beiden Staaten Indien und Pakistan und das gegenseitige Misstrauen hält bis heute an (Metcalf 2002: 218f.).

6.1.2. Ideologie der Nationalstaaten Indien und Pakistan

Warum sind sowohl Indien als auch Pakistan so erpicht darauf, das ganze ehemalige Fürstentum Jammu und Kaschmir zu ihrem Staat zählen zu dürfen und führen deshalb Kriege? Dafür gibt es sehr starke ideologische Gründe, die Konfliktsituation wird sogar als „primarily [...] an ideological war“ bezeichnet (Bazaz 1967: 128).

Als Indien und Pakistan im Jahr 1947 entstanden, hatten die beiden Staaten ganz unterschiedliche Ideologien als Grundlage. Indien wurde mit dem Anspruch unabhängig, eine säkulare Demokratie zu sein, in welcher Menschen aller Religionen, Kulturen und Sprachen friedlich miteinander leben sollten. Jammu und Kaschmir gehöre nach indischer Vorstellung unbedingt zu Indien, weil es als einziger mehrheitlich muslimischer Bundesstaat ein ganz wichtiges Beispiel für den indischen Pluralismus

sei. In den anderen indischen Bundesstaaten leben auch etwa 150 Millionen Muslime, weshalb diese ideologische Begründung nicht besonders stichhaltig ist. Auf jeden Fall bezeichnet Indien J&K als *atoot tang*, seinen integralen Bestandteil, der ganz wichtig für sein Selbstverständnis ist (Bose 2003: 8f.).

Der Staat Pakistan wurde gegründet, um allen Menschen muslimischen Glaubens in Südasien eine Heimat, ihren eigenen Staat zu geben. Aufgrund dieser Ideologie gilt J&K als Pakistans *shah rag*, seine Halsschlagader. Die (muslimische) Bevölkerung J&Ks sei in Pakistan besser aufgehoben und daher gehört J&K laut pakistanischem Nationalismus eindeutig zu Pakistan (Khan 2010: 7).

In ideologischer Hinsicht schließen sich die Positionen Indiens und Pakistans zu J&K aus, wie auch die beiden Ideologien, die den Staaten zugrundeliegen ziemlich unvereinbar sind. Denn die Gründungsväter Indiens akzeptierten die „Zwei-Nationen“-Theorie nicht, sondern betrachteten Indien einfach als Nachfolgestaat von Britisch-Indien. Der mächtigste Vertreter der südasiatischen Muslime, Jinnah, sah das anders: „Mussulmans are a nation according to any definition of a nation, and they must have their homelands, their territory, and their state“ (zit. n. Metcalf 2002: 205). Er war der Meinung, die südasiatischen Muslime gehören zu einer eigenen Nation.

Die Eliten der beiden Nationalstaaten Indien und Pakistan haben also fundamentale, nicht verhandelbare Prinzipien der eigenen Staatlichkeit entwickelt, die bei dem Konflikt um J&K anscheinend auf dem Spiel stehen.

Doch dieser religiöse Nationalismus, der zur Gründung des Staates Pakistan führte, ist eine enorme Herausforderung für eine polyglotte Gesellschaft wie jene Südasiens, merkt der indische Soziologe Ashis Nandy an. Wenn der in Europa entwickelte Nationalismus in einer Gesellschaft wie der indischen (südasiatischen) mit seinen Vorstellungen von Ethnizität, Territorialität und Staatsbürgerschaft wirkt, kommt es zu zahlreichen Formen von Sub-Nationalismus, weil Sikhs, kaschmirischen Muslime, Gorkhas oder Tamilen immer bessere, reinere Nationalstaaten gründen könnten: „[...] once the ideology of nationalism is internalized, no barrier is left standing against the concepts of new nation-states, that would be theoretically even purer, homogenous,

national units - in terms of religion, language, and culture“ (Nandy 1983: 5).

Nationalismus führte auch in Europa zu Kriegen und führt weiterhin weltweit zu Kriegen. Schlichte (2006) weist darauf hin, dass das Projekt der Gründung von Nationalstaaten weltweit noch nicht abgeschlossen ist und dieses Projekt ein sehr gewalttätiges ist. Auch Khan (2010: 167) meint, dass uns der Konflikt in Kaschmir die Brutalität von Nation-Building ohne Mythos vor Augen führe.

In diesem Sinne kann man sagen, dass die (National-)staatsgründung Jammu und Kaschmirs noch nicht abgeschlossen ist, weil eben (noch) nicht geklärt ist, ob das Gebiet zu Pakistan oder Indien gehören oder unabhängig wird. Es gibt drei unterschiedliche Nationalismen, nationalistische Ideologien für das Gebiet, die gegensätzlich zueinander, und noch nicht ausgefochten sind. Die Staaten Indien und Pakistan trugen mehrere Kriege deshalb aus, die aber alle zu keiner Lösung führten und wenig veränderten.

Es gibt also drei verschiedene, sich gegenseitig ausschließende ideologische Vorstellungen: Gehört das ehemalige Fürstentum J&K, das seit 1949 in das pakistanische Azad J&K und in das indische J&K aufgeteilt ist, zur Gänze zu Pakistan, zur Gänze zu Indien oder soll es ein unabhängiger, eigener Nationalstaat sein? Keiner der drei Akteure, weder Indien, noch Pakistan noch die (muslimische) Bevölkerung des Kaschmirtals ist mit der jetzigen Situation einverstanden.

So eine Situation muss nicht zwangsläufig zu Krieg führen, hat aber seit die Kaschmiris im Jahr 1990 selbst gewaltsam für *azadi*, ihre Freiheit zu demonstrieren und kämpfen begannen, zu einem langwierigen und andauernden Kriegszustand geführt. Das heisst, die ideologische Ursache ist sehr wichtig, sie ist aber nicht der alleinige Grund für den Kriegsausbruch.

6.2. Der erste Krieg zwischen Indien und Pakistan

6.2.1. Kriegsverlauf 1947 – 1949 und Ergebnis

Pakistanische Truppen marschierten im Jahr 1947 in das Fürstentum Jammu &

Kaschmir ein. Die indische Armee half das Gebiet gegen Pakistan zu verteidigen, weil sich der Maharaja der indischen Union als Bundesstaat angeschlossen hatte. Die Kampfhandlungen dauerten von Ende 1947 bis Jänner 1949 und endeten mit einem Waffenstillstand, weil beide Seiten erschöpft waren und einsahen, dass es keine weiteren Gewinne geben würde (Bose 2003: 41f.).

Auf indischer Seite der Waffenstillstandslinie befand sich nun der größte Teil der Fläche und Bevölkerung des ehemaligen Fürstentums, inklusive dem wichtigsten Teil, nämlich dem Kaschmirtal mit der Hauptstadt Srinagar. Diese Gebiete wurden nun zu „Indian administered Jammu and Kashmir“ (J&K). Zu Pakistan gehörte nun ein langgezogenes Stück Land im Westen, die an den pakistanischen Panjab grenzenden Gebiete von Jammu und die ehemaligen Northwestern Frontier Provinces. Diese Gebiete sind nun die pakistanische Region Azad Jammu & Kashmir (AJK). Die 740 km lange Waffenstillstandslinie war nun die de-facto Grenze, und wurde später, 1972, in Line of Control umbenannt. Sie wurde aber weder von Pakistan noch von Indien jemals als offizielle Grenze anerkannt (ebd.).

6.2.2. United Nations Commission for India & Pakistan (UNCIP)

Die Vereinten Nationen gründeten im Jahr 1948 auf die Bitte Indiens die United Nations Commission for India & Pakistan (UNCIP), um zwischen den beiden Staaten zu vermitteln. Sie verabschiedete zunächst eine Resolution, dass Pakistan den Einfall von Freischärlern nach Kaschmir stoppen sollte. Indien sollte seine Truppen insoweit zurückziehen, dass noch Sicherheit und Ordnung aufrechterhalten werden konnten. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt wären, würde eine Volksabstimmung durchgeführt werden, bei der die Bevölkerung über die Zukunft von J&K abstimmen könnte. Die UN-Resolution blieb aber unerfüllt und die versprochene Volksabstimmung fand nie statt (Khan 2010: 31).

Die UNCIP beendete ihre Mission 1951 und wurde von der United Nations Military Observer Group in India & Pakistan (UNMOGIP) ersetzt, die seitdem den Waffenstillstand an der Line of Control überwacht. Ihr Einfluss darauf, ob sich Indien

und Pakistan wirklich an den Waffenstillstand halten ist jedoch minimal. Der zu beobachtende Gegensatz zwischen den Bemühungen und Vorschriften, die internationale Organisationen und andere offizielle Gremien machen und dem tatsächlichen Verlauf eines gewalttätigen Konflikts, ist nicht ungewöhnlich und nicht auf den Fall Kaschmir beschränkt (Bose 2003: 40).

6.3. Jammu & Kaschmir in den 1950er Jahren

6.3.1. Landreform

Im Jahr 1950 beschlossen die Regierung unter Sheikh Abdullah und dem National Congress für den neuen indischen Bundesstaat Jammu & Kashmir die Umsetzung der Landreform, die sie 1944 in ihrem „Naya Manifesto“ gefordert hatten. Zwischen 1950 und 1952 wurden 700.000 landlose Tagelöhner, zum Großteil Muslime im Kaschmirtal, aber auch 250.000 niedrigkastige Hindus in Jammu, Eigentümer von über 4000 km² Grund, der direkt an sie transferiert wurden (Bose 2003: 27).

Der Effekt der Landreform war, dass hunderttausende Kleinbauern nun Sheikh Abdullah als ihren Messias sahen. Die Flagge des National Congress mit ihrem Pflug reflektiert die Unterstützung der bäuerlichen Massen. Es gab aber auch eine problematische Seite der Landreform. In Teilen Jammus war die Mehrheit der Landlords Hindus, die durch die Reformen ihr Land verloren. Besonders nach der Flucht und Vertreibung vieler Muslime aufgrund der Gewaltwelle Ende 1947 lebten im südlichen Jammu größtenteils Hindus. Bose (2003: 28ff.) stellt fest, dass die Unzufriedenheit der Hindu-Landlords bis heute auf politischer und sozialer Ebene nachwirkt.

6.3.2. Autoritäre Regierungen in J&K

Trotz der Absetzung des Maharajas gelang es der Regierung von Sheikh Abdullah nicht, J&K zu demokratisieren. Viele nach einem Unabhängigkeitskampf an die Macht gekommene Regime zeichnen sich dadurch aus, dass sie keine liberale Demokratie und politischen Pluralismus umsetzen wollen, so Bose (2003: 27). Die Arroganz und der

autoritäre Stil der neuen Führungselite des National Congress wurde in J&K schnell offensichtlich. Es war also trotz der Übernahme der Regierung durch eine ursprünglich für mehr politische Freiheit kämpfende Partei und der Eingliederung in den indischen Bundesstaat keine Demokratisierung in J&K zu beobachten.

Sheikh Abdullah forderte mehr Autonomie von Indien und versuchte zudem, eine eigene Identität und nationale Ideologie für die Bevölkerung Kaschmirs zu entwickeln. Mit dieser Ideologie, die als Alternative zu den Ideologien der Staaten Pakistan und Indien gedacht war, sollten sich alle Religionen und Sprachgruppen J&Ks identifizieren können. In Anlehnung an die mythische Vergangenheit der kulturellen Symbiose, meinte er, J&K zeichne sich durch seine eigene Kultur und besondere Eigenschaft von „Kashmiriyat“ aus, durch die Koexistenz aller Kaschmiris auf sozialer, religiöser, politischer und kultureller Ebene (Khan 2010: 40f.). Hangloo erläutert die religiöse Symbiose so: „[...] Kashmiris have taken pride in inhabiting a cultural space between Vedic Hinduism and Sufi Islam. Deep reverence for each other's shrines is a well-entrenched aspect of the culture“ (zit. n. Khan 2010: 45).

Obwohl gut gemeint, funktionierte die nationale Ideologie von Kashmiriyat nie so richtig, weil die Bevölkerungsstruktur von J&K viel zu komplex war und Abdullah gar nicht die Zeit hatte, eine kaschmirische Nation zu stiften (Bose 2003: 67f.).

Sheikh Abdullahs Regierung in J&K dauerte nicht lange, denn er wurde schon im Jahr 1953 ins Gefängnis gesperrt. Durch seine Absetzung mithilfe eines Putsches innerhalb des National Congress, der indirekt durch Indien organisiert worden war, zeigte es klar und deutlich, dass jeglicher Widerstand gegenüber Indiens absoluter Vormachtstellung in der Beziehung zwischen Indien und J&K zwecklos war. Sheikh Abdullahs „Kashmir first“ Politik und seine erfolgreiche Landreform brachten ihm zwar die Sympathien großer Teile der Bevölkerung, aber das interessierte den indischen Staat wenig, und so verbrachte er die folgenden 20 Jahre in indischen Gefängnissen und im Exil (ebd.).

Die folgenden Regierungen waren genauso autoritär, aber weniger populär. Sie waren vor allem für zwei Dinge berühmt berüchtigt, nämlich Korruption und einen mafiösen Führungsstil, bei dem die Polizei zusammen mit Gangs professioneller Krimineller

gegen jegliche Opposition eingesetzt wurde (Bose 2003: 72).

Im Jahr 1954 wurde ein Zusatz zur indischen Verfassung für J&K erlassen, die einen entscheidenden Vorbehalt aufwies. Die durch die indische Verfassung garantierten Grundrechte für alle indischen Staatsbürgerinnen sollten auch in J&K gelten, aber sie könnten im Interesse der Sicherheit durch die Behörden jederzeit suspendiert werden. Bose (2003: 69) nennt diesen Verfassungszusatz eine *Carte blanche* für die Errichtung eines drakonischen Polizeistaates in J&K.

6.4. J&K in den 1960er und 1970er Jahren

6.4.1. Demonstrationen

Die Wahlen in J&K 1962 gewann die Regierungspartei (National Congress) mit einer überwältigenden, wenn auch gefälschten Mehrheit von 68 der insgesamt 74 Sitze. Im Kaschmirtal erhielten 32 Kandidaten deshalb ihren Sitz, weil sie die einzigen angetretenen Kandidaten waren. Zusätzlich wurde ein Haar des Propheten Mohammed aus dem Hazratbal Schrein in Srinagar gestohlen, was viele Kaschmiris als Provokation Indiens interpretierten. Daraufhin kam es zu Massendemonstrationen in Jammu City (Bose 2003: 77, Rothermund 2002: 50).

Die Demonstrationen, die sich schnell ausbreiteten, blieben aber ergebnislos, sie brachten keine Neuwahlen und kein weniger autoritäres Regime. Die Bevölkerung Kaschmirs war mit der politischen Situation und Unterdrückung unzufrieden, dennoch ufernten die Demonstrationen nicht in Gewalt aus, im Gegensatz zu denjenigen Ende der 1980er Jahre (Khan 2010: 84).

Als im Jahr 1968 Sheikh Abdullah wieder für kurze Zeit aus dem Gefängnis entlassen wurde, begrüßten ihn hunderttausende Menschen in Srinagar. Seine Diagnose des Zustandes in Kaschmir war schon damals sehr treffend: „What we have in Kashmir bears some of the worst characteristics of colonial rule.“ An die Bevölkerung Indiens gerichtet sagte Sheikh Abdullah am Indian Republic Day, dem 26. Jänner 1968: „Respect for the rule of law, the independence of the judiciary, the integrity of the

electoral process – are all sought to be guaranteed by the Indian constitution [...]. In many ways the provisions of the constitution have been flagrantly violated in recent years (in Kashmir) and the ideals it enshrines completely forgotten. Forces have arisen which threaten to carry this saddening and destructive process further still“ (zit. n. Bose 2003: 46).

Wie Sheikh Abdullah das Verhalten der Demokratie Indiens in seiner Beziehung zum Bundesstaat J&K einschätze, erweist sich aus heutiger Sicht als geradezu prophetisch. Die Vorenthaltung von politischen Rechten, Prozessen und demokratischen Institutionen für die Bevölkerung ging so weiter und verstärkte sich in vielerlei Hinsicht (Bose 2003: 46).

6.4.2. Der zweite Krieg zwischen Indien und Pakistan

Die Unruhen im Kaschmirtal Anfang der 1960er versuchte Pakistan für sich zu nutzen, als es 1965 das indische J&K angriff. Es erhoffte sich einerseits Unterstützung von der Bevölkerung Kaschmirs, die sich jedoch nicht in einen Krieg zwischen Indien und Pakistan einmischen wollte. Andererseits schätzte Pakistan Indien zu dem Zeitpunkt als schwachen Gegner ein, da Indien einen Teil des Gebiets von J&K an China verloren hatte. Der Krieg führte zu keinem Ergebnis. Auf der von der Sowjetunion initiierten Konferenz von Taschkent 1966 wurde der Vorkriegszustand wiederhergestellt und die minimalen Grenzveränderung durch den Krieg revidiert (Franke 2004).

6.4.3. Sheikh Abdullahs Amtszeit 1975 bis 1982

Von 1975 bis 1982 sorgte Sheikh Abdullah, der „Löwe von Kaschmir“, kurz für eine stabile Lage in J&K, doch dieser letzte Einsatz legte keine gute Grundlage für die weitere politische Entwicklung des Landes. Abdullah konnte den weiteren politischen Verfall lediglich für kurze Zeit aufhalten, so Rothermund (2002: 44).

Als die indische Premierministerin Indira Gandhi (1966 - 1977 und 1980 - 1984) im Jahr 1975 den Ausnahmezustand in Indien ausrief, setzte sie damit die indische

Verfassung außer Kraft und inhaftierte zahlreiche Oppositionsführer. Für J&K bedeutete der Ausnahmezustand, dass etwa 500.000 indische Truppen und Paramilitärs in der Region stationiert wurden. Damit glich das Kaschmirtal schon in den 1970er Jahren eher einem besetzten Gebiet denn einem freien Land (Wolpert 2010: 63f.).

Um die politische Situation in J&K zu stabilisieren und den indischen Einfluss zu sichern, traf Gandhi 1975 ein Abkommen mit Abdullah, den „Kashmir Accord“. Die indische Regierung erlaubte darin der Regierung unter Abdullah in J&K nur Gesetze zu Kultur, Religion und dem *Muslim personal law* zu verabschieden. Außerdem wurden keine Wahlen abgehalten, sondern Abdullah wurde quasi von Gandhi ins Amt gehoben. Weiters wurde bestimmt, dass der Gouverneur von J&K in Zukunft von Indien ernannt werde und nicht mehr vom regionalen Parlament J&Ks gewählt werden sollte. Im „Kashmir Accord“ wurde noch einmal ausdrücklich festgehalten, dass Jammu und Kaschmir ein integraler Bestandteil der indischen Union sei. Das Abkommen war faktisch eine Kapitulation vor den Wünschen Indiens (Khan 2010: 89f., Rothermund 2002: 51).

Sheikh Abdullah legitimierte sich im Jahr 1977 immerhin noch als Regierungschef. Er konnte in J&K faire Wahlen abhalten, da Gandhi die indischen Parlamentswahlen 1977 verloren hatte. Der National Congress und Abdullah hatten die Wahl zwar fair gewonnen, doch Ende der 1970er war niemand mehr von seinem alten Traum, einem sozialistischen, säkularen Kaschmir begeistert. Die neue Generation von muslimischen Kaschmiris war besser ausgebildet, doch es gab kaum Arbeitsplätze und besonders der staatliche Sektor wurde weithin von den Hindu-Pandits dominiert. Sheikh Abdullah konnte wenig an der schlechten sozialen Lage in J&K ändern, auch weil er von Indien kaum Gestaltungsspielraum bekam (Rothermund 2002: 53).

Kurz vor seinem Tod wollte er sein politisches Erbe an seinen Sohn Farooq Abdullah abtreten und machte ihn zum Präsidenten des National Congress. Mit diesem Akt stand er ganz in der Tradition dynastischer Politik in Südasien. Durch die Zentralisierung des National Congress unter Sheikh Abdullah und dessen Sohn wurde es verabsäumt, eine nächste Generation von guten politischen Talenten aufzubauen, was sich Ende der 1980er rächen sollte, so Nyla Kahn (2010: 92).

6.5. Jammu und Kaschmir in den 1980er Jahren

6.5.1. Wahlen 1983

Bei den Wahlen in J&K im Jahr 1983 gewann Farooq Abdullah mit der National Conference 46 Sitze, während der (indische) Congress nur 26 Sitze gewann. Um den Einfluss Indiens in J&K weiter zu gewährleisten, bestimmte Gandhi den neuen Gouverneur von J&K persönlich und entschied sich für Jagmohan, einen ihrer treuen Parteigenossen. Er sollte die gewählte Position des Chief Ministers, die Farooq Abdullah innehielt, schwächen und zwang ihn schließlich zur Abdankung (Rothermund 2002: 58).

6.5.2. Die unheilvollen Wahlen 1987

Die nächsten Wahlen zum *State Assembly* in J&K fanden 1987 statt. Farooq Abdullah nutzte die Neuwahlen um wieder an die Macht zu kommen, indem er eine Wahlabsprache mit dem indischen Premierminister Rajiv Gandhi traf, und in Koalition mit dem indischen Congress zu den Wahlen antrat. Die Koalition gewann eine eindeutige Mehrheit (Rothermund 2002: 58).

Ein großer Teil der Bevölkerung J&Ks betrachtete das Vorgehen von Farooq Abdullah mit Rajiv Gandhi zu kandidieren als Feigheit und Kapitulation gegenüber Indien. Er rechtfertigte sich damit, dass er sonst keine Programme gegen Armut finanzieren könne und ohne Delhis Unterstützung gar keine Möglichkeit zu regieren hätte (ebd.).

Verschiedene muslimische Organisationen und Parteien schlossen sich für die Wahlen 1987 zur Muslim United Front zusammen, die von den populären Predigern Qazi Nisar und Maulana Abbas Ansari angeführt wurde. Sie kandidierten als Opposition zum amtierenden Chief Minister Farooq Abdullah. Das Resultat der Wahlen fiel für die MUF sehr ernüchternd aus. Die NC hatte 40 Sitze gewonnen, Congress 26 und die MUF nur 4 Sitze. Die MUF war also hoffnungslos marginalisiert (Wolpert 2010: 65).

Der gute Ausgang der Wahl für den NC und Congress war einem besonders frechen und offensichtlichen Wahlbetrug zu verdanken. Viele junge muslimische Kandidaten gewannen keinen Sitz, weil ihre Wähler und Wählerinnen vor den Wahlurnen von der

Polizei verhaftet wurden.

Wolpert (2010: 66) formuliert sehr treffend, wie der NC und Congress es schafften, eine der Ursachen für den Aufstand von 1989 zu verantworten, nämlich „[...] persuading young idealists to turn to bullets after seeing the ballot fail them.“ Die jungen Kashmiris, die sich im Wahlkampf eingesetzt hatten, waren frustriert und wütend. Viele der ehemaligen Kandidaten wählten bald darauf den bewaffneten Aufstand gegen den Unterdrücker Indien (Rothermund 2002: 58, Wolpert 2010: 66).

6.6. Zusammenfassung

Um nun auf Suganamis Narrativ des Krieges zurückzukommen, sind die meisten der bis jetzt geschilderten Ereignisse den sogenannten Hintergrundinformationen zuzuordnen. Es wurden kurz die geographischen und demographischen Verhältnisse des Landes, auch mithilfe einer Karte, dargestellt. Das Land liegt im gebirgigen Norden Indiens, im Himalaya, und die Bevölkerung teilt sich im Kaschmirtal in Muslime und eine kleine Minderheit von Hindus.

Der mythologische Hintergrund von Kaschmir als ein Paradies mit symbiotischer Beziehung zwischen Hindus und Muslimen und die Idee von Kaschmir als ewiges Land der Hindus stehen nebeneinander und dienen heute unterschiedlichen Zwecken. Sie vermischen sich mit der tatsächlichen Exklusion der muslimischen Kashmiris, die in der Verwaltung des indischen Bundesstaates Jammu und Kaschmir zu beobachten ist. Seit der Herrschaft der (Hindu-) Maharajas waren Muslime aus Militär und Beamtentum ausgeschlossen. Die Verwaltung im Kaschmirtal war in der Hand der Hindu-Pandits. Diese Exklusion wirkte bis in die 1980er Jahre nach und selbst im Jahr 1989 waren von den 22 senior-level-Beamten der Verwaltung nur 5 Beamte Kashmiri sprechende Muslime (Bose 2003: 46). Die Tatsache, dass Muslime aus der Verwaltung, dem staatlichen Sektor, größtenteils ausgeschlossen waren (und damit aus sicheren und gutbezahlten Jobs), ist eine wichtige Information, um den Aufstand der Kashmiris zu verstehen.

Ideologische Hintergründe des Konflikts liegen einerseits im Jahr 1947, der Gründung

der Staaten Indien und Pakistan, die seit damals beide das gesamte Territorium J&K beanspruchten. Andererseits ist ein dritter ideologischer Standpunkt hinzugekommen, welcher von den Kaschmiris selbst geäußert wird. Die zwei gegensätzlichen Standpunkte der Nationalstaaten Indien und Pakistan führten immer wieder zu Kriegen zwischen den beiden Armeen, die an der Line of Control ausgetragen wurden. Hinzu kommt der Wunsch der Kaschmiris nach Freiheit und Unabhängigkeit von Indien, der sich Ende der 1980er Jahre im gewaltsamen Aufstand äußerte.

Der politische Hintergrund weist zwei Kontinuitäten auf. Von Mitte der 19. Jahrhunderts bis in die 1980er Jahre lässt sich die Vorenthaltung politischer Rechte für die Mehrheit der Bevölkerung des Kaschmirtals beobachten. Zuerst wurde sie von einem autokratischen Regime unter einem (Hindu-) Maharaja beherrscht und danach vom indischen Staat mithilfe korrupter Lokalpolitiker autoritär regiert. Die zweite Kontinuität in der politischen Geschichte des Landes ist die, dass (muslimische) Kaschmiris seit den 1930er Jahren immer wieder mit Demonstrationen ihren Unmut äußerten, und weder der Maharaja noch der indische Staat jemals auf Forderungen eingingen. In dem Zusammenhang stellt sich die Frage, warum die Demonstrationen, die in den 1960er Jahren weitgehend friedlich verliefen, im Jahr 1990 in einen Krieg eskalierten? Diese Frage zieht sich durch die Diplomarbeit und es wird versucht sie zu beantworten.

Die Aktionen und Handlungen der Regierung Indiens und der regionalen Regierung J&Ks sind an dieser Stelle zu betonen, denn eine der Ursachen für den gewaltsamen Aufstand liegt in der von den beiden Regierungen verantworteten Wahlfälschung von 1987. Obwohl sie eine von vielen in der Geschichte J&Ks ist, weshalb zum Beispiel Wirsing (1994: 115) argumentiert, „[...] in a country where electoral malpractice runs very deep, it is difficult to believe that the Kashmiri Muslim seperatism [...] sprang wholly or even largely from the rigging of the 1987 state elections“, ist diese Wahlfälschung in Kombination mit anderen Faktoren der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Im Kontext betrachtet ist diese Wahlfälschung eine weitere in einer langen Tradition des Vorenthaltens von politischen Rechten, Demokratie und Meinungsfreiheit, und war eindeutig etwas, das sich große Teile der Bevölkerung nicht

mehr gefallen lassen wollten.

Ein Mechanismus der Gesellschaft liegt in der enormen Militarisierung von Jammu und Kashmir. Seitdem Indien durch den Verlust eines Teils von J&K an China im Jahr 1962 massiv aufrüstete, ist das Gebiet eines der militarisiertesten auf der Welt. Schon im Jahr 1975 waren etwa 500.000 indische Truppen in J&K stationiert, vorwiegend in den Grenzgebieten zu Pakistan und China. Indiens Aufrüstung setzte eine Art Wetttrüsten mit Pakistan in Gang und kulminierte in Atomwaffentests, die die beiden Länder 1998 durchführten. Die Waffen und Truppen in der Region waren bis in die 1980er Jahre im wesentlichen zur Bewachung der Grenze eingesetzt, doch sie konnten später einfach im Kampf gegen den Aufstand im Kaschmirtal zum Einsatz kommen. Das ist als ein Mechanismus der Gesellschaft einzuordnen, wenn Militär und andere paramilitärische Truppen als das (einzige) Mittel zur Bekämpfung des Aufstands, aber auch gegen Demonstrationen eingesetzt werden und vor allem, weil dem Militär durch verschiedenen Gesetze weitgehende Handlungsfreiheit eingeräumt wurde.

7. Jammu & Kaschmir seit 1990

Nun wird der Krieg, der sich ab 1990 in der Region Jammu und Kaschmir entwickelt hat, im Detail dargestellt. Der Symbolik der Zwiebel folgend ist diese historische Periode nun das Innerste der Zwiebel, in welcher die Ursachen für den Krieg liegen. Die Ereignisse, die sich seit 1990 in J&K zugetragen haben, die Aktionen, die die Regierungen Pakistans und Indiens durchgeführt haben, die Aktionen der Bevölkerung J&Ks selbst, der internationale Kontext, die Handlungen der terroristischen Gruppen, der indische Armee und der pakistanische Armee, sowie die Motive der beiden Staaten, liefern uns die wichtigen Hinweise auf die Ursachen für den Krieg in Kaschmir.

Der bewaffnete Konflikt im indischen Bundesstaat J&K wird in der Literatur, die mir zur Verfügung stand, als „dispute“, „secessionist struggle“, „conflict“, „liberation movement“, „Kashmiri Muslim uprising“, „separatist movement“ und „azadi revolution“ bezeichnet. Sobald die indische Armee 1990 damit begann, gewaltsame Maßnahmen einzuleiten um den bewaffneten Aufstand niederzuschlagen, schlitterte die Region sehr schnell in einen Zustand, den man mit guten Gründen als Krieg oder bewaffneten Konflikt bezeichnen kann. Zwei bewaffnete Gruppen kämpften gegeneinander, wovon die eine Seite eine staatliche Armee ist. Jede Seite hat mindestens ein Ziel und die Kämpfe finden kontinuierlich statt. Die Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung stuft den bewaffneten Konflikt in der Region Kaschmir von 1990 bis 2010 jedes Jahr als „Krieg“ der Typologie B2 ein, einen Krieg ohne Fremdbeteiligung und Sezessionskrieg, in dem um Sezession vom Staatsverband gekämpft wird.

Die Diplomarbeit schließt sich dieser Definition an und geht davon aus, dass es sich bei dem bewaffneten Konflikt zwischen Indien und verschiedensten Gruppen von Terroristen und Freiheitskämpfern mit Unterstützung Pakistans um ein Phänomen handelt, das mit dem Begriff „Krieg“ definiert werden kann. Die Bezeichnung als sezessionistischer oder gewaltsamer Aufstand ist auch plausibel, weil es ein Konflikt ist, in dem nicht nur terroristische Gruppen bzw. Freiheitskämpfer mit Waffen kämpfen, sondern auch die Bevölkerung in großem Ausmass durch Demonstrationen und Streiks

gegen die Präsenz der indischen Sicherheitskräfte und den indischen Staat an sich involviert ist. Das Phänomen als Krieg zu definieren scheint sinnvoll, weil das Phänomen nur so anhand der Forschungen und Theorien über die Ursachen von Kriegen analysiert werden kann. Die Bezeichnung als Aufstand oder Konflikt ist ebenfalls korrekt und sinnvoll, und wird in der Diplomarbeit synonym für das gleiche Phänomen verwendet.

Ab 1990 begann sich die Lage im Kaschmirtal dramatisch zu verschlechtern und weitete sich bald auf den Norden des angrenzenden Jammu aus. Seitdem ist die Bevölkerung Kaschmirs in Gewalt und Terror gefangen zwischen der indischen Armee, paramilitärischer Einheiten und (indischer) Polizei auf der einen Seite und bewaffneten Gruppen, die mit Unterstützung Pakistans für die „Freiheit“ oder den Anschluss von J&K an Pakistan kämpfen auf der anderen Seite. Geradezu poetisch beschreibt Khan (2010: 10) die schlimme Situation: „The once paradisaical region [...], where snow-covered peaks majestically tower over flowing rivers and streams are bordered by lillies gently swaying to the cadences of the gentle breeze, by a quirk of fate, has become a valley of guns and unmarked graves.“ Viele Familien haben Verwandte, Freunde oder Nachbarn durch Gewalt verloren. 40.000 – 100.000 (je nach Quelle variiert die Zahl) Menschen verloren ihr Leben, zwischen 100.000 und 300.000 (es gibt unterschiedliche Schätzungen) Hindu-Pandits flüchteten aus dem Kaschmirtal nach Jammu und Indien, und mehrere tausend Personen gelten als vermisst (Human Rights Watch 2006: 1).

Der Hintergrund des Krieges zeigt uns, dass die politische Situation in J&K auch vor 1990 instabil war, und der latente Konflikt zwischen Pakistan und Indien um J&K seit 1947 immer wieder zu Krieg führte. Dennoch lebte die Bevölkerung relativ gewaltfrei, das Gebiet war sicher und ein beliebtes Tourismusziel. Das begann sich schlagartig zu ändern, als der latente Konflikt durch den spontanen Ausbruch des gewaltsamen, sezeptionistischen Aufstands in eine neue Phase eintrat (Talbot 2000: 273).

7.1. Die erste Phase des Kriegs von 1990 – 1994

Im Jahr 1989 begann die Jammu & Kashmir Liberation Front terroristische Aktionen gegen die indische Herrschaft sowie gegen Hindu-Pandits im Kaschmirtal durchzuführen. Zudem brachten große Demonstrationen der Bevölkerung in den Straßen von Srinagar den Widerstand gegen die indischen Herrschaft zum Ausdruck. Mit ihrem Ruf nach *azadi*, Freiheit und Unabhängigkeit von Indien demonstrierten (muslimische) Kaschmiris bald in allen größeren Städten des Kaschmirtals. Die relativ wenigen bewaffneten Untergrundkämpfer waren überrascht von den spektakulären Ausmaßen und der emotionalen Intensität der Proteste der Bevölkerung (Bose 2003: 108).

In der Region Jammu war der Einfluss des Aufstands zunächst minimal. Doch bald erreichte er den Bezirk Doda, eine sehr bergige Gegend im Nordosten von Jammu und südlich des Kaschmirtals. Dieses weitläufige, bergige Gebiet, „a forbidding terrain“ macht es zu einem idealen Rückzugsgebiet für Guerillakämpfer. Demographische und politische Faktoren machten die Region zu einer der umkämpftesten Gebiete im Jahr 1992. Die Bevölkerungsmehrheit ist muslimisch und ethnolinguistisch größtenteils identisch mit der muslimischen Bevölkerung des Kaschmirtals. Das war der entscheidende Faktor für die Ausbreitung des Krieges dorthin, weil die erste Phase des Kriegs gekennzeichnet war durch den gewaltsamen Aufstand einer ethno-linguistischen Gemeinschaft mit religiöser Basis gegen einen unerwünschten Unterdrücker (ebd.).

Nun werden die Akteure dieser Phase beleuchtet, unterschiedliche Terroristengruppen, der indische Staat und seine Truppen, und die Aktionen dieser Akteure, sowie die Schlüsselereignisse der Jahre 1990 bis 1994. Die Entführung der Tochter des indischen Innenministers, die Ermordung zahlreicher prominenter Personen, als auch Massaker an Demonstranten, die gewaltsam von indischen Soldaten niedergeschossen wurden, sind beispielhafte Ereignisse für die erste Phase des Krieges.

7.1.1. Die „militants“ (Terroristen, Freiheitskämpfer, Guerillakämpfer)

Terroristen waren Anfang der 1990er Jahre hauptsächlich muslimische Männer aus dem indischen Kaschmir, die sich in Pakistan zu Terroristen oder Freiheitskämpfern ausbilden ließen. Später kamen auch eine Reihe von Pakistanis und Veteranen aus dem Afghanistan-Krieg dazu, die in J&K aus unterschiedlichen Motiven den bewaffneten Kampf führten.

Die Frage nach dem Begriff ist hier wichtig. Von Indien werden die Terroristen als „militants“ bezeichnet, Militante, Aufständische. Wirsing (1994: 113) meint, für die bewaffneten Männer, die für die Freiheit J&Ks kämpfen und terroristische Attentate durchführen, gebe es die neutralen Worte Militante und Aufständische (militants and insurgents), während die Begriffe Terrorist oder Freiheitskämpfer zu voreingenommen seien. Andererseits werden die Terroristen oder Freiheitskämpfer gerade von Indien als „militants“ bezeichnet, womit also in englischsprachigen indischen Publikationen die Worte „terrorist“ und „militant“ Synonyme sind.

Eine andere Möglichkeit bietet Devji (2008: 1), der meint, Begriffe wie Terrorist, Selbstmordattentäter (suicide bombers) oder Fundamentalist werden von den so definierten Menschen nicht selbst verwendet. Solche Begriffe seien eher polemisch und wenig wissenschaftlich, weil sie Allgemeingut sind. Devji sagt, es bringe aber nichts, schlechte Termini mit guten zu ersetzen, da die Bedeutung sofort auf den neuen „besseren“ Terminus überspringe, wie das zum Beispiel mit dem neuen Begriff Islamist statt Fundamentalist geschehen sei. Stereotype Termini behielten ihre widersprüchlichen Bedeutungen, und während korrekte Definitionen wichtig seien, müsse man sich entscheiden, ob man sich mit der Politik des Benennens beschäftigen will.

In der vorliegenden Diplomarbeit kommen also viele Terroristen, Militante und Freiheitskämpfer vor und alle bezeichnen mehr oder weniger dasselbe: muslimische Männer oder Burschen, die aus dem indischen J&K stammen, es kann auch Pakistan oder Afghanistan sein, und die sich einer Gruppe von Männern angeschlossen haben, die einen bewaffneten Kampf gegen die indische Armee führt. Zum Teil kämpfen sie auch gegen andere Terroristen und gegen die Zivilbevölkerung in J&K und Indien.

Die Jammu & Kashmir Liberation Front

Die Jammu & Kashmir Liberation Front (JKLF) startete 1989 eine Kampagne gegen indische „Spione“ und „Kollaborateure“, die Ende desselben Jahres eskalierte, als über 100 sogenannte „Spione“ in Srinagar ermordet wurden, worunter viele prominente Hindu-Pandits waren (Bose 2003: 106).

Die JKLF war die Gruppe, die mit dem bewaffneten Aufstand gegen Indien begonnen hatte und die den Kampf in J&K von 1990 bis 1992 dominierte. Ihre spirituelle Inspiration findet sie in den speziellen islamischen Traditionen des Kaschmirtals. Sie fordert ein unabhängiges Kaschmir in den Grenzen von 1947 und besteht darauf, dass sie nicht gegen Hindus sei, wogegen allerdings ihre Taten sprechen (ebd.).

Unterstützt wurde die JKLF zunächst von Pakistan, weil es Indien schaden wollte. Die JKLF sah Pakistan als wichtigen strategischen Alliierten um den Aufstand zu organisieren. Im Jahr 1990 machten sich tausende junge Männer auf den Weg über die Grenze nach Pakistan, um sich in Trainingslagern ausbilden zu lassen. In der Anfangsphase bestanden die Guerillakämpfer, die gegen die indischen Truppen kämpften fast nur aus Männern aus dem Kaschmirtal. Im Jahr 1991 wurden 844 Terroristen getötet, wovon nur 2 keine Kaschmiris waren. Es waren also in der ersten Phase des Aufstandes kaum pakistanische Kämpfer involviert (Bose 2003: 117).

Die Inter-Service Intelligence (ISI), der Militäргеheimdienst Pakistans, sah in der Unterstützung des Aufstands ein *window of opportunity*, um eventuell ganz Kaschmir auf die Seite Pakistans zu ziehen. Doch relativ bald merkte die ISI, dass die JKLF für ein unabhängiges, wiedervereintes Kaschmir kämpfte, das weder zu Indien noch zu Pakistan gehören sollte. Daher entzog ihr die ISI schon im Jahr 1991 die Unterstützung und verfolgte eine andere Strategie, mit deren Hilfe sie den Aufstand im Kaschmirtal nach den Interessen Pakistans formen wollte (Bose 2003: 126).

Zum einen gründete sie eine eigene Gruppe, die Hizbul Mujahideen (HM), die sich als Rivale zur JKLF verstand, und zum anderen schwächte sie die JKLF, indem sie verschiedene Akteure dazu brachte, sich von ihr abzuspalten (ebd.).

Zudem verlor die JKLF durch die „catch and kill“ Methode der indischen Paramilitärs

zwischen 1990 und 1992 insgesamt 2213 Männer, 1993 starben 1310 und 1994 wurden 1596 getötet. Außerdem führte sie seit 1992 einen Kampf auf drei Fronten. Gegen die indischen Sicherheitskräfte, gegen eine von ihr abgespaltete Gruppe, die von Pakistan unterstützt wurde und gegen die Hizbul Mujahideen. Zwischen 1992 und 1994 wurden mehrere prominente Mitglieder der JKLF ermordet, sowohl von indischen Paramilitärs als auch von pro-Pakistan Terroristen. Sie war am absteigenden Ast und erklärte deshalb im Jahr 1994 den Waffenstillstand. Das verringerte die Gewalt in J&K aber nicht, weil sie sowieso nur mehr eine untergeordnete Rolle gespielt hatte (Bose 2003: 130).

Hizbul Mujahideen

Die Hizbul Mujahideen wurde so 1994 zur wichtigstes Guerillagruppe, ihre Ideologie, dass ganz J&K zu Pakistan gehören solle, war jedoch ein Minderheitenprogramm. Die Ideologie der HM ist sehr stark von der Jamaat-e-Islami beeinflusst, der größten muslimisch orientierten politischen Partei in Pakistan, mit der sich nur wenige muslimische Kaschmiris identifizieren, weil der im Kaschmirtal praktizierte Islam eine liberalere und von Sufi-Heiligen beeinflusste Version ist (Bose 2003: 131).

Die HM will die Vereinigung von J&K und Azad Kashmir im Staat Pakistan. Das ist aber den meisten Kaschmiris ein Dorn im Auge, weil sie nicht eine Fremdherrschaft gegen eine andere eintauschen, sondern ein freies, unabhängiges Kaschmir wollen, so Bose. Auch wenn ihre Ideologie eher ein Minderheitenprogramm war, konnte sie in Kaschmir scheinbar genug junge Männer für ihren Kampf rekrutieren (ebd.).

Weitere Gruppen mit islamistischer Ideologie wie Lakshar-e-Taiba, Jaish-e-Mohammad und andere begannen seit Mitte der 1990er Jahre von Pakistan aus zu operieren und in J&K zu kämpfen. Oft stammten die Kämpfer aus Pakistan oder Afghanistan und waren Abgänger der Madrasas, religiöser Schulen in Pakistan (Bose 2003: 106).

7.1.2. Die Entführung von Rubaiya Sayeed

Als Rajiv Gandhi und der indische Congress die Parlamentswahlen 1989 verloren,

folgte eine relativ schwache indische Regierung, deren Hauptinteresse es vorerst war, dass in J&K wieder Ruhe und Ordnung einkehre. Als Symbol für eine versöhnliche Haltung ernannte die Regierung Mufti Muhammed Sayeed, den Parteivorsitzenden der Congress Partei in J&K und zudem ein muslimischer Kaschmiri, zum indischen Innenminister. Er war jedoch innerhalb von J&K umstritten und die Geste wurde nicht als Versöhnung angenommen (Talbot 2000: 277).

Schließlich wurde dessen Tochter, Rubaiya Sayeed, von der JKLF entführt, die dafür die Freilassung ihrer Kameraden forderte. Die indische Regierung ließ sich erpressen. Das Minderheitenkabinett unter Vishwanath Pratap Singh entließ die fünf Terroristen aus dem Gefängnis, womit die Regierung ihre Schwäche offenbarte. Die Freilassung wurde von den Terroristen als Niederlage der indischen Regierung gefeiert (ebd.).

Indiens Kaschmirproblem war also „heimgekehrt“ und betraf nicht mehr nur den Konflikt mit Pakistan. Der interne Konflikt war nun mindestens so wichtig wie die internationale Dimension des Konflikts. Die JKLF, die viele Jahre lang eine untergeordnete Rolle spielte, hatte im veränderten politischen Kontext 1990 erreicht, die radikalisierte Generation im Kaschmirtal für sich zu gewinnen um für ein unabhängiges Kaschmir zu kämpfen (Bose 2003: 117).

Die terroristischen Aktionen der JKLF und die Massendemonstrationen der Bevölkerung ließen die zivile Ordnung im Kaschmirtal rasch zusammenbrechen. Entscheiden für den weiteren Verlauf des Aufstand war die Reaktion des indischen Staates auf den Zusammenbruch der zivilen Ordnung.

7.1.3. Reaktion des indischen Staates

Die indische Regierung, die J&K um jeden Preis als Teil Indiens behalten wollte, schlug nach der Entführung von Rubaiya Sayeed einen harten Kurs gegen die Terroristen ein. Es wurden extra Gesetze implementiert, die massive Repressionen ermöglichten. Zudem wurde J&K unter „direct rule“ von Neu Delhi gestellt. Jagmohan wurde wiederum als Gouverneur nach Srinagar gesandt, dessen Einstellung bezeichnend für Delhis Kurs in J&K war: „Unless the militants are fully wiped out, normalcy cannot

return to the valley“ (zit. n. Schofield 1996: 248).

Mit dem Krieg gegen die Terroristen begann in J&K eine schwere Menschenrechtskrise. Während drakonische Gesetze geschaffen wurden, um die Bevölkerung zu maßregeln, hielten sich die indischen paramilitärischen Truppen an gar keine Gesetze. Indische Soldaten, Armeeeinheiten und Paramilitärs überfluteten das Kaschmirtal, um die Bevölkerung J&Ks von der Nutzlosigkeit ihres Freiheitskampfes zu überzeugen. Eine Vorgehensweise, die vom gesamten Spektrum der politischen Öffentlichkeit akzeptiert und für gut und richtig befunden wurde (Bose 2003: 111).

In den Augen der indischen Truppen war die gesamte muslimische Bevölkerung des Kaschmirtals suspekt und auf einer Ebene mit Pakistan angesiedelt, weil sie illoyal gegenüber Indien war. Alle Muslime wurden pauschal zu Verdächtigen. Bose (2003: 113) beschreibt das sehr treffend: „The face of the Kashmiri has dissolved into a blurred, featureless mask. He has become a secessionist – terrorist – fundamentalist traitor.“

Die schiere Menge an bewaffneten Männern nahm bedrohliche Ausmaße an. Anfang der 1990er Jahre kämpften auf der Seite des indischen Staates 500.000 Soldaten, Polizisten und Paramilitärs in sechs verschiedenen Einheiten gegen die Terroristen (und die Bevölkerung): eine neu gegründete Eliteeinheit namens Rashtriya Rifles, die spezielle *counter-insurgency* Aktionen durchführte und eine neu gegründete Polizeieinheit namens J&K Special Operations Group. Außerdem waren Einheiten der Federal Security Forces und andere Armeeeinheiten in J&K stationiert, sowie die Central Reserve Police Force und die Border Security Force (Talbot 2000: 279).

Gawakadal Massaker

Gleich zu Beginn von Gouverneur Jagmohans erneuter Amtsperiode im Jänner 1990 verursachten indische Truppen in Kaschmir ein blutiges Massaker. Sie schossen von beiden Seiten auf unbewaffnete Demonstranten, die sich auf der Gawakadal Brücke in Srinagar befanden. Über 100 Menschen starben entweder im Kugelhagel oder indem sie verzweifelt von der Brücke in den eiskalten Fluß Jhelam sprangen. Das Gawakadal

Massaker wurde zu einem Symbol der Politik von Gouverneur Jagmohan und dem indischen Staat in seinem Verhalten zur Bevölkerung des Kaschmirtals (Rothermund 2002: 60). Es führte dazu, dass viele junge Kaschmiris die terroristischen Gruppen unterstützen wollten und deren Popularität ständig wuchs. Ein Vater berichtete der Organisation Human Rights Watch: „Boys as young as fourteen or fifteen, crossed the border and came back with guns. No one could stop them“ (zit. n. Human Rights Watch 2006: 40).

Der Tod des Mirwaiz Maulvi Mohammad Farooq

Ein weiteres Ereignis, das die Beziehungen zwischen der muslimischen Bevölkerung und der Regierung unter Jagmohan verschlechterte, war die Beerdigung des Mirwaiz Maulvi Farooq, der im Mai 1990 in seinem Haus in Srinagar erschossen wurde. Der Mirwaiz war die einflussreichste religiöse Autorität Srinagars. Er hatte die JKLF unterstützt, sich aber gegen die Entführung von Rubaiya Sayeed ausgesprochen. Außerdem hatte er sich mit der Hizbul Mujahideen angelegt, weil er für die Unabhängigkeit J&Ks war und nicht für einen Anschluss an Pakistan (Human Rights Watch 2006: 41ff.).

Die Hizbul Mujahideen hatte begonnen, Repräsentanten der alten politischen Ordnung zu ermorden und steckte wahrscheinlich hinter dem Attentat auf den Mirwaiz. Er wurde gleich darauf schwer verwundet ins Spital gebracht, wo sich schnell sehr viele Kaschmiris versammelten. Bei der Nachricht seines Todes wurde die Menschenmenge wütend. Eine Gruppe riss den Sarg des Mirwaiz an sich und trug ihn in einer Prozession durch die Straßen von Srinagar, wo eine Ausgangssperre verhängt worden war. Am Weg befand sich das Hauptquartier des 69. Bataillons der Central Reserve Police Force. Als die Menschenmenge in ihre Richtung kam, gerieten die Polizisten dieser Einheit in Panik und eröffneten das Feuer. Es starben nach offiziellen Zahlen 27 Menschen, laut inoffiziellen Schätzungen aber wesentlich mehr. Der Sarg des Mirwaiz wurden von Kugeln durchsiebt (ebd.).

Auch wenn Jagmohan den Mirwaiz bestimmt nicht ermordet hatte, so war es durch die

Art und Weise, wie er mit dem Mord umging, einfach für die terroristischen Gruppen ihn dafür verantwortlich zu machen. Es wurde nie jemand von der CPRF für den Vorfall bestraft. Gouverneur Jagmohan, der jede Verantwortung für das Massaker von sich wies, wurde dennoch abgesetzt, was an der Situation in J&K nichts änderte. Die Wut gegen die indische Regierung und ihre „Sicherheitskräfte“ steigerte sich immer mehr. Viele Kaschmiris vergaßen, dass der Mirwaiz nicht von Indien ermordet worden war (ebd.).

7.1.4. Die Flucht der Hindu-Pandits

Anfang 1990 heizten sich Terrorismus und Staatsterrorismus immer weiter auf und die Sicherheitslage verschlechterte sich enorm. Immer wieder wurden Hindu-Pandits das Ziel von Anschlägen und im Frühjahr 1990 flüchteten zwischen 100.000 und 300.000 Pandits aus ihrer Heimat, dem Kaschmirtal, nach Jammu und New Delhi. Bose (2003: 119) bezeichnet die Flucht als eine der kontroversesten Episoden des Kriegs in Kaschmir.

Fast alle Pandits verließen das Kaschmirtal. Viele verbrachten die folgenden Jahre in Flüchtlingslagern rund um Delhi. Die Flucht der Pandits aus dem Kaschmirtal wurde von der Regierung J&Ks erleichtert, denn sie stellte Busse für die Evakuierung bereit. Der Sinn dieser Evakuierung wird bis zum heutigen Tag kontrovers diskutiert, weil die Frage offen ist, ob die Flucht notwendig war oder ob die Flucht durch das Bereitstellen der Busse von Gouverneur Jagmohan erst angezettelt wurde (Talbot 2000: 278, Rothermund 2002: 60). Wenn auch die Vertreibung oder Flucht der Hindu Bevölkerung aus dem Kaschmirtal kontrovers diskutiert wird, bleibt doch das Trauma der Geflüchteten und die Tatsache, dass kaum mehr Pandits im Kaschmirtal leben. Die Bedeutung von Religion und Ethnie nahm also im Jahr 1990 stark zu und die Trennlinien zwischen den Bevölkerungsgruppen verschärften sich.

Das wirft die Frage auf, ob eine der Kriegsursachen der Konflikt zwischen den unterschiedlichen Ethnien des Kaschmirtals ist? Nur Ethnizität zu bemühen, ist unzureichend, weil die Hindu-Pandits und Muslime vor 1990 weitgehend friedlich

miteinander in J&K lebten. Der Unterschied zwischen den muslimischen Kaschmiris und dem Rest der indischen Bevölkerung kann auch nicht wirklich als Kriegsursache gelten, weil erstens auch der Rest von Indien von unterschiedlichsten Religionen und Ethnien bevölkert wird, und zweitens die Kaschmiris sich von anderen Indern schon immer unterschieden (Talbot 2000: 280).

Der Unterschied zwischen den Ethnien ist also nicht die alleinige Kriegsursache, aber trägt in Kombination mit Modernisierung zur Entstehung des gewaltsamen Aufstands bei, wie Talbot argumentiert. Ethnische und religiöse Symbole und Werte spielen eine große Rolle bei der Mobilisierung zu gewalttätigen Aktionen. Sie werden im Kontext der Modernisierung aktiviert und mobilisieren die Menschen entlang der ethno-religiösen Trennlinien. Ein schneller sozioökonomischer Wandel und die Verbreitung der Alphabetisierung stellen einen der Hintergründe für den Aufstand dar. Gut ausgebildete, junge, arbeitslose, kaschmirische Männer waren an vorderster Front des gewalttätigen Aufstandes. (Talbot 2000: 280f.).

Moderne Kommunikationsmittel wiederum erleichtern die Mobilisierung gegen den Staat und die Unterstützung durch Diaspora Gemeinschaften. Traditionelle religiöse Symbole spielen dabei eine unterstützende Rolle, wie Talbot (2000: 281) schreibt: „Mosques (...) have not simply been refuges for 'terrorists', but symbols of a sovereign community beyond the moral authority of the modern nation state.“ Viele Kaschmiris wenden sich diesen ethno-religiösen Kanälen zu, im Gegensatz zu säkularen Alternativen, und dabei steigert sich die religiöse Grundlage oft zu einem religiösem Fundamentalismus. Die nach Innen gerichtete Perspektive des Kampfes nimmt für viele Beteiligte Aspekte eines kosmischen Kampfes um die moralische Autorität an, die in ihrer eigenen Gemeinschaft liegt (ebd.).

Eine sogenannte Rückbesinnung auf religiöse Werte im Kontext der Modernisierung führt zwar nicht automatisch zu Sezessionswünschen und Terrorismus, aber die Kombination mit anderen Faktoren in Jammu & Kaschmir, wie die Unterstützung der Unabhängigkeitskämpfer durch Pakistan, die unbarmherzige Repression der Bevölkerung durch den indischen Staat und andere führten in diesem speziellen Kontext zu einem langwierigen Krieg.

7.2. Die zweite Phase des Konflikts 1994 - 1999

Die kriegsmüde Bevölkerung in J&K war Mitte der 1990er Jahre gefangen zwischen den Security Forces und den Terroristen. Nach der Aufbruchsstimmung der Anfangsjahre machte sich Ernüchterung breit, weil offensichtlich wurde, dass die Ränge der Freiheitskämpfer sich mit Kriminellen und Opportunisten füllten. Das Klima der Unsicherheit durch umherziehende Banden wuchs, vor allem, als sich immer mehr von den Gruppen gegenseitig bekämpften (Bose 2003: 128).

7.2.1. Ermordung des Mirwaiz Qazi Nissar

Im Juni 1994 wurde Mirwaiz Qazi Nissar, der Mirwaiz der südlichen Hälfte des Kaschmirtals von der Hizbul Mujahideen ermordet. (Der Mirwaiz der nördlichen Hälfte, Mirwaiz Maulvi Mohammad Farooq, war schon 1990 ermordet worden.) Dieser Mord markierte einen Wendepunkt im Aufstand des Kaschmirtals, denn erstmals machten die Kaschmiris ihrer Wut über die pro-Pakistanischen, islamistischen Terroristen Luft. Mehr als 100.000 Menschen kamen zu seiner Beerdigung und skandierten Slogans wie *Hizbul Mujahideen murdabad* (Tod der HM) und *Hum kya chahte? Azadi!* (Was wollen wir? Freiheit!). Ein *hartal* (Generalstreik) wurde ausgerufen, um gegen den Mord zu protestieren, und viele Häuser im Kaschmirtal schalteten von 19 bis 22 Uhr ihre Lichter aus, um ihre Solidarität zu zeigen. Dieses Ereignis war ein klares Signal dafür, dass die Bevölkerung des Kaschmirtals Unabhängigkeit wollte (Bose 2003: 132f.).

7.2.2. Zerstörung des Schreins von Nooruddin Noorani

Im Mai 1995 wurde der Schrein des wichtigsten kaschmirischen Sufi-Heiligen Sheikh Nooruddin Noorani in Charar-e-Sharif zerstört. Der Schrein stammte aus dem 14. Jahrhundert und war einer der heiligsten Pilgerorte des kaschmirischen Islam. Im Laufe des Gefechts zwischen Terroristen und indischer Armee brannte der gesamte Ort Charar-e-Sharif inklusive dem heiligen Schrein nieder. Die indische Verwaltung schob die Schuld an dem Feuer den Terroristen zu, doch dieses Ereignis führte zu einer Welle

des Protests in Kashmir (Talbot 2000: 280). Es stellte sich heraus, dass pakistanische Militante begonnen hatten, in Kaschmir zu kämpfen. Bose (2003: 135) beschreibt die Episode der Zerstörung des Schreins folgendermaßen: „But in a telling illustration of the infiltration of the local struggle for self-determination by 'foreign' or 'guest' militants, the leader of the guerillas holed up in Charar-e-Sharief turned out to be Manzoor Ahmad, alias Mast Gul, a Pakistani veteran of the 1980s war in Afghanistan.“

Von der Unabhängigkeitsbewegung der lokalen Bevölkerung veränderte sich der Aufstand im Kaschmirtal immer mehr zu einem Krieg der Terroristen gegeneinander, gegen die Zivilbevölkerung und gegen das indische Militär. Die Ideologie der Guerillakämpfer wandelte sich ebenfalls, denn während die JKLF sich an Kultur und Religion des Kaschmirtals orientierte, vertritt die HM radikalere Ansichten des politischen Islam, wie er in Pakistan in den Madrasas gelehrt wird (ebd.).

Ein Freund des Autors Sumantra Bose berichtete ihm im März 1996 über die allgemeine Stimmung der Bevölkerung Srinagars: „People still deeply desire *azadi* and almost nobody accepts the legitimacy of the Hindustani *hukumat* (Indian rule) from their hearts. But there is a loss of hope, because the struggle, after so much violence, suffering and *qurbani* (sacrifice), has not lead to the realization of our *huq* (rights).“

Obwohl große Teile der Bevölkerung die Hoffnung auf eine Verbesserung der politischen Lage verloren hatten und des Terrors überdrüssig waren, kam es zu keinem Rückgang der Gewalt. Die offiziellen indischen Zahlen von getöteten Terroristen blieben über die Jahre 1996 bis 1999 hinweg konstant: 1996 – 1209, 1997 – 1075, 1998 – 999, 1999 – 1082 (Bose 2003: 136).

7.2.3. Wahlen 1996

Die Regierung Indiens sah die relative Ruhe des Jahres 1996 als ideal dafür an, ihre Kampagne zur Befriedung der Region zu starten. Ihre Strategie war die Wiederinstallation einer vom Volk selbstgewählten Regierung in J&K. Im September 1996 fanden schließlich zum ersten Mal seit 1987 Wahlen zum *State Assembly* statt.

Die All Parties Hurriyat Conference, ein Zusammenschluss aus 26 politischen und

religiösen Gruppen, die für die Freiheit Kaschmirs von Indien eintritt, boykottierte die Wahlen. Aufgrund der geringen Wahlbeteiligung von nur 40% waren die Wahlen ein Misserfolg. Außerdem gab es in den meisten Wahlkreisen im Kaschmirtal und im Norden Jammus Berichte von Menschen, die von Polizei und Militär zum Wählen gezwungen wurden. Farooq Abdullah und sein National Congress tauchte wieder aus der politischen Versenkung auf und kristallisierte sich nach dem frechen Wahlbetrug im Jahr 1987 erneut als Neu Delhis Vertrauter heraus. Er holte zwei Drittel der Sitze im Parlament J&Ks. Die Hurriyat Conference bezeichnete das Ergebnis als eine reine Farce (Bose 2003: 138, Talbot 2000: 280).

Oberflächliche Normalität kehrte in Srinagar ein und 1997 machten tausende Familien aus Srinagar zum ersten Mal seit 10 Jahren wieder Urlaub in Gulmarg, einem populären Ressort 45km von Srinagar entfernt. Der Kampf wurde weniger sichtbar, da er sich in ländlichere oft sehr abgelegene Gebieten abspielte und weg aus Srinagar verlagerte. Darin liegt Bose zufolge ein Schlüssel zum Verständnis des Kriegs. Er sagt, dass sich genau in diesen abseits liegenden Orten und Fronten des Konflikts in Rajouri-Poonch (Jammu) und Kupwara (Kaschmirtal) die Szenen des tödlichen und zermürbenden Kriegs abspielten, abseits von der Hauptstadt Srinagar und außerhalb des Blickfelds (Bose 2003: 147).

7.3. Die dritte Phase des Konflikts von 1999 – 2002

Die dritte Phase des Krieges von 1999 bis 2002 nennt Bose die „Fidayeen“ Phase. Fidayeen bedeutet „die, die opfern“ und bezieht sich meistens auf Gruppen, die Selbstmordattentate durchführen (Bose 2003: 141f.).

In dieser Phase des Krieges kamen neue Mittel der Kriegsführung zum Einsatz, nämlich Selbstmordattentate. Hauptsächlich wurden diese Attacken von Pakistan aus geplant und von Mitgliedern der Lashkar-e-Taiba, einer radikal-islamischen Gruppe aus Pakistan, durchgeführt. Es handelte sich bei den Terroristen um 2-Mann-Teams, die gegen Polizei, Paramilitärs, Armeelager und Regierungsgebäude in J&K vorgingen, und die sich zu dem Zweck in die Luft sprengten. Sie selbst sagten, sie seien keine

Selbstmordattentäter, weil sie führten „daredevil“ Aktionen durch, waghalsige, tollkühne Aktionen. Die Anschläge hatten aber einen eindeutigen Selbstmordattentat-Charakter, weil die Attentäter kaum lebend herauskamen. Die spektakulärsten Attacken, waren gegen besonders wichtige Ziele gerichtet, wie den Flughafen in Srinagar und das Hauptquartier der indischen Armee in Srinagar (ebd.).

Selbstmordattentate sind an sich nichts neues auf der Welt, aber sie waren ein neues Phänomen in J&K und wurden von besonders radikalen Gruppen aus Pakistan durchgeführt. Dieses Phänomen kam nicht einfach so über die Grenze nach J&K, es wurde der Region J&K aber schon von außen aufgezwungen. Die Ideologie und Taktik der transnationalen islamischen Gruppen wurde in eine brutalisierte, hoffnungslose lokale Umgebung eingeführt, die diese Ideologie und Taktik scheinbar akzeptierte. Es ist also eine Verbindung interner und externer Faktoren, die zu den Selbstmordattentaten in J&K führte (Bose 2003: 146).

Anschlag auf das indische Parlament in Delhi 2001 - Kriegsgefahr zwischen Indien und Pakistan 2002

Die Terrorgruppen beschränkten ihre Aktionen nicht mehr auf J&K. Im Dezember 2001 verübte die Lashkar-e-Taiba ein Attentat auf das indischen Parlament in Neu Delhi. Sie wollten in das Gebäude eindringen, wo sich gerade hunderte Abgeordnete und Minister aufhielten, wurden aber von den indischen Sicherheitskräften mit Gewehren und Granaten überwältigt. Der Anschlag führte beinahe zu einem Krieg zwischen den Staaten Pakistan und Indien, weil Indien Pakistan für den Anschlag verantwortlich machte und eine massive Aufrüstung und Stationierung von Truppen entlang der Grenze zu Pakistan begann (Bose 2003: 142).

Da sowohl Indien als auch Pakistan Atomwaffen besitzen, was die beiden Staaten 1998 durch Atomwaffentests im sogenannten „South Asia's nuclear summer“ bewiesen, rief die Krieg-in-Sicht Krise die internationale Gemeinschaft auf den Plan und im Jahr 2003 unterzeichneten die beiden Staaten ein Waffenstillstandsabkommen (Bose 2003: 140).

Das zeigt wiederum wie vielschichtig der Kaschmirkonflikt ist, denn diese Krieg-in-

Sicht Krise, die durch den Anschlag der Terroristen hervorgerufen wurde, hat viel mit Kaschmir zu tun. Die Terroristen, ob Pakistanis oder Kaschmiris, waren aufgrund Indiens Repressionen in J&K dazu inspiriert gegen Indien vorzugehen.

7.4. Die vierte Phase des Krieges ab 2003

Seit 2003 nahm die Intensität der Gewalt stetig ab. Im Jahr 2008 starben zum ersten Mal seit 1990 weniger Zivilisten als Terroristen und Soldaten. In absoluten Zahlen verloren im Jahr 2007 etwa 750 Menschen ihr Leben, während im Jahr 2008 die Zahl auf 550 sank (Schreiber 2010: 46).

Obwohl also im Jahr 2008 die Zahl der Todesopfer des Krieges in Jammu und Kaschmir selbst so gering war wie nie zuvor, und die indische Armee verlautbarte, der bewaffnete Aufstand in Kaschmir sei niedergeschlagen, ereigneten sich im Jahr 2008 zwei Höhepunkte. Diese zwei Ereignisse zeigten, wie instabil die Lage in Kaschmir ist, weil die Bevölkerung des Kaschmirtals weiterhin für Freiheit kämpft und indische Armee und Regierung weiterhin durch Repression und Gewalt herrschen.

Erstens führte die kaschmirisch-pakistanische Terrorgruppe Lashkar-e-Taiba, die zu den aktivsten Gruppen in Kaschmir zählt, einen Anschlag in Mumbai durch. Schreiber (ebd.) sagt, dass im Jahr 2008 die Terroristen aus Kaschmir und der Konflikt zwischen Indien und Pakistan nicht wegen des Kriegs in Kaschmir, sondern aufgrund dieser Anschläge ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit rückten. Es starben 170 Menschen bei den Anschlägen auf den Hauptbahnhof, auf mehrere Hotels und ein jüdisches Zentrum in Mumbai.

Zweitens führte der Beschluss der lokalen Regierung J&Ks, Landbesitz an das Amarnath Shrine Board zu übertragen, zu massiven Demonstrationen. Das Land sollte dem Hindu-Schrein geschenkt werden, aber durch die Proteste wurde die Landübertragung rückgängig gemacht. Zudem trat die Regierung J&Ks zurück, doch das minderte die Proteste nicht. Hunderttausende Menschen demonstrierten gewaltfrei und demokratisch, und trotzten Armee und Polizei, die in die Menschenmenge schossen und mehrere Personen töteten. Die Demonstrationen dauerten mehrere Tage lang , und

der Ruf nach *azadi*, Freiheit und Unabhängigkeit schallte erneut durch die Straßen. Der indische Staat geriet in Panik und verordnete die strengste Ausgangssperre seit Jahren. Alle Anführer der Demonstrationen wurden unter Hausarrest gestellt, sowie einige hundert Personen bei Hausdurchsuchungen verhaftet (Roy 2009: 25).

Als die Demonstrationen unter Kontrolle waren, und die Regierung zurückgetreten war, rief die indische Regierung Neuwahlen aus. Jene Anführer der Demonstrationen, die zum Boykott aufriefen, wurden eingesperrt. Nach den Wahlen wurde eine Wahlbeteiligung von über 50% festgestellt, was die indische Regierung als großen Erfolg und Zustimmung der Bevölkerung J&Ks zu Indien wertete. Roy (ebd.) stellt die Frage, warum eine Bevölkerung, die nur wenige Wochen zuvor zu hunderttausenden demonstrierte, das Risiko erschossen zu werden in Kauf nehmend, plötzlich ihre Meinung geändert haben sollte. Was bedeuten überhaupt Wahlen in einem Gebiet, das so extrem militarisiert ist wie Kaschmir, mit etwa einem bewaffneten Soldaten pro 20 Zivilisten? Niemand scheint sich dafür zu interessieren, woher die hunderten Kandidaten für die Wahlen kamen, die plötzlich aus dem Nichts auftauchten, um politische Parteien zu repräsentieren, die vor den Wahlen gar nicht existierten. Wer finanzierte diese Parteien und Kandidaten? Zusätzlich wurden die jeweiligen Wahlkreise, in denen gerade gewählt wurde (es wurde in 7 Etappen gewählt), von Armee und Polizei komplett abgeriegelt. Abgesehen von diesen offensichtlich nicht freien Wahlen, insistierten die wahlkämpfenden Politiker, dass es bei den Wahlen vorrangig um Straßen, Wasserversorgung und elektrischen Strom gehe und vermieden es, das Wort *azadi*, Freiheit, und die politische Lage im Kaschmirtal anzusprechen oder mit den Wahlen in Verbindung zu bringen (ebd.).

Insgesamt bleibt die politische Lage im Kaschmirtal undemokratisch, weil auch die Wahlen 2008 weder frei noch fair waren und zu keiner pluralistischen oder liberaleren Politik beigetragen haben. Zusätzlich hat sich durch die Demonstrationen der muslimischen Bevölkerung gegen die Schenkung von öffentlichem Land an einen Hindu-Schrein die ethnische Dimension erneut bemerkbar gemacht. Schließlich bleibt das Leben und die persönliche Freiheit der Bevölkerung weiterhin extrem eingeschränkt durch die enorme Präsenz des repressiven indischen Militärapparats.

7.5. Zusammenfassung

Dieses Kapitel zeigt, wie sich die Ereignisse in J&K im Jahr 1990 überschlugen und zu einem bis heute nicht beendeten Krieg führten. Nach Suganami führten sogenannte „zufällige“ Ereignisse zu genau diesem Krieg. Das heisst, während wir in Kapitel 5 und 6 den kriegsfördernden Hintergrund gesehen haben, setzen nun die Ereignisse ein, die unmittelbar zum Ausbruch des Krieges führten.

In der ersten Phase des Krieges führten die Gruppen von Freiheitskämpfern oder Terroristen, je nach Blickwinkel, Attentate auf wichtige Personen der Öffentlichkeit durch, denen sie vorwarfen indische „Spione“ zu sein. Gleichzeitig gelang es ihnen, die Schwäche des indischen Staates zu feiern, indem sie durch die Entführung von Rubaiya Sayeed Gefangene freipressten.

Zeitgleich mit den ersten Terrorakten der Jammu & Kaschmir Liberation Front demonstrierte die Bevölkerung des Kaschmirtals gegen die indische Okkupation der Region und für Freiheit und Unabhängigkeit von Indien.

Die Reaktion des indischen Staates war verheerend auf den weiteren Verlauf des gewaltsamen Aufstands und stürzte die Region in einen Kriegszustand, in dem kein Recht mehr galt. Die indischen Truppen mussten sich für ihre Menschenrechtsverletzungen nicht verantworten. Viele Zivilisten verloren ihr Leben, was die Wut auf Indien steigen liess.

Die Verschlechterung der Sicherheitslage führte schließlich zur Flucht der Hindu-Pandits aus dem Kaschmirtal, was die ethnisch-religiöse Dimension des Konflikts offenbart. Im überwiegend hinduistischen Indien, in dem der einzige mehrheitlich muslimische Bundesstaat J&K liegt, war die öffentliche Meinung auf Seiten der Hindus.

In der zweiten Phase des Krieges von 1994 bis 1999 war kein Ende der Gewalt in Sicht und der Kampf zwischen indischen Truppen und Terroristen, sowie Terroristen gegeneinander ließ die Bevölkerung in Angst und Schrecken leben. Die indische Regierung führte 1996 Wahlen in J&K zum regionalen Parlament durch, die boykottiert wurden, aber dennoch für oberflächliche Ruhe sorgten.

Schließlich eskalierte der Krieg wieder mit dem Beginn von Selbstmordattentaten, die radikale islamische Gruppen, vor allem die Lashkar-e-Taiba, in J&K durchführten. Diese Attentate eskalierten in einem Anschlag auf das indische Parlament in New Delhi im Dezember 2001. Dafür wurde Pakistan verantwortlich gemacht und das führte zu einem riesigen Aufmarsch der indischen Armee an der Grenze, dem Pakistan Folge leistete. Aufgrund der Atomwaffen der beiden Staaten bemühte sich die internationale Gemeinschaft um eine Deeskalation. Indien und Pakistan unterschrieben 2003 ein Waffenstillstandsabkommen und zogen einen Teil der Armee wieder ab.

Seit dem Jahr 2003 nimmt also die Gewalt stetig ab, was die Wirksamkeit des Kampfes des indischen Militärs gegen terroristische Gruppen zu bestätigen scheint. Der indische Staat führt Krieg sowohl gegen Terrorgruppen als auch gegen die Bevölkerung Kaschmirs. Doch ein militärischer Sieg gegen eine Bevölkerung, die unterdrückt wird und keinerlei politische, demokratische Rechte hat, ist keine stabile Situation. Demonstrationen und Proteste der Bevölkerung können jederzeit wieder aufflammen. Zudem hat sich die Gewalt durch terroristische Anschläge von Gruppen aus Kaschmir und Pakistan womöglich in andere Teile Indiens verlagert, was der Terroranschlag in Mumbai im Jahr 2008 zeigt. Zuletzt bleibt die politische Lage Kaschmirs unfrei, weil die scheinbare Stabilität auf gewaltsamer militärischer Unterdrückung basiert. Roy (2009: 26) bezeichnet daher die politische Lage in Kaschmir als einen „new cold war“.

8. Gesellschaft und Akteure im Krieg

8.1. Probleme der Unabhängigkeitsbewegung

Das erste Problem der „Unabhängigkeitsbewegung“, die es so im Singular gar nicht gibt, ist die Einmischung Pakistans. Die indische Regierung in New Delhi kann mit einigem Recht behaupten, dass der Terrorismus in Kaschmir aus Pakistan importiert sei. In offiziellen Publikationen veröffentlichte die indische Regierung Fotos von gefangengenommenen Terroristen, die eindeutig afghanischer Abstammung waren. Pakistans Behauptung, es hätte nichts damit zu tun, ist nicht haltbar, denn es lieferte sehr viele Waffen an militante Gruppen. Talbot (2000: 278) sagt sogar, es waren so viele Waffen, dass es unwahrscheinlich für Indien sei, militärisch gegen die Terroristen zu gewinnen.

Pakistans Inter-Service Intelligence bildete die über die Grenze gekommenen Kaschmiris als Terroristen aus. Das ist der Punkt, bei dem Indiens Behauptung, der Aufstand sei aus Pakistan importiert, falsch ist, denn immerhin waren bis Mitte der 1990er Jahre fast alle der getöteten Terroristen kaschmirischer Abstammung. Erst Mitte der 1990er Jahre begann sich die Zusammensetzung der Terroristen zu ändern. Sumantra Bose (2003: 139) beschreibt seine Reise aus der Provinz Badgam zurück nach Srinagar im Jahr 1996: „[...] I stopped at a martyrs' cemetery - one of hundreds that dot the war zones of IJK - in another Badgam village, Warapora. [...] I noticed from the inscriptions on the tombstones that while almost all the graves from 1990 – 1994 were of locals who had fallen in the guerilla struggle, the more recent 1995 – 1996 graves were a mix of locals and volunteer fighters from towns and districts in Pakistan.“

Das problematische an der Einmischung Pakistans ist, dass Pakistan die Terroristen dort unterstützt, wo es gegen Indien geht, aber kein Unterstützer eines unabhängigen Kaschmirs ist. Das heisst, die einzige Gruppe, die für ein unabhängiges Kaschmir kämpft, ist die muslimische Bevölkerung Kaschmirs (Wirsing 1994: 231).

Das ist das zweite Problem der „Unabhängigkeitsbewegung“, dass es eben keine allumfassende „Unabhängigkeitsbewegung“ gibt. J&K ist kein homogenes Gebiet. Die kulturell, sprachlich und religiös unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen der beiden

Teile sind bis heute nicht in der Lage, einen Konsens für die Zukunft des Landes zu finden. Die heterogenen Bevölkerungsgruppen, wie kaschmirische Muslime, Hindu-Pandits, Dogras, Ladakhis haben immer wieder versucht, ein kollektives Bewusstsein zu schaffen um ihre kulturelle Andersartigkeit in Bezug auf Indien zu benennen, doch regionale Gefühle sind zu stark verankert, weshalb dieser Versuch auf einer sehr unbeständigen Stufe steht. Der Aufstand für Selbstbestimmung und Autonomie geht hauptsächlich von muslimischen Kashmiris aus, und hat nicht zu einer Einheit unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und sozio-ökonomischen Klassen geführt (Khan 2010: 8).

Das dritte Problem der Azadi-Bewegung ist die Vertreibung der Hindu-Pandits aus Kaschmir im Jahr 1990. Das hat den Hindu-Pandits die Sympathien aller Hindus in Indien eingebracht, und legitimiert den Militäreinsatz der indischen Armee gegenüber den muslimischen „Terroristen“ und die indische Herrschaft über Kaschmir überhaupt. In Indien als demokratischem Land spielt die Meinung der indischen Öffentlichkeit eine große Rolle. Die Themen, worüber die Zeitungen schreiben und das Fernsehen berichtet, bewegen das Land und die Wähler und Wählerinnen. Im restlichen postkolonialen Indien ist die Bevölkerung zu über 80% Hindu und zu etwa 12% Muslim, was für die muslimischen Kaschmiris keine vorteilhafte Relation ist, wenn man davon ausgeht, dass sich die meisten indischen Hindus den Hindu-Pandits emotional verbunden fühlen. Außerdem waren gerade in den 1990er Jahren Spannungen zwischen Hindus und Muslimen in Indien weit verbreitet, die vor allem durch die hindu-nationalistische BJP, die die Regierung Indiens stellte, geschürt wurden (Kabir 2009: 172f.).

8.2. Menschenrechtsverletzungen durch das indische Militär

Der Krieg in Kaschmir verstärkte einen der schlimmsten Trends in der politischen Kultur sowohl Indiens als auch Pakistans, nämlich die Kultur der Straflosigkeit oder Immunität, die in beiden Staaten wächst. Indem sie ihre paramilitärischen Truppen, Polizei und Armee auf die Zivilbevölkerung von Kaschmir, Nagaland, Manipur oder

Baluchistan loslassen, im Namen des „global war on terror“, diskreditieren sie ihre Armee und Polizei (Nandy 2010: 170).

8.2.1. Armed Forces (J&K) Special Powers Act

Menschenrechtsverletzungen in J&K werden durch die extra erlassenen, drakonischen Gesetze geradezu gefördert: es gibt zum einen den Terrorist and Disruptive Activities (Prevention) Act von 1985, das bis 1995 in Kraft war. Dieses Gesetz definiert sogenannte „disruptive“ Aktivitäten als alle Aktivitäten, die die Souveränität oder territoriale Integrität des Staates Indien in Frage stellen, ein Gesetz, das mit Meinungsfreiheit unvereinbar ist (Khan 2010: 148).

Das andere drakonische Gesetz ist der Armed Forces (Jammu and Kashmir) Special Powers Act (AFSPA) von 1990. Er erlaubt der Regierung in New Delhi und ihrem Repräsentanten in J&K, dem Gouverneur, Teile von J&K als „disturbed areas“ zu deklarieren, in welchem das Militär jede politische Aktivität beenden kann. Es ist dem Militär außerdem erlaubt „to shoot to kill.“ Organisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch verurteilen die Menschenrechtsverletzungen in Kashmir von indischen Soldaten.

Eines der größten Probleme in J&K sind „verschwundene“ Personen. Viele Menschen, die von indischen Soldaten in Gewahrsam genommen wurden, tauchten nie wieder auf. Menschenrechtsorganisationen in J&K sagen, dass von 1989 bis 2005 mindestens 8000 Menschen „verschwunden“ sind, die meisten davon wurden zuletzt mit indischen Truppen gesehen (Human Rights Watch 2006: 2). Daneben sind Folter, außergerichtliche Exekutionen und Gefängnisstrafen ohne Prozess die häufigsten Menschenrechtsverletzungen.

Ebendieser AFSPA erlaubt dem Militär Straflosigkeit für Menschenrechtsverletzungen und hält die Spirale der Gewalt im Gang. Das Recht auf „shoot to kill“ und auch das Recht, ziviles Eigentum in sogenannten „counterinsurgency“ Operationen zu besetzen und zu zerstören, sind höchst problematisch. Der indische Staat behauptet, er bräuchte dieses Gesetz im Kampf gegen bewaffnete Terroristen, um die nationale Sicherheit zu

gewährleisten (Human Rights Watch 1999).

Ein bezeichnendes Detail für die Art und Weise, wie der Staat Indien mit der Bevölkerung J&Ks umspringt, ist der Ursprung dieses Gesetzes. Es stammt nämlich aus dem Jahr 1942, aus dem kolonialen britischen Gesetzbuch und wurde für Untertanen, nicht für Bürgerinnen geschrieben. Ursprünglich diente es dazu, die indische Unabhängigkeitsbewegung zu unterdrücken. Auch für koloniale Standards erlaubte das Gesetz also außergewöhnliche militärische Methoden, da es speziell für die Unterdrückung der Quit India Bewegung erschaffen wurde (Kaul 2011: 73).

8.2.2. Indien als „Empire“

Die Ursprünge seiner Gesetze, um gegen mutmaßliche Terroristen vorzugehen, offenbart also den Zusammenhang zwischen der Art und Weise, wie der indische Staat mit seiner Bevölkerung umspringt und jener der Kolonialmacht Großbritanniens. Die europäischen Nationen etablierten ihre Kolonien durch Eroberungen und militärische Siege, wie die British East India Company in Indien nach 1757. Sie expandierten ihr Gebiet durch größere Armeen und die Gewinne und Steuern, die sie von ihren Untergebenen verlangten. Dieser ganze Apparat wurde nach der Unabhängigkeit von der Regierung des unabhängigen Indien von den Briten geerbt. Seitdem wird es dazu eingesetzt, Bürger an der Peripherie zu unterdrücken. In Bezug auf seine Peripherie agiert der Nationalstaat Indien wie zuvor die britische Kolonialmacht in Bezug auf ganz Britisch-Indien, wenn seine Bürgerinnen die Autorität der Zentralregierung in Frage stellen. Das ist besonders oft in Gebieten an seinen Grenzen der Fall, wo die Bevölkerung ihre eigenen Vorstellungen nationaler oder subnationaler politischer Formation durchsetzen will, wie zum Beispiel in Kaschmir (Kaul 2011: 67).

Die abziehende Kolonialmacht Großbritannien legte die Grenzen ungenau und ohne große Überlegungen fest, und dennoch betreiben die Staaten Indien und Pakistan einen gewaltigen finanziellen Aufwand, um diese Grenzen zu bewahren. Teile der Bevölkerung, die sich nicht mit der Nation identifizieren oder denen es nicht erlaubt wird, sich damit zu identifizieren und die aus verschiedenen Gründen nicht als volle

Bürger und Bürgerinnen anerkannt sind, werden mit brutalen Mittel gemäßregelt (Kaul 2011: 70).

Obwohl sich Indien gerne als „die größte Demokratie der Welt“ bezeichnet, lassen sich Unterschiede zwischen einem „autoritären“ Pakistan und einem „demokratischen“ Indien nicht in Bezug auf sezeessionistische Bewegungen erkennen (Talbot 2000: 281f.).

Beide Staaten zeigten dabei keinerlei Rücksicht oder Mitleid, auch nicht, wenn die Unterdrückung und die Repressionen sich als kontraproduktiv erwiesen, weil sie die sezeessionistischen Bewegungen noch weiter radikalisierte. Auch internationale Verurteilungen wegen Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Vergewaltigungen und außergerichtlicher Tötungen, haben wenig Einfluss auf das Vorgehen der Staaten Indien und Pakistan (ebd.).

Der zu beobachtenden Trend ist, dass beide Staaten immer stärkere Mittel anwenden, um oppositionelle Bewegungen zu unterdrücken. Wie die heutigen südasiatischen Staaten Indien und Pakistan, Gesetze und bewaffnete Kräfte gegen inneren Widerstand einsetzen, übersteigt bei weitem die Kräfte der früheren Kolonialmacht England. „Counterinsurgency“ Techniken werden immer weiter perfektioniert und die Entfremdung vieler StaatsbürgerInnen wird ignoriert. Scheinbar versuchen die Staaten ihre schwindende Legitimität durch wachsenden, auch gewalttätigen Druck auf nicht konforme Gruppen auszugleichen (ebd.).

Ohne soziale Gerechtigkeit, Dezentralisierung der politischen Macht und das Ersetzen der politischen Kultur der Konfrontation mit einer der Einbindung, wird es auch weiterhin zu bewaffneten Aufständen in Südasien kommen, analysiert Ian Talbot (ebd.).

8.2.3. „Crackdowns“

Was passiert im Krieg? Wie geht nun die indischen Armee vor, um „Terroristen“ zu finden? Die beliebteste Methode der indische Truppen waren und sind sogenannte „crackdowns“. Dabei wird ein bestimmtes Wohngebiet abgeriegelt und alle dort lebenden Männer müssen auf einem Platz antreten, zum Beispiel einem Schulhof. Anschließend werden alle Häuser nach Waffen, Granaten, oder versteckten Terroristen

durchsucht. Maskierte „Informanten“ der indischen Armee identifizierten dann unter den Männern, die auf dem Platz Appell stehen, die „militants“. Oft werden bei solchen „crackdowns“ Geld und Wertsachen gestohlen, Häuser verwüstet und Frauen und Mädchen missbraucht (Bose 2003: 114).

Die von den maskierten „Informanten“ identifizierten „Verdächtigen“ werden dann auf Jeeps weggefahren und meistens gefoltert und verhört. Bose (ebd.) beschreibt den Horror für die Bevölkerung so: „Numerous people returned from interrogation either physically crippled or mentally disturbed, or both; others never returned at all.“ Die „crackdowns“ der indischen Armee sind typische Kriegsmethoden. Menschen werden gefoltert, misshandelt und umgebracht und es ist dabei überhaupt nicht klar, ob diese Menschen tatsächlich Terroristen sind.

8.2.4. Versagen des Staates Indien

Der indische Staat hat versagt eine Minderheitengruppe zu managen, auf ihre Wünsche einzugehen und sie in politische Entscheidungsprozesse einzubinden, was die Minderheitengruppe schließlich dazu getrieben hat, zusätzlich zu politischer und kultureller Autonomie auch territoriale Souveränität zu verlangen (Talbot 2000: 281).

Der postkoloniale, demokratische Staat Indien wendet zwei nicht zielführende Mittel an, damit sich sein Bundesstaat Jammu und Kaschmir mit der indischen Herrschaft abfindet. Erstens werden zentrale Gelder zur Verfügung gestellt, um zu zeigen, welche Vorteile J&K von seiner Zugehörigkeit zu Indien hat. Zweitens wird ein enormer repressiver Apparat gewalttätiger Mittel am Laufen gehalten, um die Nutzlosigkeit auf Unabhängigkeit zielender Gedanken und Taten zu demonstrieren. Beides funktioniert nicht. Letzteres erweist sich als katastrophal für alle Beteiligten (Kaul 2011: 74).

Und dabei hat Indien selbst eine lange Geschichte von seinem eigenen Kampf gegen die britische Kolonialherrschaft. Ein sehr langer Prozess, der durch Mahatma Gandhis gewaltlose Satyagraha Bewegung schließlich zur Unabhängigkeit Indiens führte.

Ein schönes Zitat von Suvir Kaul (2011: 74) „[...] we have a proud history of progressive ideas, those that fed the politics of decolonization to draw upon, ideas that

the evolution of our independent, egalitarian democracy was an ongoing process, [...] and constantly aware of the need to develop and respect modes of self-determination, including those at odds with conventional political wisdom.“

8.3. Krieg in Kaschmir und Patriarchat

Dieses Kapitel untersucht, wie sich die patriarchale Gesellschaft in J&K durch Gewalt und Krieg weiter zu Ungunsten der Frauen verändert hat und wie die Verbindung von Nationalismus und Patriarchat auf Frauen wirkt.

Oft werden Vergewaltigungen von Frauen im Krieg nicht thematisiert, weil sie für den Krieg als typisch gesehen werden: „Dieser taktlose Modus der Banalisierung entkriminalisiert Gewalt an Frauen, legitimiert sie als kriegsrechtgemäßes Handeln und integriert sie bagatellisierend als 'Kavaliersdelikt' in männliche Erlebniswelten. In ihr realisiert sich also zugleich der 'Beweis' eigener Männlichkeit wie auch die absichtsvolle Verwundung gegnerischer Männlichkeit“ (Kreisky 2003: 12).

Indem die Männlichkeit der gegnerischen Soldaten oder Kämpfer herabgesetzt wird, schadet man nämlich nicht nur ihm persönlich, sondern seiner ganzen Familie, seiner ganzen Gemeinschaft, indem die Ehre der Frau „beschmutzt“ wird. Die Verbindung zwischen Patriarchat, Nationalismus und Gewalt gegen Frauen ist oft in Kriegszeiten zu beobachten. Frauen werden in eine ganz bestimmte Rolle gedrängt, sie sollen kulturelle Traditionen bewahren, die auf dem Spiel stehen (Khan 2010: 127).

Frauen sind die Beschützerinnen der inneren Sphäre der Nation, also der Kultur und der Familie in der patriarchalen Vorstellung, im Gegensatz zur äußeren, männlichen Welt. Nationalisten in Kaschmir argumentieren, solange die innere Sphäre, die spirituelle Besonderheit der Kultur beibehalten bliebe, könne die autonome „Nation“ eines indisch verwalteten Kaschmir mit einer globalisierten Welt zurechtkommen, ohne seine essenzielle Identität zu verlieren (ebd).

Der nationalistische Diskurs kreiert eine Dichotomie zwischen innerer und äußerer Sphäre, bei der die innere Sphäre auch in Kriegszeiten unverletzt bleiben soll und ihre

Tradition bewahren soll. Khan (ebd.) beschreibt das sehr anschaulich: „By inhabiting the metaphoric inner domain, the native woman of J&K embodies the virginal purity of their culture and ethnicity [...].“

In Jammu und Kaschmir kam es zu vielen Vergewaltigungen. Im Dorf Kunan Poshpora wurden im Februar 1991 von der indischen Armeeeinheit Rajputana Rifles mindestens 53 muslimische Frauen vergewaltigt. Das ist nur ein Beispiel von unzähligen Vergewaltigungsfällen, die indischen Soldaten und Paramilitärs vorgeworfen werden (Talbot 2000: 278).

Der Beginn des militärischen Aufstands in J&K im Jahr 1990 verwüstete die bereits geschaffenen Möglichkeiten für Frauen, wie zum Beispiel bessere Bildung und ein selbstbestimmteres Leben. Die Geschichte der Region ist seit 1990 voll mit Episoden von Vätern, die ihre Töchter in Ehen zwingen und damit in psychologische sexuelle und materielle Frustration, damit sie davor bewahrt werden von paramilitärischen Truppen oder Terroristen vergewaltigt zu werden; Frauen, die physische Gewalt ertragen in ihrem Zuhause, um die „Ehre“ der Familie und Gemeinschaft zu bewahren; Frauen, die „entehrt“ wurden, entweder durch Vergewaltigung oder indem sie für ihre politischen und sexuellen Rechte eintreten, von ihren Familien ausgestoßen (Khan 2010: 140).

Die Gewalt gegen Frauen in J&K geht von beiden Seiten aus, denn sowohl Terroristen also auch die Soldaten der indischen Armee haben eine großteils patriarchale Einstellung. Krishna Misri, die ehemalige Direktorin des Government College for Women in Srinagar schreibt in einer Email an die Autorin Nyla Ali Khan über die Rolle, in die Frauen in Kaschmir gedrängt werden: „[...] women bore the brunt of the suffering since, ironically, the two forces wielding power shared a patriarchal mindset that views women as symbols of individual and collective „honor“ (zit. n. Khan 2010: 135).

Khan (2010: 129) stellt die Frage, „Why is gender violence such a consistent feature of the insurgency and counter-insurgency that have wrenched apart the Indian subcontinent for decades?“

Im südasiatischen Raum wird in in der nationalistischen Rhetorik die einheimische Frau

mit dem Mutterland (Indien bzw. Kaschmir sind das „Mutterland“) gleichgesetzt. Dieses Bild wurde in letzter Zeit wieder stärker, meint Khan (2010: 129). Gewalt wird dann als ein Mittel gerechtfertigt, um die verletzte Würde einer Frau wiederherzustellen. Denn es geht nicht nur um die Ehre der Frau, sondern um die Ehre der ganzen Gemeinschaft. Wenn nämlich der Körper einer Frau nicht ihr selbst gehört, sondern ihrer „community“ oder ihrer Familie, dann signalisiert die Vergewaltigung dieses Körpers einen Angriff auf die Ehre der ganzen Gemeinschaft (Khan 2010: 129).

Frauenkörper, wie oft in der Geschichte, egal welcher Klasse, Kaste, Religion, Ethnizität werden zu Schauplätzen des Krieges. Es ergeben sich durch den Krieg neue Identitäten für Frauen, als Vergewaltigungsopfer, Flüchtlinge, Witwen (Khan 2010: 135).

Zu oft werden Frauen aber nur als Opfer gesehen oder als Bezieherinnen von Almosen. Zu wenig Aufmerksamkeit wird darauf gerichtet wie sie es mit großem Einsatz schaffen ihr tägliches Leben zu meistern oder ein neues Leben aufzubauen, weil sie selbst agieren. Khan (ebd.) nennt zum Beispiel Parvina Ahangar. Sie suchte nach ihrem vermissten Sohn, und gründete schließlich die Association of Parents of Disappeared Persons, die nach den vielen Menschen sucht, die in den letzten 20 Jahren „verschwunden“ sind.

8.4. Geopolitische und Ökonomische Motive für den Krieg

Die indischen Planer haben für die Zukunft in strategischer und geopolitischer Hinsicht festgestellt, dass J&K für den indischen Staat zentral ist zur Eindämmung der Nachbarländer Pakistan im Westen und Norden, und China in Richtung Osten und Norden. Die Grenzen sind nämlich noch immer nicht offiziell festgelegt. Sie gehören zu den am besten militärisch gesicherten Grenzen der Welt. Die Zivilbevölkerung in Kaschmir trägt die Last dieser enormen militärischen Präsenz, auch wenn sie angeblich auf die internationalen Grenzen gerichtet ist (Kaul 2011: 73).

Die Motive der Akteure um Krieg zu führen, und demzufolge die Ursachen für Kriege sind komplex, und umfassen neben ideologischen, politischen und sozialen immer auch

ökonomische Gründe. Auch für J&K gibt es ökonomische Gründe, die für Indien und Pakistan offensichtlich zentral sind, weil sie um jeden Preis an der Region beziehungsweise an ihrem Teil der Region J&K festhalten.

Viele der Details sind noch nicht genau recherchiert oder offiziell geheim, schreibt der Wissenschaftler Suvir Kaul, aber er nennt doch einige besonders auffällige Aspekte. Es gibt Vorkommen von Erdöl und Erdgas, die aber noch nicht genauer untersucht wurden aufgrund der gewalttätigen Situation im Land. Ladakh besitzt wahrscheinlich seltene Mineralien, wobei auch noch nicht klar ist, ob sich ein Abbau lohnt. Indien verstärkt seine Investitionen in Atomkraft und -waffen, daher steigt die Wichtigkeit solcher verfügbarer Uran- und Thorium-Lager (Kaul 2011: 73).

Seit der Gründung der Staaten Indien und Pakistan und der damit verbundenen Teilung des Gebietes, haben die beiden Staaten um Wasser gestritten. Das „Indus Water Treaty“ aus dem Jahr 1960 hat bis jetzt scheinbar funktioniert, doch in den letzten Jahren führten indische Wasserkraftprojekte zu einer Polarisierung. Pakistans Politiker wissen, dass ihre Flüsse im indischen J&K entspringen. Das bringt Indien einen großen strategischen Vorteil und daher protestierte Pakistan gegen einige der indischen Wasserkraftprojekte (ebd.).

Indien ist sich also der strategischen und außenpolitischen Folgen seiner Wasserkraftprojekte in Kaschmir bewusst. Daher hat es zum Beispiel der regionalen Regierung von J&K verboten, eigene Dämme zu bauen oder zu verwalten. Die Projekte Kishenganga und Baglihar wurden von der indischen nationalen National Hydro Power Cooperation gebaut, damit Indien sichergeht, dass es die zentrale Kontrolle über Produktion und Verteilung des elektrischen Stroms behält, zum Nachteil der kaschmirischen Haushaltskasse und der Bezieher von Strom (Kaul 2011: 74).

Warum nehmen ökonomische Interessen überhaupt so einen großen Raum ein? In dieser Welt der transnationalen Kapitalflüsse und zunehmender Globalisierung spielt der Staat eine aktive Rolle dabei, genau die innen- und außenpolitische Politik zu betreiben, die den Handels- und Industrieinteressen dient. Die Entwicklung, die in den letzten 20 Jahren in Indien vor sich ging, ist großteils eine Erweiterung der kapitalistischen

Formen der Ausbeutung von Ressourcen, die die europäischen Kolonialmächte zwischen dem 18. und 20. Jahrhundert betrieben haben. Transnationale Konzerne operieren heute weltweit auf ähnliche Weise und werden bei ihrer Suche nach Ressourcen, Arbeitskräften und Märkten von nationalen Regierungen unterstützt. In den meisten Entwicklungsländern, so auch in Indien, lebt eine sogenannte „middle class“, die an der globalen Konsumkultur teilhaben kann. Das führt zu größerer Polarisierung innerhalb der Nationen und größeren Gegensätzen zwischen Nationen, während sie international um Ressourcen und Märkte konkurrieren (Kaul 2011: 69).

Diese Polarisierung, die das kapitalistische Wirtschaftsmodell mit sich bringt, und die dann zwischen der Bevölkerung innerhalb einer Nation besteht, verursacht Spannungen. In der Kriegsursachenforschung wird Kapitalismus als eine der Ursachen für Krieg genannt, weil die Widersprüche im Kapitalismus Spannungen zwischen der Bevölkerung erzeugen können. Die herrschenden Eliten, die Regierung eines Landes versucht nun solche Widersprüche zu überlagern, indem sie Konflikte als sogenannte Stellvertreterkrieg inszenieren, um von sozialen Ungleichheiten im Land selbst abzulenken (Bonacker/Imbusch 2006: 117).

Zudem profitieren wie in jedem Krieg auch in Jammu & Kaschmir bestimmte Akteure vom Kriegszustand an sich sowie dessen Verlängerung. Zivile und militärische, indische, pakistanische und kaschmirische Offizielle generieren finanzielle Profite durch die Militarisierung und das Geschäft rund um den Kampf gegen den Terrorismus (Khan 2010: 167).

8.5. Der internationale Kontext

Bei jeder Analyse der Kriegsursachen soll der internationale Kontext miteinbezogen werden, weil ein Krieg immer viele Ursachen hat, von denen sich einige aus dem weltweiten Kontext erklären.

Internationale Ereignisse spielen eine signifikante Rolle in Kaschmir. Zum einen hängt der Zusammenbruch des Ostblocks und die Demonstrationen in Kaschmir zusammen. Zum anderen sind das Ende des Krieges in Afghanistan, also der Abzug der

sowjetischen Truppen und der damalige Sieg der Tamil Tigers in Sri Lanka gegen die indische Armee wichtige internationale Ereignisse.

Eine Bewohnerin der Stadt Srinagar sagte im Jahr 1990: „We felt that if the Berlin wall could be dismantled, so could the Line of Control“ (zit. n. Schofield 2000: 231). Der Schlachtruf der kaschmirischen Jugend nach *azadi*, Freiheit und Unabhängigkeit war vom Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Ostblocks inspiriert, denn mit gutem Recht fragte sich die um ihre Meinungsfreiheit und politischen Rechte betrogene Bevölkerung J&Ks, „Why should Kashmir alone be excluded from this universal dream?“ (Wolpert 2010: 65).

Die Terroristen in Kaschmir, die Männer die den bewaffneten Aufstand gegen Indien wagten, waren begeistert vom Abzug der Sowjetarmee aus Afghanistan angesichts der der afghanischen Mujahideen und dem Abzug der indischen Armee aus Sri Lanka durch den Erfolg der Tamil Tigers (Bose 2003: 110f.).

Doch es war naiv zu erhoffen, dass sich diese Ereignisse auch auf Kaschmir auswirken könnten. Denn die Sowjetarmee zog sich aus Afghanistan zurück, genauso wie die indische Armee aus Sri Lanka, weil diese Kriege grundlegend fehlgeleitet waren. Es gab zu große Verluste und die Kriege wurden den Ländern zu teuer (ebd.).

Der indische Staat würde jedoch niemals aus J&K abziehen, weil es einen Eckpfeiler seiner Identität als säkularer, inklusiver Staat darstellt, und den Mittelpunkt seiner erbitterten Feindschaft mit Pakistan.

Die Sowjettruppen zogen 1989 aus Afghanistan ab, und so endete der Krieg zwischen der Sowjetunion und den islamischen Guerillas, die von den USA, Saudi-Arabien und Pakistan unterstützt worden waren. Pakistans Inter-Services Intelligence (ISI), der Militärgeschwehndienst, hatte nun Ressourcen und Aufmerksamkeit frei, für die er ein neues Aufgabengebiet suchte. Als sich die Jammu & Kashmir Liberation Front an Pakistan wandte, war die ISI gerne bereit, ihr bei der Planung eines bewaffneten Aufstands in J&K zu helfen und Waffen und Ressourcen zur Verfügung zu stellen (Wolpert 2010: 63).

8.6. Zusammenfassung

Wir haben nun die wichtigsten Akteure des Krieges genauer analysiert und die Auswirkungen des Krieges auf die Gesellschaft Kaschmirs aufgezeigt. Auch geopolitische und ökonomische Motive für den Krieg sowie der Einfluss des internationalen Kontextes wurden erläutert.

Es gibt mehrere internationale Ereignisse, die den Aufstand in J&K beeinflussten. Das Ende des Ost-West-Konflikts inspirierte einerseits mit dem Fall der Berliner Mauer die Menschen in Kaschmir für ihre Freiheit zu demonstrieren. Andererseits wurden durch das Ende des Krieges in Afghanistan die Ressourcen des pakistanischen ISI frei, um sich in J&K einzumischen und den bewaffneten Aufstand zu unterstützen. Drittens waren die ersten bewaffneten Freiheitskämpfer durch das Ende der Kriege in Afghanistan und Sri Lanka zu dem Schluss gekommen, dass sie ein Ende der Besatzung Indiens erreichen könnten.

Geopolitische Motive für den Krieg in Kaschmir ergeben sich für die Staaten Pakistan und Indien, weil die durch Kaschmir verlaufende Grenze zwischen den beiden Staaten nicht offiziell festgelegt ist. Das macht sie zu einer der am stärksten militärisch gesicherten Grenzen der Welt. Ökonomische Motive liegen für Indien zum einen in möglichen Erdölvorkommen in Kaschmir. Zum anderen ist die Ressource Wasser ein Streitpunkt zwischen Indien und Pakistan, denn die wichtigsten Flüsse beider Staaten entspringen im indischen Bundesstaat J&K. Kapitalistische Formen der Ausbeutung von Ressourcen, wie sie die europäischen Kolonialmächte vom 18. - 20. Jahrhundert betrieben haben, lassen sich in Indien in den letzten 20 Jahren vermehrt beobachten. Außerdem lässt das kapitalistische Gesellschaftssystem die Spannungen innerhalb der Bevölkerung Indiens wachsen. Die Theorie, dass die Eliten eines Landes sogenannte Stellvertreterkriege inszenieren, um von Spannungen im Land selbst abzulenken, lässt sich in Indiens Verhalten zu Pakistan und Kaschmir durchaus beobachten.

Bei der Frage nach den Folgen des Krieges für die Bevölkerung ist es besonders auffällig, wie Frauenkörper zu Schauplätzen des Krieges werden, weil sich dabei die Frage stellt, warum Gewalt an Frauen in jedem Krieg als Kampfmittel eingesetzt wird.

Männer des indischen Militärs und kaschmirische Männer teilen ein patriarchales Weltbild. Die patriarchale Gesellschaft in Kaschmir hat sich durch den Krieg weiter zum Nachteil der Frauen entwickelt, denn durch die Gefahr von Vergewaltigungen durch indisches Militär oder terroristische Gruppen sind Frauen mehr denn zuvor von männlichem Schutz abhängig. Denn die Entehrung durch eine Vergewaltigung betrifft nicht nur die Frau, sondern die ganze Familie im patriarchalen Weltbild.

Vergewaltigungen und andere Menschenrechtsverletzungen durch das indische Militär sind die schwerwiegendsten Folgen der indischen Militärpräsenz. Rund 8000 Menschen sind im Laufe von Militäroperationen in den letzten 20 Jahren „verschwunden“. Zusätzlich hat das indische Militär das gesetzliche Recht „to shoot to kill“ und wird für sein Handeln nicht zur Verantwortung gezogen. Dieser repressive Apparat funktioniert nicht, um die Bevölkerung des Kaschmirtals vom Vorteil und der Rechtmäßigkeit der indischen Herrschaft zu überzeugen, sondern erweist sich als katastrophal für alle Beteiligten.

Die Analyse der Unabhängigkeitsbewegung zeigt uns, mit welchen Problemen sie konfrontiert ist und offenbart die ethnisch-religiöse Dimension des Konflikts. Die Vertreibung des Großteils der Hindu-Pandits aus dem Kaschmirtal durch die Jammu and Kashmir Liberation Front legitimierte auf gewisse Weise den Einsatz der indischen Militärs gegen die muslimischen „Terroristen“. Die indische Region Jammu & Kaschmir ist zudem keineswegs ein homogenes Ganzes. Die einzige Gruppe, die für die Freiheit von Indien kämpft, ist die ethnisch und religiös homogene muslimische Bevölkerung des Kaschmirtals, etwa die Hälfte der gesamten Bevölkerung J&Ks. Alle anderen Bevölkerungsgruppen sind Indien gegenüber weitgehend loyal.

Die Unterstützung durch Pakistan war auch ein Problem im Kampf der Bevölkerung Kaschmirs um Freiheit, weil sich so der indische Staat damit rechtfertigt, es gebe in Kaschmir selbst keinen Aufstand, sondern der Aufstand gegen Indien sei aus Pakistan importiert. Pakistan unterstützte zudem die Unabhängigkeitskämpfer nur relativ kurz mit Waffen und bei der Planung des Aufstands. Ziemlich bald gründete Pakistans ISI eigene Guerillagruppen, die den Anschluss des indischen J&Ks an Pakistan verfolgten, und die gegen andere Gruppen, sowie das indische Militär kämpften.

9. Schluss

In der Diplomarbeit wurden nun verschiedene Ursachen erklärt, die zum Ausbruch des Krieges im Tal von Kaschmir im Jahr 1990 führten. Dazu diente ein multikausaler, historischer, narrativ-verstehender, deskriptiver Forschungsansatz auf Basis einer Literaturstudie. Es wurde aufgezeigt, dass ein latenter und teilweise offen ausgetragener Konflikt zwischen den beiden Nationalstaaten Indien und Pakistan seit 1947 in der Region schwelt. Schließlich trat dieser Konflikt im Jahr 1990 in eine neue Phase ein und eskalierte zu einem komplexen Krieg, dessen Ursachen partiell in den politischen Entwicklungen vor und nach 1947 liegen, großteils aber in den Ereignissen Ende der 1980er und des Jahres 1990 selbst.

Im ersten Teil der Diplomarbeit wurde die theoretische und methodische Vorgehensweise erläutert, wofür der Begriff des Krieges definiert wurde und die wesentlichen Ansätze der Kriegsursachenforschung erklärt wurden. Daraus folgte die Erkenntnis, dass ein bestimmter Krieg hinsichtlich Hintergrundinformationen, zufälliger Ereignisse, Mechanismen der Gesellschaft und den Aktionen der Regierungen analysiert werden sollte, eingedenk der philosophischen Grundhaltung aus Historizität, Komplexität und Multikausalität.

Der historischen Vorgehensweise entsprechend wurde der Konflikt im zweiten Teil der Arbeit mithilfe von drei Zeitepochen dargestellt. Die dritte Zeitepoche enthält den mythologischen Hintergrund und die Entstehung des Fürstentums Jammu & Kaschmir, während sich die zweite Zeitepoche von der Entstehung der Staaten Indien und Pakistan bis zum Jahr 1989 erstreckt. In jenen zwei Epochen liegen wichtige historische und politische Hintergrundinformationen.

Angesichts der theoretischen Annahme, dass Kriege vorwiegend aus ideologischen, geopolitischen und ökonomischen Gründen geführt werden, liegt in jener Zeit eine der grundlegenden ideologischen Kriegsursachen. Mit der Unabhängigkeit und Teilung des Kolonialreichs Britisch-Indien in die Nationalstaaten Pakistan und Indien beanspruchten beide Staaten das Fürstentum J&K. Pakistan besteht auf J&K aufgrund seiner muslimischen Bevölkerung, weil es sich als Heimat aller südasiatischen Muslime

versteht. Indien wiederum akzeptiert Pakistans zwei-Nationen-Theorie nicht und sieht sich als säkulare inklusive Demokratie, die alle Religionen beheimaten will. Pakistans Ideologie führte zur Unterstützung des Aufstands im Kaschmirtal 1990 durch die pakistanische Inter-Service Intelligence, welche die Unabhängigkeitskämpfer großzügig mit Waffen und Knowhow versorgte.

Das Jahr 1990 markiert den Beginn der im Mittelpunkt stehenden Zeitperiode in der Diplomarbeit. Hier liegt der Beginn des Krieges. Voneinander unabhängige, „zufällige“ Ereignisse führten genau 1990 zu einem Krieg zwischen dem indischen Staat und einer hoffnungslosen Bevölkerung, sowie Terroristen bzw. Unabhängigkeitskämpfern mit Unterstützung Pakistans. Warum zum Beispiel die Inter-Service Intelligence Ressourcen und Zeit für die kaschmirischen Unabhängigkeitskämpfer hatte, liegt im historischen Kontext des Endes des Ost-West-Konflikts. Durch den Abzug der sowjetischen Armee aus Afghanistan und dem Ende des dortigen Krieges wurden Ressourcen frei.

Warum sich muslimische Kaschmiris Ende der 1980er Jahre an die ISI um Unterstützung wandten, liegt größtenteils an den Wahlfälschungen des Jahres 1987 im indischen Jammu & Kaschmir. Die Wurzeln der Vorenthaltung politischer und demokratischer Rechte für die Bevölkerung des Kaschmirtals liegen schon im Fürstentum des (Hindu) Maharajas, der über verarmte, muslimische Untertanen autoritär herrschte. Obwohl sich schon in den 1930er Jahren eine demokratische Bewegung unter der muslimischen Bevölkerung regte und in den 1960er Jahren hunderttausende Menschen friedlich demonstrierten, so änderte das nichts an ihrer politischen Unterdrückung und der starren Gesellschaftsstruktur. Der indische Staat regierte in Jammu & Kaschmir seit den 1950er Jahren mithilfe einer korrupten politischen Elite und ließ keinen demokratischen Pluralismus zu.

Eine ethnisch-religiöse Dimension des Konflikts liegt in der Trennlinie zwischen Hindus und Muslimen im Kaschmirtal. Indien als größtenteils hinduistisches Land und die Verwaltung des indischen Jammu & Kaschmir, die hauptsächlich Hindu-Pandits beschäftigt, ließen anscheinend die Wut auf den indischen Staat zu einer Wut auf alle Hindus eskalieren, was sich in der Ermordung einflussreicher Hindu-Pandits im Jahr 1990 äußerte und in der Flucht von 100.000 - 300.000 Hindu-Pandits aus dem

Kaschmirtal im Frühjahr 1990 kulminierte. Das wiederum trug den Hindu-Pandits die Sympathien der gesamten öffentlichen politischen Meinung Indiens ein und legitimierte das Vorgehen des indischen Staates in J&K.

Wie wir im Theorieteil festgestellt haben, sind gewichtige Kriegsursachen in Aktionen und Handlungen der Regierung zu finden. Die indische Regierung verursachte eine Radikalisierung indem das indische Militär im Jahr 1990 mehrere Male auf unbewaffnete Demonstranten mit Waffengewalt reagierte und hunderte Zivilisten tötete. Zudem stationierte sie über 500.000 Truppen in J&K, die zum Teil schon vorher an der Grenze dienten, aber nun unmittelbar mit der Bevölkerung konfrontiert wurden. Es gibt zahlreiche Berichte von Menschenrechtsverletzungen durch indische Truppen, die durch verschiedene Gesetze mit faktischer Straflosigkeit in J&K agieren. Das Agieren des indischen Staates entspricht dem eines *Empires* und nicht einer Demokratie, was ebenfalls in der Diplomarbeit analysiert wird.

Geopolitische Interessen für den indischen Staat an der Region J&K liegen zum einen darin, dass die Grenze zu Pakistan und China bis heute nicht offiziell festgelegt ist, was sie zu einer der am meisten bewachten Grenzen der Welt macht. Ökonomische Motive Indiens liegen in der Ressource Wasser und möglicher Vorkommen von Erdöl und Mineralien. In der Gebirgsregion entspringen die wichtigsten Flüsse Pakistans und Indiens, was die Region enorm wichtig macht.

Schließlich weist der indische Soziologe Ashis Nandy (2010: 169f.) darauf hin, dass wir nicht aus den Augen verlieren sollten, wie sich eine Gesellschaft durch die Auswirkungen eines Krieges verändert. Normale Menschen, die in ungewöhnlichen Zeiten versuchen, ein normales Leben zu führen, sind von einem Krieg unmittelbar in ihrem Leben betroffen. Bei den Fragen nach strategischen Interessen, territorialem Konflikt, nationalen Interessen und Sicherheit drohen die Menschen oft aus dem Blick zu geraten. In diesem Sinne wird in der Diplomarbeit zum einen der Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Patriarchat beleuchtet und welche Auswirkungen der Krieg auf Männer und Frauen in J&K hat. Zum anderen wird auch der Frage nachgegangen, was im Krieg konkret passiert, zum Beispiel wie die indische Armee mit ihren *crackdowns* gegen die Bevölkerung vorgeht.

10. Ausblick

Wie in der Diplomarbeit gezeigt wurde, sind zentrale Ursachen für den Krieg seit 1990 in der Reaktion des indischen Staates auf die Unabhängigkeitsbewegung im Kaschmirtal zu finden. Indien hat mit enormer Repression und Gewalt auf die Terroristen und die Bevölkerung reagiert und agiert weiterhin in derselben Manier. Heutzutage bezeichnet sich die kaschmirische Jugend als *lost generation* während Kaschmiris ihr Heimatland als *occupied zone* wahrnehmen (Duschinski 2009: 710).

Die Allgegenwart des Krieges und die Militarisierung ihrer Heimat durch indische Truppen lassen der Bevölkerung keine freie Wahl, denn allein die Tatsache, Kaschmiri zu sein, bedeutet in den Augen der Besatzer einen Akt des Terrors. Jede Person kaschmirischer (muslimischer) Identität ist automatisch ein politischer Feind, dessen Leben durch indische Truppen beendet werden kann und dessen Tod keinerlei Konsequenzen nach sich zieht (ebd.).

Die Wochenzeitung *Economist* schreibt in ihrer Ausgabe vom 21. Mai 2011, dass ein Fortschritt der Region Kaschmir Richtung Frieden sowohl von Pakistan als auch von Indien abhängt. Der *Economist* sagt, es sei ganz klar, welche Schritte zum Frieden führten. Pakistan müsse die Terrorgruppen, die aus Pakistan operieren, stoppen. Indien müsse seine Armee aus dem indischen Jammu & Kaschmir abziehen, damit Pakistan seinen Anspruch auf die Region aufgeben könne. Des weiteren müsse Indien der Region endlich Autonomie garantieren und die indische Armee müsse aufhören, auf Schulkinder zu schießen. (Allein im Sommer 2010 starben insgesamt 120 Schüler, die auf indische Soldaten mit Steinen geworfen hatten, durch Gewehrschüsse.)

Während also zum Beispiel der *Economist* gute Vorschläge für eine Veränderung der Region Richtung Frieden macht, ist die Wirklichkeit durch die Komplexität des Krieges, die auch in der Diplomarbeit gezeigt wurde, nicht einfach zu ändern. Während Pakistan und Indien im Jahr 2011 ihre zwei Jahre zuvor gestoppten Friedensverhandlungen wieder aufnahmen, haben solche Gespräche zwischen Indien und Pakistan wenig Einfluss auf die politische Situation im indischen Bundesstaat J&K. Denn für die politische Repression und Instabilität im indischen Bundesstaat J&K ist Indien

zuständig, und der Staat Pakistan kann die Innenpolitik Indiens kaum beeinflussen.

Die Bevölkerung im indischen J&K hat noch nie in der Geschichte politische Rechte und Freiheit genossen, was, wie wir in der Diplomarbeit festgestellt haben, eine der zentralen Ursachen für den gewaltsamen Aufstand und die Massendemonstrationen im Jahr 1990 war. Daher wäre der erste Schritt, um im indischen J&K Frieden zu stiften, den auch der *Economist* vorschlägt, echte Autonomie und ein Ende der Besatzung durch indische Armee, Paramilitärs und Polizei und des „Krieges gegen die Bevölkerung“ (Duschinski 2009: 712).

Zuerst müsste jedoch die indische Regierung zugeben, dass in Kaschmir ein Krieg existiert, der beendet werden sollte. Doch die indische Regierung ist weit davon entfernt, ein Problem überhaupt wahrzunehmen und hat daher auch keinen Bedarf an Lösungsvorschlägen. Nach offizieller Ansicht der indischen Regierung findet im indischen Bundesstaat J&K kein Krieg statt und es existieren keine Probleme, weshalb der indische Staat keine Notwendigkeit sieht, seine Politik in der Region zu ändern (Roy 2009: 27). Dementsprechend ist ein baldiges Ende des Krieges nicht in Sicht.

Literaturverzeichnis

- Arendt, Hannah (2000): Macht und Gewalt, München.
- Bazaz, Prem Nath (1967): Kashmir in crucible, New Delhi.
- Biscoe, C. E. Tyndale (1922): Kashmir in sunlight and shade, London.
- Bonacker, Thorsten/ Imbusch, Peter (2006): Zentrale Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung: Konflikt, Gewalt, Krieg, Frieden, 3. Krieg, in: Peter Imbusch/ Ralf Zoll (Hg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung, Wiesbaden, S. 107 – 126.
- Bose, Sumantra (2003): Kashmir. Roots of conflict, paths to peace, Cambridge, Massachusetts.
- Brzoska, Michael (2004): 'New Wars' Discourse in Germany, in: Journal of Peace Resarch, vol. 41, no. 1, S. 107 – 117.
- Charta der Vereinten Nationen, <http://www.unric.org/de/charta>, am 2. 5. 2011.
- Clausewitz, Carl von (1963, Original 1832): Vom Kriege, Reinbek bei Hamburg.
- Devji, Faisal (2008): The terrorist in search of humanity. Militant Islam and global politics, London.
- Duschinski, Haley (2009): Destiny effects: militarization, state power, and punitive containment in Kashmir Valley, in: Anthropological Quarterly, vol. 82, no. 3, S. 691 – 717.
- Dzihic, Vedran (2008): Von Krisen und „neuen“ Kriegen zu modernen State- und Nationbuildingexperimenten – Theoretische und empirische Einsichten, Vorlesung an der Universität Wien, eigene Mitschrift der Autorin.
- Economist (2011): The world's most dangerous border, in: The Economist, Ausgabe vom 21. 5. 2011, <http://www.economist.com/node/18712525>, am 4. 10. 2011.
- Franke, Jens-Peter (2004): Pakistan/ Indien (Zweiter Kaschmirkrieg), http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/084_pakistan-indien.htm, am 17. 8. 2011.

- Geis, Anna (2010): Die Kontroversen über die „neuen“ Kriege der Gegenwart: Wie sinnvoll ist die Rede vom „Neuen“?, in: Thomas Roithner (Hg.): Söldner, Schurken, Seepiraten. Von der Privatisierung der Sicherheit und dem Chaos der „neuen“ Kriege, Wien, S. 61 – 74.
- Hedinger, Sandra (2002): Krieg und Frieden im Denken von Bertha von Suttner, Rosa Luxemburg, Hannah Arendt und Gegenwartsautorinnen, in: Cilja Harders/ Bettina Roß (Hg.): Geschlechterverhältnisse in Krieg und Frieden, Opladen, S. 45 – 60.
- Human Rights Watch (2006): „Everyone lives in fear“. Patterns of impunity in Jammu and Kashmir, vol. 18, no. 11, <http://www.hrw.org/reports/2006/india0906>, am 5. 9. 2011.
- Kabir, Ananya Jahanara (2009): Territory of desire. Representing the Valley of Kashmir, Minneapolis.
- Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt am Main.
- Kaul, Suvir (2011): Indian Empire (and the case of Kashmir), in: Economic & Political Weekly, vol. 46, no. 13, S. 66 – 75.
- Khan, Nyla Ali (2010): Islam, Women and Violence in Kashmir. Between India and Pakistan, New York.
- Kleemeier, Ulrike (2002): Grundfragen einer philosophischen Theorie des Krieges. Platon-Hobbes-Clausewitz, Berlin.
- Kreisky, Eva (2003): Fragmente zum Verständnis des Geschlechts des Krieges, http://evakreisky.at/onlinetexte/geschlecht_des_krieges.pdf, am 14. 3. 2011.
- Kreisky, Eva (2005): Der Staat ohne Geschlecht? Ansätze feministischer Staatskritik und feministischer Staatserklärung, in: Eva Kreisky/ Birgit Sauer (Hg.): Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft: eine Einführung, Frankfurt am Main, S. 203 – 222.
- Malešević, Sinisa (2010): The sociology of war and violence, Cambridge.

- Metcalf, Barbara/ Metcalf, Thomas R. (2002): A concise history of modern India, Cambridge.
- Meyers, Reinhard (2005): Krieg und Frieden, in: Richard Woyke (Hg.): Handbuch internationale Politik, Opladen, S. 238 – 254.
- Münkler, Herfried (2002): Die neuen Kriege. Reinbek bei Hamburg.
- Münkler, Herfried (2004): Krieg, in: Gerhard Göhler/ Matthias Isser/ Ina Kerner (Hg.): Politische Theorie: 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung, Wiesbaden, S. 227 – 243.
- Nandy, Ashis (1983): The intimate enemy: Loss and recovery of self under colonialism, Oxford.
- Nandy, Ashis (2010): Negotiating Necrophilia: An afterword, in: Nyla Ali Khan: Islam, women and violence in Kashmir. Between India and Pakistan, New York, S. 169 – 174.
- Newman, Edward (2004): The 'New Wars' Debate: a historical perspective is needed, in: Security Dialogue, vol. 35, no. 2, S. 173 – 189.
- Ringmar, Erik (1997): On the causes of war. Book review essay, in: Cooperation and Conflict, vol. 32, no. 2, S. 223 – 230.
- Roß, Bettina (2002): Krieg und Geschlechterhierarchie als Teil des Gesellschaftsvertrages, in: Cilja Harders/ Bettina Roß (Hg.): Geschlechterverhältnisse in Krieg und Frieden, Opladen, S. 30 – 44.
- Rothermund, Dietmar (2002): Krisenherd Kaschmir. Der Konflikt der Atommächte Indien und Pakistan, München.
- Roy, Arundhati (2009): Field notes on democracy: listening to grasshoppers, London.
- Schlichte, Klaus (2006): Neue Kriege oder alte Thesen? Wirklichkeit und Repräsentation kriegerischer Gewalt in der Politikwissenschaft, in: Anna Geis(Hg.): Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse, Baden-Baden, S. 111 – 131.

- Schofield, Victoria (2000): *Kashmir in the crossfire*, London.
- Schreiber, Wolfgang (2010): Indien (Kaschmir), in: ders. (Hg.): *Das Kriegsgeschehen 2008. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte*, Wiesbaden, S. 45 – 50.
- Schreiber, Wolfgang (2010): Neue Kriege oder neue Gewaltkonflikte?, in: Thomas Roithner (Hg.): *Söldner, Schurken, Seepiraten. Von der Privatisierung der Sicherheit und dem Chaos der „neuen“ Kriege*, Wien, S. 47 – 60.
- Schreiber, Wolfgang (2011): Wie Kriege enden, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.): *Krieg im Abseits: „vergessene Kriege“ zwischen Schatten und Licht oder das Duell im Morgengrauen um Ökonomie, Medien und Politik*, Wien, S. 233 – 249.
- Senghaas, Dieter (1969): *Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit*, Frankfurt am Main.
- Singh, Tavleen (1995): *Kashmir. A tragedy of errors*, New Delhi.
- Suganami, Hidemi (1996): *On the Causes of War*, Oxford.
- Talbot, Ian (2000): *India and Pakistan*, London.
- Wasmuht, Ulrike C. (2002): Warum bleiben Kriege gesellschaftsfähig? Zum weiblichen Gesicht des Krieges, in: Cilja Harders/ Bettina Roß (Hg.): *Geschlechterverhältnisse in Krieg und Frieden*, Opladen, S. 87 – 103.
- Wirsing, Robert G. (1994): *India, Pakistan, and the Kashmir dispute. On regional conflict and its resolution*, New York.
- Wolpert, Stanley (2010): *India and Pakistan: Continued conflict or cooperation?*, Berkeley.
- Zangl, Bernhard/ Zürn, Michael (2003): *Frieden und Krieg. Sicherheit in der nationalen und postnationalen Konstellation*, Frankfurt am Main.

Abstract

Warum hat sich der Konflikt zwischen den beiden Nachbarstaaten Indien und Pakistan um das Territorium Kaschmir zu einem komplexen Krieg zwischen Bevölkerung, Terroristen und indischen Truppen gewandelt? Ich analysiere in meiner Diplomarbeit zentrale Ursachen für den Beginn des Krieges in Kaschmir im Jahr 1990. Nach einer Klärung des Begriffs Krieg und einem Überblick über verschiedene Ansätze der Kriegsursachenforschung wird deutlich, warum eine historisch-narrative, multikausale Vorgehensweise am sinnvollsten ist. Bis heute wirken ideologische Hintergründe der Teilung des Kolonialreichs Britisch-Indien in die Staaten Pakistan und Indien nach. Es wird aufgezeigt, wie der Nationalstaat Indien durch enorme Militärpräsenz die Minderheitengruppe der muslimischen Kaschmiris unterdrückt. Terroristische Aktionen von Unabhängigkeitskämpfern, die Politik des Staates Pakistan, sowie Spannungen in der Gesellschaft Kaschmirs zwischen Hindus und Muslimen spielen eine große Rolle als Ursachen und Folgen des Krieges.

Lebenslauf

Judith Antonia Renner, BA

Bildungsweg

- 2001 – 2011 Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien
gewählte Module: Frauen- und Geschlechterforschung
Europa und Europäische Union
Internationale Politik
- 2008 – 2011 Bachelorstudium „Sprachen und Kulturen Südasiens und Tibets“ an der Universität Wien
- 2005 – 2006 Auslandssemester an der Sprachschule Kendriya Hindi Sansthan in Agra, Indien
- 2000 Matura am Gymnasium Geblergasse, Wien
- 1998 – 1999 Auslandsschuljahr an der Lutterworth Grammar School in Lutterworth, Leicestershire, England

Berufserfahrung

- seit 2009 Mitarbeiterin in der FB Südasien-, Tibet- und Buddhismuskunde, Universitätsbibliothek Wien
- 2009 Projekt-Assistentin bei Trans-Urban - Verein zur Förderung von Kultur und Wissenstransfer
- 2003 – 2008 Shopassistent bei Sewa, Geschenkartikelshop
- 2000 – 2002 Rezeptionistin im Hotel Mate

Sprachen

Deutsch, Englisch, Niederländisch (ausgezeichnet)

Französisch, Hindi (gut)